Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 77 | Herbst 2007 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Militarismus

Von Traditionspflege bis Landser-Heftchen

NS-Szene

V-Mann Skandal in NRW

Antifa

60 Jahre VVN



Inhalt

AIB 77 4 · 2007

Rubriken

3 Editorial

4 Kurzmeldungen

56 Rezensionen







Titel

6 »In Kameradschaft treu«
Die Bundeswehr zwischen Tradition und Reform

10 »Landser«-Romane
Extrem rechter Ideologietransfer in Serie

14 Geschichtsfälschung auf Hochglanz
Die Deutsche Militärzeitschrift

16 In Tradition von Wehrmacht und SS

18 Partei-Soldaten der extremen Rechten

NS-Szene

20 Kokain und Waffen vom V-Mann
Verfassungsschutzskandal in NRW

22 Völkische Mode im Hundertwasserhaus
»Thor Steinar« in Magdeburg

Antifa

24 60 Jahre VVN
Ein Beitrag von Hans Coppi

28 Das Europäische Widerstandsarchiv

30 Nazis in den Parlamenten

Rassismus

32 Tödliche Aussengrenzen
Ein Beitrag von Elias Bierdel

Diskussion

35 ... Angriff!
Ein Beitrag der Antifaschistischen Linken Berlin

Gesellschaft

37 Faschismustheorien
Zeev Sternhell (Teil 2)

39 Faschismustheorien
Zum Stand der wissenschaftlichen Debatte

Braunzone

42 Auf Allianzsuche im Netz
Das Institut für Staatspolitik

44 Die »Anti-Islam-Partei«
Rechte »Bürgerbewegung« auf Wahlkurs

Repression

46 Ermittlungsziel Hausdurchsuchung
Vom Rechtsverständnis des Berliner LKA

Geschichte

48 »morto per la liberta«
Die Sentieri Partigiani in Italien

International

50 Brauner Mob am Donaustrand | Ungarn

52 Neonazi-Skinheads in Israel | Israel

54 Die Jugendtorheiten eines Parteichefs | Österreich

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

www.antifainfoblatt.de

Titelfoto: © mIKE – Fotolia.com

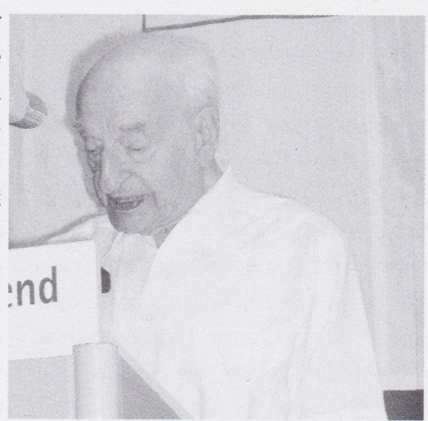
Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

in dieser Ausgabe widmen wir uns dem Themenfeld Militarismus. Bereits in unserer letzten Ausgabe hat der Text »Von Blood & Honour zu Combat & Survival?« das Thema gestriffen. Die Erwähnung von Kontaktbemühungen zwischen Personen aus der extremen Rechten und Bundeswehrreservisten führte zu diversen Reaktionen. Das Raidteam Oberfranken distanziert sich als erstes von der »Combat Survival School (CSS)« bzw. der »Warrior Survival School (WSS)« und dem damit verbundenen Personengeflecht in welchem bekannte Neonazis involviert sind. Das Raid Team Oberfranken habe nie an einer Ausbildungsunternehmungen von WSS/CSS teilgenommen und dem genannten Personenkreis in keinster Weise militärisches Know-How vermittelt. Es handele sich um ein »Riesenmißverständniss«, der Kontakt zwischen dem Raid Team und der Firma Dezentral beschränke sich lediglich auf das »vereinzelte Kaufen von u.a. Rucksäcken zu dienstlichen Zwecken. Private oder gar politsch motivierte Kontakte bestehen ausdrücklich keine.« Die Distanzierung ging hierbei weit über das hinaus, was in dem Artikel dargestellt wurde. Hier war über beworbene Kontakte aus eigenen Verlautbarungen auf den entsprechenden Homepages zitiert worden. Auch Achim Kaiser (Survival Kaiser GbR) und Helmut Schulte haben uns geschrieben und baten um Klarstellung in der Sache. Sie haben weder wie auf der mittlerweile gelöschten Homepage von der Combat & Survival School behauptet wurde mit Combat & Survival fusioniert noch wurde Schulte als »Top Mann« gewonnen. Auch hier gab es nur eine »lose Zusammenarbeit« mit Knoch, welche nun beendet wurde. Zum Schwerpunkt gab es auch einige Debatten, so um die Rolle von Leo Taxil als Weltverschwörer und Esoteriker des 19. Jahrhunderts. So schrieb uns ein Leser, Taxil sei Atheist gewesen und habe in der Tradition der Aufklärung Voltaires gestanden. Seine Kampagne gegen die Freimaurerei war ein wissentlicher Fake, der als sogenannter »Taxil-Schwindel« in die Geschichte eingegangen sei. Der Mann war demnach kein Esoteriker, sondern eine Art Spaßguerilla der Aufklärung. Andere schrieben uns, Maurice Jolys »Dialogue aux enfers...« richtete sich nicht gegen eine »Weltverschwörungshysterie«, sondern kritisiere vielmehr die politischen Methoden unter Napoleon III. Sergej Nilus sei zudem kein »nihilistischer Dichter«, sondern vielmehr ein religiöser Schriftsteller. Vielen Dank für Eure Hinweise, allerdings werden Beiträge von Gastautoren von uns nicht eigenmächtig bearbeitet.

Kurt Goldstein verstorben

Am 24. September 2007 starb nach kurzer Krankheit Kurt Julius Goldstein im Alter von 93 Jahren. Kurt Goldstein war Ehrenvorsitzender der VVN-BdA und Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitz-Komitees. Er kämpfte im Spanischen Bürgerkrieg und überlebte 30 Monate in Auschwitz. Mit ihm verlor die internationale antifaschistische Bewegung einen Kämpfer und Zeitzeugen des antifaschistischen Widerstands, der bis zuletzt politisch aktiv war. Bekannt ist Goldsteins Antwort auf die Frage. warum er dem 60. Gedenktag der Befreiung von Auschwitz fernblieb: »Ich hatte keine Lust, in eisiger Kälte an der Rampe zu stehen und mir von den Rednern, unter anderen den deutschen, anzuhören, wie gut sie doch alle mit der Vergangenheit umgehen. Ich finde das zum Kotzen.« Kurt Goldstein berichtete oft jungen Menschen von den Schrecken in Auschwitz, nahm aber auch an Antifa-Demonstrationen teil oder besuchte Kongresse und Diskussionsveranstaltungen. Goldstein wurde 1914 in einer deutsch-jüdischen Familie in Dortmund geboren. Als Kommunist und Jude musste er Deutschland 1933 bei der Machtübernahme der Nazis verlassen. Er floh erst nach Luxemburg, nächste Stationen waren Frankreich und Spanien. Im Spanischen Bürgerkrieg war Goldstein Kämpfer der Internationalen Brigaden gegen die Franco-Diktatur. 1942 wurde er von Frankreich ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Er überlebte dort 30 Monate, anschließend den »Todesmarsch« ins KZ Buchenwald. Dort wurde er im April 1945 befreit. Nach dem Krieg kehrte Goldstein 1946 in den Westen Deutschlands zurück. »Dorthin, wo wieder viele von denen an den Schalthebeln saßen, die das Zyankali für Auschwitz produziert hatten. Wie hätte ich da bleiben sollen«, erklärte Goldstein seine Übersiedlung 1951 in die DDR. Er wurde dort später Intendant der Sender »Stimme der DDR« und »Deutschlandsender«. Ein Interview mit Kurt Goldstein vom Anfang des Jahres findet Ihr auf unserer Internetseite.



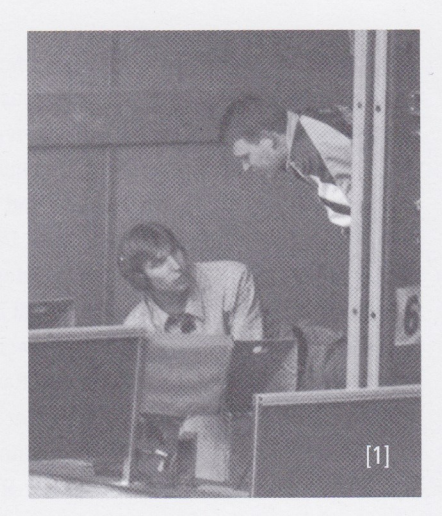
Berichtigung:
In unserer letzten Ausgabe befindet sich auf Seite 19 im Artikel »Märtyrer, Mythen, Mobilisierung« ein Logo des Bundesprogramms »Civitas«. An dieser Stelle sollte eigentlich ein Foto eines Rudolf-Heß-Gedenkmarsches 2005 in Wunsiedel stehen. Hierzu stellen wir klar, dass das AIB weder von »Civitas« noch von anderen staatlichen Stellen gefördert wird. Es hat sich lediglich um einen Datenfehler beim Druck gehandelt.

Üben am Schweizer Sturmgewehr

[1] Timo Völkel (links) und Roland Wagner beim Schießtraining in der Schweiz.

Am 10. August 2007 übte sich der deutsche Neonazi Timo Völkel, unter den wachsamen Augen seiner Frau Daniela Übelacker, an einem Schweizer Schiessstand im Umgang mit dem Sturmgewehr. Die beiden sind führende Neonazis aus dem Rhein-Main-Gebiet. Völkl ist seit vielen Jahren ein wichtiger Vertreter der Freien Nationalisten Rhein-Main (FNRM), mit engen personellen Verflechtungen zur NPD und zur Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Übelacker ist Aktivistin des Nationalen Frauenkreises (NFK). Angeleitet wurde die Schießübung vom ortsansässigen Roland Wagner, einem bekannten Schweizer Neonazi, Vizepräsident der Rechtsaußenpartei Schweizer Demokraten und Kandidat für die nationalen Parlamentswahlen Ende Oktober 2007.

Das Ganze wäre ein Ferien-Highlight des Neonazipärchens geblieben, hätten nicht wachsame Antifaschistinnen die Szenerie auf einem Foto festgehalten und öffentlich gemacht. Die darauf folgende mediale Aufmerksamkeit bescherte Wagner einen Parteiaustritt und eine Disziplinarmaßnahme wegen unerlaubter Ausbildung von Ausländern an der Ordonanzwaffe. ■



[1]

»Thor Steinar«-Geschäftsführer geht in die Schweiz – Beweggründe unklar

[2] Schon länger her: Axel Kopelke versteckt sich beim Antirassismus-Tag in Königs Wusterhausen hinter einem 100-DM-Schein.

Kaum waren die Umzugs-LKW weggefahren, ging die Nachricht auch schon durch das Internet: Der 35-Jährige Axel Kopelke, neben Uwe Meusel Geschäftsführer der Mediatex GmbH (»Thor Steinar«), habe am 12. August 2007 Deutschland in Richtung Schweiz verlassen. Das ganze habe möglicherweise den Zweck, den deutschen Steuergesetzen zu entfliehen. Kopelke, auf dessen Namen seit 2002 die Marke »Thor Steinar« registriert ist, tätige seine Geschäfte nun also auch im Schweizer Kanton Zürich. Die »Comdesign Textile AG« mit Sitz in Aldiswil bezweckt das Design, die Kreation, Planung sowie Fabrikation von und den Handel mit Textilien – so jedenfalls steht es in einem Eintrag, der im August diesen Jahres im Schweizerischen Handelsblatt publiziert wurde. Eingetragen ist die Aktiengesellschaft auf Axel Kopelke und Bernhard Schnopp. Die Hintergründe der Verlagerung der geschäftlichen Aktivitäten blieben bisher im Dunkeln. Ob es sich um finanzielle Motive handelt oder ob Kopelke seine Zelte in Deutschland aus anderen Gründen abgebrochen hat, darüber kann bisher nur spekuliert werden. Auch über Verknüpfungen zur extremen Rechten in der Schweiz ist bisher nichts bekannt. Schnopp, die zweite im Handelregistereintrag zu findende Person, ist zudem bisher nicht einschlägig bekannt. Gegenüber dem Schweizer Tagesanzeiger erklärte Schnopp, er wisse nichts über den Ruf von »Thor Steinar« und davon, dass Kopelke der Gründer der Marke sei. Kopelke erklärte, er wolle in der Schweiz nicht die Marke »Thor Steinar« vertreiben, sondern zwei »asiatische Konzerne aus dem Bereich Sportswear, Outdoor und Camping bei ihrem geplanten Europainvestment« unterstützen. In der Schweiz war »Thor Steinar« ein paar Monate lang als Einzelfirma im Handelsregister eingetragen. Der Inhaber war Adrian Segessenmann aus Kirchberg (Bern), ein Aktivist der rechten Avalon-Gemeinschaft und der Hammerskins. Diesen Frühling ließ Segessenmann den Eintrag löschen.

Nach Angaben örtlicher Antifastrukturen hält zumindest Uwe Meusel an den Bauplänen für eine Villa in Königs Wusterhauen (OT Neue Mühle) fest. Er habe im vergangenen Jahr diese Immobilie erworben. Auf dem Gelände des ehemaligen Ferienheimes »Krimnickidyll« entstehe offenbar eine Villa mit Wohn- und Büroflächen im geschätzten Wert von 1,12 Mio Euro. ■



[2]

- Autonome Antifa Königswusterhausen: »Kein Naziaufmarsch in KW«, Oktober 2007.
- Niels Walter: »Umstrittener Kleiderverkäufer expandiert«, Tagesanzeiger Schweiz, 28. September 2007.
- AIB #73: Hammerskin betreibt »Thor Steinar«-Versand.

Regierungsdirektor und rechter Autor beurlaubt

Ein hochrangiger Beamter im Bundesverkehrsministerium engagierte sich jahrelang ungestört und offen in der rechten Szene. Der 53jährige Regierungsdirektor und Jurist Josef Schüßlburner bezeichnete etwa die Bestrafung von Holocaustleugnern als »rechtsstaatlichen Tiefpunkt«. Eine Kleine Anfrage im Bundestag von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE erkundigte sich daher über die Beschäftigung von Anhängern rechtsextremen Gedankenguts in Bundesministerien und anderen Bundesbehörden. In einem Schreiben vom 11. April 2007 berichtet der Abgeordnete Martin Gerster über Schüßlburners publizistische und politische Aktivitäten, die in Zusammenhang mit extrem rechten Organisationen, Veranstaltungen und Publikationen stehen. So sei dieser u.a. bei der »Gesellschaft für freie Publizistik«, bei der NPD und im Neonazizentrum »Collegium Humanum« in Vlotho aufgetreten. Desweiteren soll er den CSU-Generalsekretär Markus Söder des Linksextremismus bezichtigt haben, weil dieser ein europaweites Verbot des Hakenkreuzes gefordert hatte. In einem Artikel in der Zeitschrift Staatsbriefe warnte er 1993 vor der Gefahr, dass der »Holocaustglaube (...) auch in Deutschland in den Rang eines Staatskults erhoben wird (...)« Weitere extrem rechte Texte finden sich u.a. in der Jungen Freiheit, Criticón, Nation & Europa oder in der »eigentümlich frei«. Nach eigenen Angaben sei er seit 1989 für das Ministerium tätig, sitze in Bonn und befasse sich mit der »Rechtsetzung Luftverkehr«. Vorher habe er von 1987 bis 1989 in New York in der Rechtsabteilung der Vereinten Nationen und auch bei der EU-Kommission in Brüssel gearbeitet. Bereits in einer Anfrage der PDS vom 24. Oktober 2001 wurde auf die Aktivitäten Schüßlburners Bezug genommen, ein eingeleitetes dienstrechtliches Verfahren war 1998 eingestellt worden. Fakt ist, dass er, obwohl die Frage disziplinarrechtlicher Schritte geprüft wurde, weiterhin in extrem rechten Organen publizierte. Das damalige disziplinarische Verfahren stellte das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit dem Verweis auf die Meinungsfreiheit ein. Nach jüngsten Hinweisen nahm das Ministerium »eine erneute Prüfung vor«. Mit der Beurlaubung Schüßlburners reagierte das Ministerium schließlich auf die neuesten Recherchen. Am 28. September 2007 forderte die sächsische NPD-Fraktion prompt eine Bundesratsinitiative für die Streichung des Volksverhetzungsparagraphen, wobei Holger Apfel in einer Rede die Entscheidung von Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) zur Beurlaubung von Regierungsdirektor Schüßlburner anprangerte. ■

- Deutscher Bundestag: Drucksache 16/6273, 27. August 2007
- »Regierungsdirektor schreibt für Rechtsextreme«, Der Tagesspiegel, 18. August 2007
- Frank Jansen: »Verkehrsministerium – Rechter Beamter beurlaubt«, Der Tagesspiegel, 22. September 2007



und Völkerrechtlichen Lehrstuh
Saarbrücken, seit 1985 in der Bu
1987 bis 1989 aufgrund Auswahl
abteilung der UNO, Referat für (
fikation, New York entsandt.

[1]

[1] Wurde beurlaubt: Josef Schüßlburner. Faksimile aus Criticón # 151 / 1996.

Rechter Polizei-Dozent und Polizeihauptmeister aufgeflogen

Bereits im AIB #75 berichteten wir in einer Kurzmeldung über extrem rechte Vorfälle in der Berliner Polizei. Hier folgt die Fortsetzung: 24 Jahre lang arbeitete Falko Gramse als ehrenamtlicher Dozent für die Landespolizeischule in Berlin-Ruhleben. Weil er ebenso lange Beiträge für rechte Zeitungen schrieb, wurde der 72jährige im Juli 2007 von seiner Tätigkeit entbunden. Seit 1983 unterrichtete der Jurist an der Landespolizeischule. Neben Artikeln in der vierteljährlichen Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart«, herausgegeben vom extrem rechten Grabert-Verlag, lassen sich Texte des ehemaligen Amtsrichters auch im rassistischen Blatt »Mensch und Maß« und in der DVU-Postille »Deutsche Nationalzeitung« finden. Sein Name taucht auch in der Autorenliste der Wochenzeitung »Junge Freiheit« auf. Die Berliner Polizei erfuhr nach eigenen Angaben erst Mitte Juni 2007 durch Journalisten von der Autorenschaft ihres Dozenten und hat ihn nach Bestätigung der Vorwürfe von seiner Tätigkeit entbunden. Erst vier Monate zuvor war die Landespolizeischule in die Schlagzeilen geraten. Der Holocaust-Überlebende Isaak Behar hatte nach einem Vortrag an der Schule über antisemitische Reaktionen von Polizeischülern berichtet.

Gegen einen 33-Jährigen Polizisten aus der Berliner Wache 64 im Bezirk Lichtenberg wird wegen Volksverhetzung ermittelt, außerdem wird dem Hauptmeister vorgeworfen, zu Straftaten aufgefordert zu haben. Am 2. August 2007 durchsuchten Polizisten die Wohnung ihres Kollegen Andreas T. in Berlin-Mahlsdorf sowie die Wohnung seiner Freundin, der NPD-Funktionärin Michaela Zanker in Berlin-Pankow. Zanker ist die Witwe von Alexander Scholz, ehemaliges Führungsmitglied des neonazistischen Jugendverbandes »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ). Scholz starb 2002 bei einem Motorradunfall. Die Polizei hat Andreas T. nun die Amtsausübung verboten. Er soll unter anderem bei der Herstellung und Verbreitung von neonazistischer Musik mitgeholfen haben. Die Fahnder beschlagnahmten mehrere Computer, einen Laptop, CDs und DVDs sowie zahlreiche Digitalbilder, die für die Herstellung neonazistischer Musik-Medien benutzt wurden. ■

Lutz Schnedelbach: Polizist wegen Volksverhetzung unter Verdacht, Berliner Zeitung, 4. August 2007,
Mark Wolter: Landespolizeischule Berlin entlässt Dozenten, Neues Deutschland, 19. Juli 2007

»In Kameradschaft treu«

Die Bundeswehr zwischen Tradition und Reform

Die Bundeswehr leugnet zwar nicht die Verbrechen der Wehrmacht, nimmt sich aber trotzdem ein Beispiel an ihr. Es war ja nicht alles schlecht. Wie vorbildlich ist die Wehrmacht? »Eine Anlehnung an Kommandoverbände der früheren Wehrmacht ist unsachgemäß, wäre undemokratisch, insgesamt wesensfremd und findet tatsächlich auch nicht statt«. Das ist die Darstellung der Bundesregierung.[1] Ein ehemaliger Insider stellt es anders dar: »Die Soldaten des KSK wissen genau, wo ihre Wurzeln liegen. Die Einsätze der ‚Brandenburger' gelten der Truppe geradezu als legendär.« So fasst der frühere Chef des Kommandos Spezialkräfte (KSK), General Reinhard Günzel, das Selbstverständnis seiner Truppe zusammen. Die »Brandenburger« waren eine Sabotage- und Diversionseinheit der Wehrmacht, die nach eigenem Verständnis außerhalb des Völkerrechts agierte.

Frank Brendle

Der Konflikt, hier am Beispiel der Elitetruppe KSK vorgeführt, steht für den alten, seit Gründung der Bundeswehr virulenten Widerspruch zwischen »Traditionalisten« und »Reformern«. Strittig ist zwischen ihnen nicht, ob es an der Wehrmacht Tradierbares gebe, sondern welche Teile der Wehrmacht in welcher Intensität zu ehren seien.

Sowohl als auch ...

Die Traditionspolitik der Bundeswehr war von Anfang an janusköpfig. Die alten Generäle, welche die Bundeswehr aufbauen sollten, pflegten den Mythos von der »sauberen« Wehrmacht. Zugleich ‹waren Reformer gefragt, die für die Integration in westeuropäische bzw. transatlantische Militärstrukturen unverzichtbar schienen.

Zu den Anforderungen, die der »Personalgutachterausschuss« Mitte der 1950er Jahre an Wehrmachtsoffiziere stellte, die in die Bundeswehr übernommen werden wollten, gehörte deshalb, »die Gewissensentscheidung der Männer des 20. Juli 1944« »anzuerkennen« – nicht unbedingt zu befürworten. Dieses Bekenntnis sollte »mit der Achtung vor den vielen anderen Soldaten, die im Gefühl der Pflicht ihr Leben bis zum Ende eingesetzt haben«, einhergehen.[2] Als Ausschlusskriterium galten dem »Personalgutachterausschuss« die Zugehörigkeit zur SS und (!) zum antifaschistischen »Nationalkomitee Freies Deutschland« bzw. dem »Bund deutscher Offiziere«.

Diese Linie gilt im Prinzip bis heute: Akzeptiert werden sowohl die Offiziere des 20. Juli als auch diejenigen, die dagegen waren. Nicht akzeptiert werden hingegen widerständische Soldaten, die die Wehrmacht von außen bekämpft haben. Zu verurteilten Kriegsverbrechern wird – meistens – Distanz gehalten. Außenseiter, sogenannte Retter in Uniform, die außerhalb des Offiziersklüngels um Tresckow und Stauffenberg agiert haben, kriegen mal einen Kasernenna-





[1] Treffen des »Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V.« am 15. Mai 2005 in Mittenwald auf dem Hohen Brendten.

men ab (wie Feldwebel Anton Schmid in Rendsburg), werden aber ansonsten als das behandelt, was sie ja auch waren: Einzeltäter.

Der noch heute gültige Traditionserlass von 1982 stellt fest: »In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht.« Und weiter: »Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.« Ob das auch für die Wehrmacht gilt, dazu schweigt der Erlass.

Drei Jahre und einen Regierungswechsel später bestätigte das »Weißbuch zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr« (1985) als Beispiele, »die tradiert zu werden verdienen« die alte Zweisamkeit: »Tapferkeit und Leiden deutscher Soldaten in Krieg und Gefangenschaft und den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft.«

Vorbild? Nein, aber …

Die Frage, ob die Wehrmacht für die Bundeswehr vorbildgebend oder traditionsstiftend sein könne, beantworten offizielle Stellen seit Jahrzehnten mit einem »Nein, aber...«. Das gilt sogar noch, nachdem die Hamburger Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« seit 1995 den Mythos von der »ritterlichen« Kampfführung vor einem großen Publikum widerlegt hat. Der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe erklärte am 13. März 1997 im Bundestag: »Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein, wie die Offiziere des 20. Juli, aber auch wie viele Soldaten im Einsatz an der Front.« Im Gespräch mit der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit erklärte auch Klaus Naumann, Generalinspekteur zwischen 1991 und 1996: »Die Wehrmacht, das sind achtzehn Millionen Deutsche gewesen. Die Mehrheit dieser Soldaten hat im guten Glauben gekämpft, für ihr Land zu handeln [...] Ich habe als Generalinspekteur [...] deutlich herausgestellt, dass die Soldaten der Wehrmacht, die ehrenhaft gehandelt haben, als Personen für die Soldaten der Bundeswehr durchaus Vorbildcharakter haben können.«[3]

Durch diese Hintertür marschieren weiterhin ganze Wehrmachtsdivisionen in die Traditionspolitik der Bundeswehr. Im Prinzip kommen alle in Frage, denen nicht direkt und unmittelbar Kriegsverbrechen nachgewiesen wurden. Mit der »Nein, aber«-Haltung korrespondiert eine »Ja, aber«-Haltung, wenn es darum geht, ob die Wehrmacht Kriegsverbrechen begangen habe. Beispielhaft dafür ein Beitrag in den Informationen für die Truppe (IfdT) aus dem Jahr 2003: »Ein Tyrann hat die Tapferkeit, den Mut und das Ehrgefühl der ihm anvertrauten Soldaten missbraucht«, schreibt Markus Bentler, heute Kommandeur der Panzerdivision 10, in dessen Bereich das berüchtigte Mittenwalder Heldengedenken fällt. »Die Wehrmacht hat großes Leid gebracht, aber ihre Soldaten haben auch großes Leid erlitten [...] Zwar sind viele schuldig geworden, jedoch besteht die Verantwortung nachfolgender Generationen und Armeen darin, nicht in Selbstgerechtigkeit zu verfallen und die Dialoge abzubrechen.«

Selbst mit einer nur symbolischen Entnazifierung wie beispielsweise der Umbenennung von Kasernen tun sich Militärpolitiker und Wehrmachtsanhänger extrem schwer. Zwar verkündet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion: »Viele ›problematische‹ Namen wurden schon aufgegeben«.[4] Aber, um genau zu sein: Es waren drei, seit 1956! Das waren die General-Dietl-Kaserne in Füssen, die General-Oberst-Kübler-Kaserne in Mittenwald (1995) sowie die Mölders-Kaserne in Visselhövede (2005). Gegenwärtig gibt es 28 Kasernen, die nach Wehrmachtsangehörigen benannt sind. Nur zehn davon gehörten zum Widerstand. 1999 hatte Kulturstaatsminister Naumann (SPD) noch angekündigt, sämtliche nach führertreuen Wehrmachtsgenerälen benannten Kasernen umzubenennen »In zwei Jahren finden Sie keine mehr« (SZ 30. Januar 1999). Heute reagiert die Bundesregierung auf die Frage, ob denn noch Umbenennungen beabsichtigt seien, missgelaunt: »Moralischer Rigorismus« sei unangebracht, »das Menschliche muss in Kauf genommen werden, wenn man Menschen als Namensgeber betrachtet.«[5]

Outsourcing der Wehrmacht

Während sich die Bundesregierung wenigstens teilweise von der Wehrmacht distanzieren muss, gilt eine solche Beschränkung nicht für die militärischen Traditionsverbände und

1| Bundestagsdrucksache 16/5380
2| Von Himmerod bis Andernach, Dokumente zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr, hg. vom Bundesministerium der Verteidigung. Führungsstab der Streitkräfte I 3., Bonn 1985, S. 177.
3| Junge Freiheit, 20. Juli 2001
4| Bundestagsdrucksachen 16/1282
5| Bundestagsdrucksache 16/1601

➔

→ Reservistenkameradschaften. Von denen gibt es Hunderte, unterteilt in Regional- und Divisionsverbände. Die größten Dachverbände sind Kyffhäuserbund (rund 100.000 Mitglieder), Bayerischer Soldatenbund 1874 (im ganzen Bundesgebiet 80.000) und der Kameradenkreis der Gebirgstruppe (knapp 7.000 Mitglieder).

Die meisten dieser Verbände agieren im nationalkonservativen und deutschnationalen Politikspektrum. Die Verbrechen der Wehrmacht leugnen sie nicht unbedingt – sie relativieren sie aber gerne. Die Aufarbeitung der Geschichte beschränkt sich auf die Ehrung der »eigenen« Toten und die Beschwörung von Heldenmut und Tapferkeit. Die Verbände sind bestrebt, Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg zu »normalisieren« und erfüllen damit ein wesentliches Anliegen sowohl rechtsextremer als auch rechtskonservativer Politik.

So würdigt der Kyffhäuserbund »die Leistungen der deutschen Soldaten in Vergangenheit und Gegenwart«. Der Verein bekennt sich bis heute zum Anführer des 1943 aufgelösten Nationalsozialistischen Reichskriegerbundes, dem SS-General Wilhelm Reinhard. »Deutschland war im Krieg um Tod und Leben und jeder mußte auf seinem Platze seine Schuldigkeit tun, so gut er konnte«, zitiert ihn zustimmend die Vereinszeitschrift. Der Bund rechnet die Verbrechen der Wehrmacht gegen die Vertreibungen der Deutschen nach dem Krieg auf und fordert »ein gegenseitiges Gedenken«.[6]

Der Bayerische Soldatenbund setzt sich »unermüdlich für die Ehre der Gefallenen unseres Volkes ein« und vereint jene, die »Leistungen und Opfer der Wehrmacht nicht leugnen«. Er lässt auch schon mal den Geschichtsrevisionisten und Exgeneral der Bundeswehr Gerd Schultze-Rhonhof zu Wort kommen. Diesem zufolge sei es Deutschland im Zweiten Weltkrieg »ursprünglich nur um die Menschenrechte der deutschen Minderheit in Polen und um die Heimkehr der Danziger Bevölkerung in ihr Mutterland« gegangen. Der Krieg habe sich »gegen Hitlers Willen« ausgedehnt.[7]

[1]

[1] Treffen des »Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V.« am 15. Mai 2005 in Mittenwald auf dem Hohen Brendten.

Wie intensiv die Zusammenarbeit der Traditionsgemeinschaften mit der Bundeswehr ist, kann man in den Vereinszeitschriften nachlesen. Da gibt es fortlaufend »pfundige Kameradschaftsabende« im Offizierscasino, Schießwettkämpfe und Mitgliederversammlungen in Bundeswehrliegenschaften. Aktive Offiziere schreiben für die Vereinsblätter oder halten Vorträge vor Vereinsgliederungen. Der Kyffhäuserbund Berlin hat sein Büro in der Julius-Leber-Kaserne. Das erhellt die Bedeutung, die diese Vereine als Transmissionsriemen der Militärpolitik haben. Doch der ansonsten so hierarchische Militärapparat verzichtet darauf, die gemeinsamen Veranstaltungen, Besuche und Gegenbesuche, Zuarbeiten und Nutzungsüberlassungen zentral zu erfassen. Es bleibt den Kasernenkommandanten und Standortältesten überlassen, mit wem sie in welcher Form zusammenarbeiten.[8]

Diese militärische »Basisdemokratie« hat den Vorzug, eine Kontrolle massiv zu erschweren. Dabei wäre sie ungemein wichtig, übernehmen doch die Vereine jenen Teil der Traditionsarbeit, der über den Traditionserlass hinausgeht: Revisionismus, Ehrung von Kriegsverbrechern, Wehrmachtsglorifizierung. Die Bundesregierung ist offensichtlich froh darum, dass jemand diesen Part übernimmt, und erklärt formell richtig, sie könne privaten Vereinen nicht die Art und Weise ihrer Geschichtsbetrachtung vorschreiben.

Beispiel Mittenwald

Im bayerischen Mittenwald findet jedes Jahr an Pfingsten die »Brendtenfeier« des Kameradenkreises der Gebirgstruppen statt. Dessen Ehrenpräsident war von 1952 bis zu seinem Tod 1983 General Hubert Lanz – ein Kriegsverbrecher, der vom Nürnberger Tribunal wegen des Massakers an 4000 italienischen Kriegsgefangenen auf der griechischen Insel Kephallonia im September 1943 zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden war. Distanziert hat sich der Verein bis heute nicht von ihm. Darüber zu reden verstieße wohl gegen den Vereinszweck: Laut Homepage engagiert sich der Kameradenkreis »für die Ehre der Soldaten und verurteilt Verunglimpfungen«. Der Historiker Stefan Stracke hat ermittelt, dass deutsche Gebirgstruppen europaweit Massaker an mindestens 58 Orten begangen haben.[9]

6| Belege im »Kyffhäuser«, Ausgaben 1/06; 4/06.
7| Vereinszeitschrift »Treue Kameraden«, 6/05.
8| Bundestagsdrucksache 16/1282
9| Mörder unterm Edelweiß, hg. von Ralph Klein, Regina Mentner und Stephan Stracke, Köln 2004

Aufgrund wachsender Proteste von Antifagruppen und Medieninteresse gestand Vereinschef Manfred Benkel, Oberst a. D., vor zwei Jahren ein, Gebirgssoldaten seien an »Vorgängen« beteiligt gewesen, die »auch schon damals gegen geltendes Recht verstoßen haben.«[10] Wohl auch wegen der Öffentlichkeitswirkung wurde 2005 die Traditionskameradschaft des SS-Polizeigebirgsjägerregiments 18 ausgeschlossen – nicht aber deren Einzelmitglieder. Das frühere Motto der Feier, »für unsere gefallenen, vermissten und verstorbenen Kameraden«, wurde um den Zusatz »und aller Opfer von Krieg, Gewalt und Terror« ergänzt. Die Bundeswehr leistet alle Jahre zuverlässig Unterstützung und stellt einen Shuttle-Service. Zu den prominentesten Mitgliedern des Kameradenkreises gehören der ehemalige bayerische Ministerpräsident Manfred Stoiber und der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (beide CSU), der in diesem Jahr auch selbst in Mittenwald sprach.

Kämpfertypen gefragt

Gerade Berufs- und längerdienende Zeitsoldaten haben offenbar das Bedürfnis, ihr Tun in einem übergreifenden Traditionszusammenhang zu verorten. Die Frage des Autoren, warum er die Wehrmacht schätze, begründete ein Reservist auf dem Weg zum Mittenwalder »Kameradschaftsabend«: »Sie können ja nicht ihre eigenen Wurzeln abschneiden«.[11]

Das bedingte Festhalten an der Wehrmacht steht auch in Zusammenhang mit dem neuen Selbstverständnis der Bundeswehr. »Soldatische Tugenden« – Treue, Opferbereitschaft, Gehorsam – spielen seit 1990 wieder eine wesentlich stärkere Rolle. Die Bundeswehr wird zur Interventionsarmee umgebaut, Auslandseinsätze werden zur Regel. Gefordert ist deswegen die »Fähigkeit, kämpfen zu können und kämpfen zu wollen«, wie es der frühere Generalinspekteur Klaus Naumann formulierte.[12] Die Bundeswehr hat bislang – noch – keine eigene »Kampftradition« entwickelt, der Rückgriff auf die Wehrmacht ist da schlicht naheliegend. Schon 1991 mahnte die Bundeswehrzeitschrift »Truppenpraxis«, auf den »reichen Erfahrungsschatz der Wehrmacht« nicht zu verzichten.

Denn, so das Bundeswehrjournal »Y« im März 2005: Man soll nicht immer nur über das Schlechte reden. »Darüber hinaus muss und darf jenseits einer Schuld- und Traditionsdebatte die Frage nach der militärischen Leistungsfähigkeit erlaubt sein. Für den israelischen Militärhistoriker Martin van Creveld (59) verkörpert die Wehrmacht, besser als jede andere moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin [...] Auch taktisch und operativ setzte die Wehrmacht zu ihrer Zeit höchste Maßstäbe«. Hinzuzufügen ist: Martin van Creveld ist regelmäßiger Autor für die Junge Freiheit und das extrem rechte Blatt »Deutsche Militärzeitschrift« und Gast bei stramm rechten Vereinigungen wie dem Institut für Staatspolitik. Der eingangs genannte General Günzel hat genau diese Haltung nur etwas zugespitzt, als er seinen Leuten »Disziplin wie bei den Spartanern, den Römern oder bei der Waffen-SS« abverlangt hatte.[13]

»Normalisierung«

Das soll nicht bedeuten, dass sich Bundeswehrsoldaten an der NS-Ideologie orientieren sollen. Aber: Sie sollen Kämpfer sein, die von ihrer Mission überzeugt sind. »Wir mussten ja unsere Pflicht tun«, haben 99 Prozent unserer wehrmachtsgedienten Großväter erzählt. Das ist heute wieder gefragt.

Dieser Anspruch erklärt, dass auf Nazis und verurteilte Kriegsverbrecher gegebenenfalls verzichtet wird. Wichtiger ist die Erinnerung an vermeintlich »politisch unbelastete« Kämpfertypen, die mit dem notwendigen Maß an Chauvinismus und Brutalität in den Krieg zogen, ohne komplizierte Fragen zu stellen.



In den Worten von Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhahn, der Ende September einen Soldatenfriedhof in Lettland einweihte: »Sie [die Bundeswehr, F. B.] kann sich aber auch nicht von den deutschen Soldaten lossagen, die, wie der Philosoph Karl Jaspers schrieb, in Kameradschaftlichkeit treu waren und die ohne Ausführung offenbar böser Befehle in unschuldigem Glauben fielen«. Die Soldaten hätten sich »um ihrer Heimat und ihrer Familien willen für den Dienst an ihrem Land« entschieden – kein Wort über die unendlichen Gräuel, die Wehrmacht, SS und lettische Kollaborateure verübt haben.[14]

Das Comeback der »soldatischen Tugenden« und das Anknüpfen an Traditionen der Wehrmacht sind Ausdruck des Normalisierungsdiskurses, der in Deutschland seit 1990 immer dominanter wird. Die Bundeswehr bleibt nicht bei Schuld-Eingeständnissen stehen, sondern fordert (!) Versöhnung, denn nun soll es weitergehen: Auch heute wollten Soldatinnen und Soldaten »ihrem Land dienen«, so Schneiderhahn auf dem Soldatenfriedhof, »und deshalb denke ich in diesen Minuten an unsere Truppen auf dem Balkan, in Afghanistan am Horn von Afrika und vor der Küste des Libanon.«

Mit dem Soldaten, wie ihn die »Innere Führung« eigentlich fordert, der Befehle kritisch hinterfragt und die Grenzen seiner Gehorsamspflicht erkennt, hat das nichts zu tun. Freilich: Der »Bürger in Uniform« war von Anfang nur ein Potemkinsches Dorf. Das lässt man jetzt verfallen. ■

10| www.kameradenkreis.de
11|www.youtube.com (»Mittenwald-Vorspann«)
12| Klaus Naumann: Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, Berlin 1994, S. 201–203.
13| Taz, 24. Mai 2004
14| www.bmvg.de

Landser-Romane

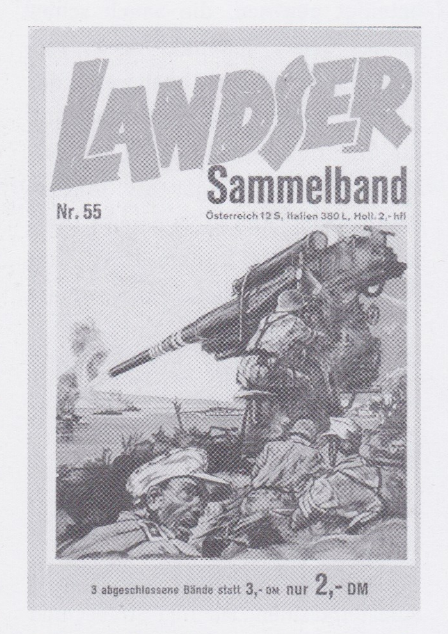
Extrem rechter Ideologietransfer in Serie

Seit rund 50 Jahren läuft die Produktion einer Heft-Serie, die viel gelesen wird, aber kaum kritische Reaktionen hervorruft. Die »Landser«-Hefte schleichen durch die Gemüter pubertierender Jungen, ohne dass sich die Erwachsenenwelt mit dieser »Schmuddelliteratur« auseinandersetzen will.

Dirk Wilking

Innerhalb der Neonazi-Szene ist eine detaillierte Kenntnis isolierter Elemente des 2. Weltkrieges ein Qualitätsmerkmal, das Voraussetzung für einen erhöhten Status innerhalb der Szene ist. Diese Kenntnisse müssen nicht umfassend sein, doch sind die technischen Details (etwa einer Waffengattung der Wehrmacht) Ausweis einer Szene-Kompetenz, wie sie auch durch die Kenntnis einschlägiger Musik oder Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen erlangt werden kann. Auch wenn die legal erwerbbaren Hefte der Serie innerhalb der harten Szene kaum konsumiert werden, weil sie zu altbacken und langweilig sind, stellen sie doch einen Einstieg dar – kaum ein Neonazi hat sie nicht zum Einstieg gelesen.

Es ist still geworden um den »Landser«. Doch es geht ihm so gut wie lange nicht mehr. Mitte der 70er Jahre gab es einige Veröffentlichungen zu der Heftserie im Zuge der Konjunktur sozialgeschichtlicher Methoden der Germanistik, die hier auch ausführlich behandelt werden.[1] Spätestens mit der Friedensbewegung in der Bundesrepublik verschwand auch die Auseinandersetzung mit der Heftreihe. Damals wurde davon ausgegangen, dass sich der Erfolg der Serie biologisch erledigen wird, und keinerlei Attraktivität mehr auf Jugendliche ausüben würde. In den Fluten der Texte zum Rechtsextremismus spielt der Landser keine Rolle. Lediglich ein Artikel des »Spiegel« hat vor einiger Zeit den Blick wieder auf die Rastätter Ideologien-Schmiede gelenkt.[2] Durchaus nicht übertrieben wurde dargestellt, dass es eine sehr enge Verquickung von NPD und Landser-Heften gibt. Der neue Boom des fast toten Landser wurde vor allem durch die ostdeutsche Nachfrage ausgelöst. Das perfide an der Serie ist, dass das Vertriebsnetz sehr elegant dem Verhalten der neuen Kundschaft entspricht: die Tankstellen (wo es den Landser in der BRD vor 1989 zu kaufen gab) sind häufig informelle Szene-Treffs der Jugendlichen. Im Gegensatz zu den Fanzines geriet der Landser nicht seiner Wirkung entsprechend in das Blickfeld der Rechtsextremismus-Forschung. Dabei scheint der Serie mit wenigstens 100.000 Lesern pro Monat eine wichtige Funktion zuzukommen. Über diese Texte lassen sich auch ideologisch nicht festgelegte männliche Jugendliche ansprechen. Abenteuer, Korps-Geist, Mut und die überhöhte Relevanz des Individuums als »Held« werden als ethische Grundmuster kommunizierbar und im Sinne extrem rechter Ideologie für die Rekrutierung einsetzbar. Der vom ehemaligen Repuplikaner-Chef Franz Schönhuber proklamierte Schulterschluss der Großväter mit den Enkeln kann über die Landser-Produkte einfach hergestellt werden. In den Gefängnissen werden die Landser-Hefte gerne gelesen, weil sie ein übersteigertes Männerbild transportieren, das die »Niederlage« überhaupt erst zum Beweis der Männlichkeit macht.[3] Die Geschichten der Landser-Hefte transportieren nicht unmittelbar extrem rechte Ideologie, sondern dienen dazu, dass Jugendliche sich in die Szene »einfädeln« können. Ihre Themen sind eine Kommunikationsbasis zwischen pubertierenden männlichen Jugendlichen und extrem rechte Szene.



Heftchenromane

Zwar werden Landser-Hefte im Verhältnis zu anderen Heft-Serien wohl weit weniger gelesen, jedoch halten die wenigen jungen Leser den spannend aufgemachten Inhalt der Hefte für wahr, da sie über sehr wenige Kenntnisse über den Nationalsozialismus verfügen. Der langjährige Chefredakteur der Landser-Reihe war Bertold K. Joachim. Er war der letzte eines ehemals 25-köpfigen Teams, das sich weitgehend aus ehemaligen Kriegs-

1| Die umfassendste, noch heute gültige Analyse der Heftserie ist Geiger, Klaus F.: Kriegsromanhefte in der BRD. Tübingen 1974. Aus derselben Zeit stammt Antoni, Ernst: »Landser«-Hefte. Wegbereiter für den Rechtsradikalismus. München 1979. Seit dem ist nur noch erschienen Nutz, Walter: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane. In Acta Universitatis Wratislaviensis No 853, Wroclaw 1987, S. 99–115.

2| Kampferprobte Verbände. Der Spiegel, Nr. 32, 1998, S.28; das Neueste ist Kasper, Hartmut: Der 2.500. Landserroman ist erschienen. WDR 5; Scala vom 7. März 2006, 12.05 Uhr http://www.wdr5.de/service/service_buch/689436.phtml eingesehen 1.2.07. Der 2500. Band erschien im Januar 2006

3| Oschlies, Renate: Weggesperrt. Berliner Zeitung, 26.3. 2002

berichterstattern zusammensetzte. Die Serie wird heute von C. Bartsch betreut.

Übereinstimmend berichten Antoni, Geiger und Kühn in den 70er Jahren über ganz erhebliche Probleme bei der Beschaffung von Informationen über den in Rastatt ansässigen Pabel-Verlag[4,5]. Als gesichert können somit nur die Angaben aus dem Handelsregister angesehen werden. Der Pabel-Verlag hatte seine früheren Konkurrenten Semrau und Moewig geschluckt und diese Gruppe wurde vom Bauer-Konzern übernommen. Die Zugehörigkeit des Erich Pabel Verlages zum großen Bauer-Konzern (Bravo, Neue Revue, u.v.a.) ist bei der Frage nach der Finanzierung des Verlages von besonderer Relevanz. Klaus F. Geiger geht von etwa 700.000 Lesern der Landser-Romane aus, eine Zahl, die doch etwas zu hoch gegriffen scheint, denn die Auflage der Hefte wird in den 70er Jahren auf 60.000 bis maximal 100.000 Exemplare geschätzt, was bedeutet, dass Geiger davon ausgeht, dass jedes Heft von sieben Personen gelesen wird. Heute hält sich der Verlag nicht mehr so vornehm zurück. Auf der Homepage des Verlages wird nunmehr offensiv mit den Zahlen umgegangen:[6]

Der Landser
Erscheinungsweise: wöchentlich
Preis: 1,70 Euro
Auflage: 60.000

Der Landser-Großband
Erscheinungsweise: 14-tägig
Preis: 1,85 Euro
Auflage: 60.000

SOS Schiffsschicksale
Erscheinungsweise: monatlich
Preis: 2,30 Euro
Auflage: 60.000

Dabei sagt die Auflage nicht aus, dass alle Hefte in der Woche auch verkauft werden. Rund 350 Titel hält der Verlag vorrätig, die nachbestellt werden können. Auf der Homepage des Landser lassen sich entsprechende Kurzbeschreibungen der Heftinhalte einsehen.[7] Es sollte angesichts der Zahlen davon ausgegangen werden, dass monatlich rund 100.000 Hefte der Serie gelesen werden. Wird hierbei berücksichtigt, dass wohl immer noch rund 80 Prozent männliche Leser unter 18 Jahren sind, wird die Brisanz dieser eher im unteren möglichen Bereich liegenden Zahl deutlich.[8]

Landser-Autoren

Da für den Landser oberstes Gebot ist, den Eindruck von Authentizität zu vermitteln, rekrutieren sich die Autoren der Landser-Hefte überwiegend aus ehemaligen Parteigenossen der NSDAP. Zu großen Teilen waren sie im Propagandaministerium als Kriegsberichterstatter tätig.

Da wäre ein Hanns Möller-Witten, der sich im Lühne-Verlag Leipzig mit dem Werk »Der Preuße aus Hannover-Scharnhorst, der Schöpfer deutscher Wehrkraft« für seine spätere Arbeit qualifizierte und sich bei Dr. Freys »Deutsche National- und Soldatenzeitung als »militärpolitischer Ressortleiter« weiterbildete.

Auch Alex Buchner erlernte sein Handwerk »im Felde«: als Berichterstatter in einer Propagandakompanie während des 2. Weltkrieges. Danach übte er diese Tätigkeit durch Publikationen in den extrem rechten Verlagen Moewig, Schild und Vowinkel aus.

Fritz-Otto Busch debütierte schon während der Nazi-Zeit beim Bertelsmann-Verlag mit dem Buch »Narvik – Vom Heldenkampf deutscher Zerstörer« (1940). Der Landser-Autor Werner Haupt ist lediglich durch seine Arbeit für den Schild-Verlag und bei Dr. Freys »Nationalzeitung« bekannt.

Der Fall des Heinz A. Eckert dagegen ist von erheblicherer Bedeutung. Als »Abwehr«-Mann während des Krieges wurde er später wegen seiner Verbrechen an (vermeintlichen) Mitgliedern der französischen Rèsistance von einem französischem Militärgericht zum Tode verurteilt und später zu einer Haftstrafe begnadigt. Er schrieb während seines Aufenthaltes in der Todeszelle ein Buch, das 1969 im Hamburger Holsten-Verlag erschienen, als Landser-Großband 459 in Kurzfassung unter dem Titel »Das tödliche Spiel« erscheinen sollte. Um der drohenden – und später auch durchgeführten – Indizierung vorzubeugen, argumentierte der Pabel-Verlag gerade mit diesem Todesurteil, das ja nur eine kleine Ahnung von der grausamen Tätigkeit Eckerts in Frankreich vermittelt.[9] Dieser flegelhafte Zynismus ist symptomatisch für etliche Äußerungen der Landser-Redaktion.

Ideologie-Transport

Wesentlich für die Auseinandersetzung mit Landser-Heften ist es, sich nicht auf eine Diskussion über die Richtigkeit der darin erwähnten Fakten einzulassen, sondern auf den Ideologietransport in den Heften zu verweisen. So sind in der Regel – und dies gilt vorrangig für militärische Details – die Angaben richtig, jedoch wird alleine schon durch die Auswahl des Dargestellten eine ideologische Konzeption vermittelt. So kann es in einem Landser-Roman durchaus vorkommen, dass in einem Heft die Russen die Deutschen zwölfmal angreifen, während die Deutschen nur einmal mit einem Stoßtrupp kontern. Dadurch wird die Mär vom gerechten Krieg gegen den Bolschewismus weitergesponnen, wobei der Angriffskrieg geflissentlich unerwähnt bleibt. Es ist in dieser Serie nicht nur der Deutsche, der als gut beschrieben wird, sondern »das Deutsche« in seiner ganzen Diffusität, mit der es die Nazis verwendeten, also ein eindeutig nationalistisches Element.

Ein weiterer, wesentlicher Charakterzug des Landser-Romans ist die Belanglosigkeit der darin enthaltenen Informationen. Wesentliches, wie etwa

➔

4| Geiger, Klaus F.: Kriegsromanhefte in der BRD. Tübingen 1974
5| Kühn, Dieter: Luftkrieg als Abenteuer. Kampfschrift. München 1976
6| http://vpm.de/pdf/landser.pdf, eingesehen 14. 03. 2007
7| http://www.landser.de/landsersites.htm, Stand 12.03. 2001
8| Die Aussagen zum Alter der Leserschaft variieren: Fischer, Ludwig: Heftromane. In Fischer, L.: Literatur der Bundesrepublik Deutschland bis 1967. München 1986, S. 549 und 551 geht von der genannten Zahl aus, Nutz, Walter: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane. In Acta Universitatis Wratislaviensis No 853, Wroclaw 1987, S.113 geht von 60% männlichen Lesern unter 25 Jahren aus. Nach unseren ostdeutschen, nicht wissenschaftlich exakten Erfahrungen müsste die Angabe von Fischer eher zutreffen, wobei wir einen deutlichen Schwerpunkt bei Lesern um die Pubertät erkennen.
9| Von Eckert erschienen als »Landser«-Großbände: Eckert, Heinz A.: Jagd im Untergrund. Großband 366; Ders.: Der unsichtbare Feind. Großband 371 Ders.: Das tödliche Spiel. Großband 378. Ders.: Die gnadenlose Jagd. Großband 385. Ders.: Einzelkämpfer. Großband 391. Ders.:Der verratene Sieg Großband 393. Ders.: Partner des Todes. Großband 405

→ politische Hintergründe, werden in den Darstellungen gänzlich ausgeschlossen. Selbst militärstrategische Hintergrundinformationen bleiben weitgehend unerwähnt, lediglich der Zeitraum vor 1942 (als die Nazis noch siegten) erfährt eine Beschreibung der Kampfstrategie. Der Verlag wird diesen Mangel möglicherweise mit dem Hinweis auf den Untertitel »Erlebnisberichte zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges« begründen, jedoch ist es gerade diese Einschränkung, die die Serie für Jugendliche so gefährlich macht. Die Bedeutung des Einzelnen wird für die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit negiert, aber maßlos überhöht für den Krieg. Nur im Krieg, der der natürliche Zustand der Welt sei, gewinnt das Individuum seinen Sinn. Verachtet wird dagegen alles Zivile: Familie, Politik, Kultur sind zwar Anlass für kriegerisches Handeln, indem es verteidigt werden muss, nur beschrieben wird es nicht. Die (vor allem auch für Jugendliche) oft schwer durchschaubare Welt der zivilen Prozesse wird reduziert auf einen Gewaltursprung, der sich im dauernden Krieg äußert.

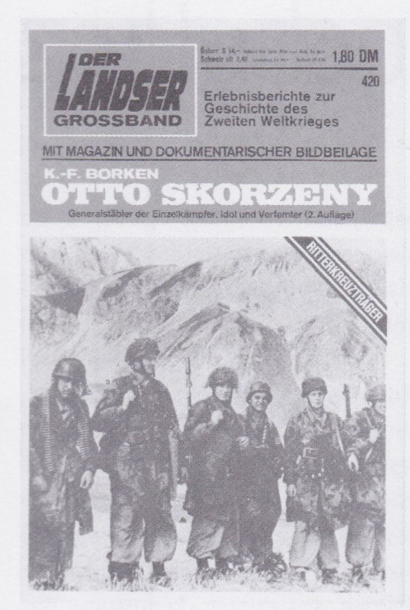
Um Krieg und Faschismus nicht bewerten zu müssen (und das hieße im Falle der Landser-Autoren nur: positiv) wird der Krieg auf das Abenteuer einiger Individuen reduziert, was natürlich zudem den Effekt eines sehr hohen Identifikationsmoments zeitigt. Bei der Bewertung des Landser muss in jedem Fall berücksichtigt werden, dass es sich um eine Serie von Heften handelt. Dadurch wird bei den jungen, männlichen Lesern ein Rollenbild stabilisiert und zugespitzt, dass die Rolle als »Krieger« natürlich erscheinen lässt. Erst in der Summe der Hefte stellt sich dar, dass es sich um den Versuch handelt, die Leser mit der Serie in Kontexte einer männlichen Fraglosigkeit zu stellen. Zweifel sind da nicht zulässig und dürfen am allerwenigsten durch Frauen geäußert werden – deshalb kommen die auch erst gar nicht vor. Dabei spielt im transportierten Ethos der Serie »Treue« eine zentrale Rolle. Die doppelte Beziehung des Begriffs zu Vaterland und (Ehe-) Frauen wird zugunsten des Staates überbetont. Der Krieg des Staates ist also höherwertig als die Familienbindung. Das entspricht dem NS-Slogan »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«.

Da der Antisemitismus in der Serie keinerlei Rolle spielt (weder wird er versteckt geäußert, noch als treibendes Motiv des Kriegsausbruchs erwähnt) kann nicht von einer stringenten Fortführung der NS-Ideologie gesprochen werden. Dennoch wird das Weltbild des Faschismus »bereinigt« an die Lesergemeinde weitergegeben. Ebenfalls markant für das extrem normative Verhalten einer Diktatur ist die Ablehnung aller Verhaltensweisen, die dem Ziel der Diktatur nicht förderlich sind. Im Landser etwa ist es eine Charakterschwäche, wenn jemand »grübelt«, »denkt«, Angst hat, oder Skrupel zeigt. Figuren, die im Heft so charakterisiert werden, sterben in der Regel kurz darauf, weil sie nicht lebens- (d.h. front-) tauglich sind. Das ideologische in den Landser-Heften ist nicht eine direkte Propaganda für den NS-Staat, sondern eine männliche Rollenbeschreibung, die Jugendliche diktaturkompatibel machen. Das militaristische Weltbild hat dort eine Eigendynamik, die völlig ungebrochen und ohne Zweifel die Sinnhaftigkeit der männlichen Existenz darstellt. Anders etwa als in modernen Kriegsromanen, wo der Zweifel am Sinn des Krieges eine Erinnerung an die Freiheit bewahrt, entfällt dieser Aspekt im Landser-Roman völlig.[10] Hier ist Freiheit nur die Nicht-Gefangenschaft bei den Russen, das heißt der Krieg gegen sie.

Wirkungen der Landser-Romane

Wer Landser-Hefte liest, wird nicht automatisch Neonazi. Die Serie gehört zunächst in die Rubrik der Trivialliteratur, also einer Massenliteratur.[11] Trivialliteratur ist nicht automatisch »schlechte« Literatur, sondern es wird literatursoziologisch ein bestimmtes Verhältnis zwischen Produzent und Konsument angenommen, zum Teil bezieht sich der Begriff auch auf das Vertriebssystem. In erster Linie berufen sich Produzenten und Konsumenten dieser Literatur auf das selbe Wertesystem, das heißt diese Werte werden nicht in Frage gestellt, sondern durch dauernde Wiederholung und Berufung auf sie bestätigt.[12] Die Produktion geht dabei vor allem auf die Bedürfnisse der Leser ein und passt diesen den Text an. Von trauriger Berühmtheit aber symptomatisch für die Massenliteratur ist dabei die Bild-Zeitung geworden, die anlässlich der Massenkrawalle in Rostock 1992 titelt: »Ihr müßt euch schämen« – gemeint waren aber nicht etwa die Täter, sondern Politiker wie Helmut Kohl und Björn Engholm, die solche Krawalle angeblich provoziert hätten.[13] Ähnlich arbeiten alle Systeme der Trivialliteratur: nicht die Makrowelt ist beschreibungswürdig, sondern das Mikroschicksal, das Bedürfnisse befriedigt. Nusser weist darauf hin, dass dieses Verfahren der Trivialliteratur bei ihren LeserInnen zu einer »moralischen Apathie« führen kann.[14] Die entsteht

10| etwa bei Andersch, Alfred: Die Kirschen der Freiheit, Zürich 1952, wo diese Erinnerung als »Aroma« bezeichnet wird, die letztlich zur Desertion führt.
11| Nusser, Peter: Entwurf einer Theorie der Trivial- und Unterhaltungsliteratur. In ders.: Unterhaltung und Aufklärung. Studien zur Theorie, Geschichte und Didaktik der populären Lesestoffe. Frankfurt/M. 2000, S. 13f.
12| Ebd., S. 39
13| Ihr müsst euch schämen. Bild-Zeitung, 27.8. 1992
14| Nusser, Peter: Manipulationsstrategien in der Massenbildpresse und in der massenhaft verbreiteten fiktionalen Literatur – erläutert am Beispiel der Darstellung von Verbrechen und Verbrechensbekämpfung. In ders.: Unterhaltung und Aufklärung. Studien zur Theorie, Geschichte und Didaktik der populären Lesestoffe. Frankfurt/M. 2000, S. 65



nicht durch den Konsum von Trivialliteratur allein, sondern durch die massenhafte Tendenz, über das Kommunikationsverhalten nach Möglichkeit nur die bereits bestehenden Werte und Urteile zu spiegeln. Diese moralische Apathie führt mittelbar zu einem inhumanen Verhalten, das – mehrheitsfähig oder nicht – einzelne Gruppen der Gesellschaft prägt und indirekt auch die entsprechenden Taten erzeugt. Wenn nämlich das ethische Wertesystem nicht in seinem Inhalt funktional (d.h. als Regulierung) notwendig für die Gesellschaft verstanden wird, sondern nur formal mechanisch weitergegeben wird, werden Reaktionen auf eine Verletzung des Regelwerkes maßlos. Hier wäre Kunczick, und Zipfel zu widersprechen, die von der falschen Grundfrage ausgehen, ob der Konsum von Gewalt im Bereich der optischen Medien nicht zwangsläufig zu gewalttätigem Verhalten in der Realität führen könnte und dies für nicht nachweisbar halten.[15] Das Problem der Medienanalysen ist, dass man nach einem justiziabelen Wirkungsmechanismus fahndet, der dann noch in einem Wirtschaftsraum stattfindet, in dem es um Milliarden Euro an Umsätzen geht. Es ist durchaus zutreffend, dass es keine mechanistische Wirkungsweise einer Heftserie wie dem Landser gibt. Wer Landser-Hefte liest, wird nicht automatisch Neonazi – aber sehr viele Jugendliche, die später Neonazi waren, haben Landser-Hefte in der Phase des Einstiegs gelesen. Es ist hier – mehr noch als bei anderer Trivialliteratur – die moralische Apathie, die gefördert wird und in der Gruppe der männlichen Jugendlichen einen vielleicht allgemein verbreiteten Stärke-Kult mit einer ideologischen Grundhaltung verknüpft. Der Landser-Roman ist allerdings nicht durch vermeintlich »bessere« Literatur ersetzbar, wie Walter Nutz feststellt, weil sich mit der Entfernung der Heftserie nicht das Bedürfnis der Konsumenten verändert.[16] Die Förderung der Kritikfähigkeit durch pädagogische Maßnahmen erscheint als geeignetes Mittel gegen die inhumane Idylle der Landser-Hefte. In den Heften wird ein Verhalten vorgeführt, das bequem ist: es reicht Mann zu sein, Deutsch zu sein, nur zu gehorchen und stur zu sein. Der Krieg wird als der natürliche Zustand der Welt beschrieben, in dem nur eine Elite ein (Über-) Lebensrecht hat, die natürlich »das Deutsche« verkörpert. Bei der qualifizierenden Betrachtung der Wirkung sollte berücksichtigt werden, dass die Szenarien der Hefte von den Jugendlichen nicht unbedingt als »wirklich« verstanden werden – sehr wohl aber die Kommunikation innerhalb der unter Umständen »geheimen« Leser- und Wertegruppe. Der Wertekanon, den die Serie transportieren möchte, ist eine Landsknechtsmentalität, der alle moralischen Skrupel fern sind. Es ist tatsächlich so, wie Günter Hartung meint, dass in dieser Art Kriegsliteratur die Demokratie eine Dekadenzerscheinung ist.[17] Zum Bereich der extremen Rechten bestehen enge, indirekte Verbindungen. Die Geringschätzung des zivilen Lebens ist vor allem eine Geringschätzung der demokratischen Entscheidungsstrukturen. Zu thematisieren, zu diskutieren, zu modifizieren und erst dann zu entscheiden ist undenkbar in dem Kriegermythos der Rechtsextremisten. Respekt und Akzeptanz wird in dieser ethisch desorientierten Welt der Hefte nicht durch soziale Leistung erreicht, sondern spiegelt sich in der Angst der Mitmenschen vor der Gewalt.

Die enthistorisierende Wirkung der Landser-Serie hebt sich normalerweise in dem Moment auf, wenn die Beschreibungen mit den geschichtlichen Rahmenbedingungen konfrontiert werden. Es wäre eine wichtige Aufgabe für den Deutsch- und Geschichtsunterricht, sich ausdrücklich mit dieser Heftserie zu beschäftigen. Vor allem in Gesamt- und Förderschulen könnte die Landser Serie als Anlass genommen werden sich mit männlichen Jugendlichen konstruktiv über ein Männerbild auseinander zu setzen. Das Heldenstereotyp des Landser-Heftes kann dabei mit anderen Modellen verglichen werden und ins Verhältnis zur Lebenswirklichkeit der Jugendlichen gesetzt werden. ■

15| Kunczick, Michael; Zipfel, Astrid: Medien und Gewalt. Zum gegenwärtigen Forschungsstand. In: BPjS Aktuell. Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Amtliches Mitteilungsblatt. 10. Jg., H.4/2002, S. 11. Die Sorge vor »einer Einführung von Zensur« (ebd.) ist nicht glaubhaft, da die nicht ernsthaft in der Debatte ist. Was jedoch diskutiert werden muss, ist die Tatsache, dass mit einer rapiden Zunahme an medial leicht zugänglichen Dokumenten natürlich auch die Anzahl der sich darunter befindenden jugendgefährdenden erhöhen wird.

16| Nutz, Walter: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane. A.a.O., S. 115

17| Hartung, Günter: Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Drei Studien. Berlin 1985, S.120 f.

Geschichtsfälschung auf Hochglanz

Alle zwei Monate steht in vielen Bahnhofskiosken eine neue Ausgabe der Deutschen Militärzeitschrift (DMZ) im Regal. Geboten werden dem Leser nicht nur extrem rechte Geschichtsfälschung und die Verehrung vermeintlicher soldatischer Helden des Zweiten Weltkriegs, sondern auch Interviews mit Persönlichkeiten aus Politik und Kultur.

Entwicklung

In den über zehn Jahren ihres Bestehens hatte die Deutsche Militärzeitschrift verschiedene Herausgeber, doch die inhaltliche Ausrichtung dieser rechten Zeitschrift blieb stets die verklärte Darstellung militärhistorischer Personen und Ereignisse bis hin zur Kriegsverherrlichung. Bei der aktuell letzten Umstrukturierung Anfang des Jahres 2005 betonte der neue Chefredakteur Manuel Ochsenreiter für den in Berchtesgaden ansässigen Verlag Deutsche Militärzeitschrift, dass es »keinen Wechsel in der bewährten Linie« geben werde. Auch an der festgeschriebenen Zielsetzung, der »Verknüpfung zwischen Geschichte und aktuellen militärischen und militärpolitischen Themen«, wird weiterhin festgehalten. Die Herausgabe der Zweimonatsschrift stehe nach Eigenaussagen in einer »Tradition einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung« und sollte »Brücken schlagen zwischen den Generationen«.

Hintergrund

Gegründet wurde die DMZ im April 1995 durch Harald Thomas, der zuvor u.a. als Geschäftsführer des extrem rechten Nationaleuropäischen Jugendwerkes tätig war. Aufgrund von »gesundheitlichen und finanziellen Schwierigkeiten« seitens des Herausgebers musste das Heft bereits ein Jahr später eingestellt werden. Anfang 1997 wurde das Projekt Deutsche Militärzeitschrift vom MTM Medien-Marketing-Team übernommen und durch den neuen Chefredakteur Oberstleutnant a.D. Wolfgang Dischert wiederbelebt. Neben der Herausgabe der Zeitschrift DMZ verfügte das in Bad Soden ansässige Unternehmen über einen Versandhandel mit einem umfangreichen Angebot an Büchern und Videos vor allem zu militärischen Themen. Doch im Dezember 2003 wurde gegen die beiden Geschäftsführerinnen des MTM, Hildegard Hardt und Martina Wassmuth (geb. Hardt), das Insolvenzverfahren eröffnet. Für die weitere Herausgabe der Deutsche Militärzeitschrift sorgte nun das extrem rechte Verlagsnetzwerk Lesen und Schenken/Arndt-Verlag von Dietmar Munier. Die Geschäftsführerin Gerlind Mörig teilte in einem Schreiben an die Abonnenten die Weiterführung der DMZ im neu gegründeten Verlag Deutsche Militärzeitschrift mit. Als neuer Chefredakteur wurde von Munier Josef Gruber eingesetzt, der schließlich sein Amt Anfang 2005 an den ehemaligen Bundeswehrsoldaten Manuel Ochsenreiter übergab. Der Burschenschafter konnte bereits während seiner langjährigen Tätigkeit als Redakteur für die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit journalistische Erfahrungen sammeln.

Tom Cruise und Reinhard Günzel

Der Schauspieler Heino Ferch spricht über den Film »Die Luftbrücke«. Sein amerikanischer Berufskollege Tom Cruise wird über die Dreharbeiten seines neusten Actionfilms befragt. Der Artikel »Angriff und Verteidigung – Militärfußball gestern und heute« wird durch ein Interview mit Theo Zwanziger ergänzt. Der DFB-Präsident informiert hierbei über die Zusammenarbeit von DFB und Bundeswehr innerhalb der Sportförderung. Auch eine Reihe von weiteren »nichtrechten« Interviewpartern stellte sich für ein Gespräch mit der DMZ zur Verfügung. Zu den prominenesten gehörte wohl eine Reihe von ehemaligen Bundesverteidigungsministern wie Rudolf Scharping oder Hans Apel sowie der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm.

Doch die Mehrzahl der Interviewpartner der DMZ rekrutiert sich aus den zahlreichen rechten (Militär-)Historikern oder Stichwortgebern in Deutschland. So sind beispielsweise in der aktuellen Ausgabe des Zweimonatsheftes Interviews mit dem ehemaligen Generalbundesanwalt und JF-Verteidiger Alexander von Stahl und Bernd Rabehl zu finden. Genauso wenig überraschend ist, dass der ehemalige Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte (KSK) Brigadegeneral Reinhard Günzel inzwischen Dauerge-

sprächspartner der DMZ geworden ist. Dieser veröffentlichte im Pour le Mérite Verlag der Munier-Verlagsgruppe gemeinsam mit dem ersten Kommandeur der GSG 9 und dem Kommandeur der Wehrmachtseliteeinheit »Brandenburger« ein Buch mit dem Titel »Geheime Krieger – Drei deutsche Kommandoverbände im Bild«.

Wahrheiten über Ritterkreuzträger und Waffen-SS

Inhaltlich spiegelt sich die Generationsarbeit dadurch wieder, dass ehemalige Kriegsteilnehmer u.a. in der Rubrik »Landser erzählen« ihre Kriegserlebnisse den Lesern vermitteln. Eine kritische Betrachtung der vergangenen Ereignisse sucht man in den von subjektiver Sichtweise gekennzeichneten Artikeln vergebens. Ergänzend dazu finden sich im Heft zahlreiche Abhandlungen über die verschiedensten Kriegsereignisse aus deutscher Sicht, wie die »Vertreibung« und die Nürnberger Prozesse. Lebensläufe von militärischen Persönlichkeiten des Nationalsozialismus, wie Ritterkreuzträgern und anderen vermeintlichen Kriegshelden, sorgen für eine Heroisierung der Wehrmacht und der Waffen-SS. So wird der belgische Oberbefehlshaber der Waffen-SS-Division Wallonie Leon Degrelle in einem Soldatenporträt als »Der Europäer« verklärt. Während der Diskussion um die Mitgliedschaft von Günther Grass in der SS-Division »Freundsberg« im Sommer 2006 gab der Verlag eine Sondernummer der DMZ mit den Titel »Die Waffen-SS – Sie waren dabei!« heraus. In diesem großzügig verbreiteten Heft wurden nicht nur weitere prominente ehemalige SS-Mitglieder angeführt, sondern die Verbrechen der SS verharmlost und führende Offiziere heroisiert. Doch nicht nur die Weltkriege, sondern auch die NVA steht mitunter im Mittelpunkt des militärhistorischen Interesses des Verlags. Die Berichterstattung über die aktuelle Militärpolitik zeigt sich vor allem in einer umfassenden Kritik von Militäreinsparungen und des Geschichtsbildes bzgl. des Zweiten Weltkrieges innerhalb der Bundeswehr. Dazu wurden die verschiedenen ehemaligen Verteidigungsminister oder Kritiker innerhalb der Bundeswehr gefragt. So wird beispielsweise über das 50. Bundestreffen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger unter dem Titel »Die Tapfersten – heute verfemt« berichtet und ein Umdenken innerhalb der Bundeswehr eingefordert. Für die Ausrichtung der einzelnen Beiträge sorgen die verschiedenen Autoren, die überwiegend bereits in anderen rechten Zeitschrift publiziert haben. Dazu gehören zum Beispiel die rechten Historiker Rolf-Josef Eibicht, Claus Nordbruch, Franz W. Seidler, Joachim von Leesen und Franz Uhle-Wettler. Der Verlag wirbt regelmäßig für den Autor Leesen, der als Referent u.a. zum Thema »Bombenterror – Luftkrieg über Deutschland« für Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Rechte Werbekunden

Die inhaltliche Einbindung der DMZ innerhalb der extremen Rechten wird auch an den zahlreichen Inseraten deutlich. Annoncierten in den ersten Jahren neben Militärverlagen wie dem Motorbuch Verlag und Bernhard & Graefe auch vereinzelt Projekte aus dem Vertriebenenspektrum und die Junge Freiheit nebst ihrem damaligen österreichischen Ableger »Zur Zeit«, sind zunehmend extrem rechte bis neonazistische Anzeigen im Heft zu finden. Neben den zahlreichen Anzeigen und Besprechungen von Militärbüchern aus den einschlägig bekannten Verlagen sind auch Annoncen des SS-apologetischen Militärhefts »Der Freiwillige« oder des Deutsche Stimme Verlags der NPD zu finden. Auf dessen Pressefest in Mücka im Jahr 2004 wurden am Stand der DMZ großzügig Freiexemplare der Zeitschrift an die anwesenden Neonazis verteilt. Zur Erschließung neuer Abonnentenkreise berichtet die DMZ in den letzten Ausgaben nicht nur über Militärshows, sondern wirbt auch mit Inseraten im Freiwilligen und der Deutschen Stimme für eine weitere Verbreitung des Heftes.

Verehrter Leser,



hat das Thema RAF als Schwerpunktthema Eingan[g]
vorliegende Ausgabe der *Deutschen Militärzeitschrift (D*



[1] DMZ-Chefredakteur Manuel Ochsenreiter. Faksimile aus DMZ Nr. 60, 2007

Fazit

Unter dem Anschein der Wissenschaftlichkeit versucht die Hochglanzzeitschrift DMZ, ihr extrem rechtes Geschichtsbild den Lesern zu vermitteln. Zielgruppen sind neben militärhistorisch Interessierten auch (ehemalige) Soldaten der Wehrmacht, der NVA sowie der Bundeswehr. Zur Ehrenrettung des deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges werden von der Zeitschrift unterschiedlichste nichtdeutsche Zeugen angeführt. Auch klassische Themen der extremen Rechten wie Vertreibung, die Bombardierung von Dresden und die Nürnberger Prozesse werden von der Redaktion pseudowissenschaftlich aufgearbeitet und einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Die zahlreichen Interviews mit teilweise prominenten Gesprächspartnern dienen nicht nur der Untermauerung der eigenen politischen Positionen des Heftes, sondern vermitteln trotz der eindeutig rechten Ausrichtung der Zeitschrift DMZ den Anschein von politischer Seriösität. Nichtsdestotrotz arbeitet die Deutsche Militärzeitschrift seit ihrer Gründung kontinuierlich an der Heroisierung der Wehrmacht sowie einer Revision der bundesdeutschen Geschichtspolitik. ■

In Tradition von Wehrmacht und Waffen-SS

Auch über fünf Jahrzehnte nach der deutschen Kapitulation gibt es eine Reihe von Zusammenschlüssen von Teilnehmern des letzten Weltkriegs. Die Spannbreite reicht von den Traditionsverbänden der Wehrmacht über die elitäre Vereinigung der Ritterkreuzträger bis hin zu Strukturen der eigentlich aufgelösten SS-Nachfolgeorganisation HIAG. Mit der soldatischen Traditionspflege als Hauptschwerpunkt ihrer Aktivitäten wirken sie bis in die Bundeswehr, aber auch in die militante NS-Szene hinein.

Alte und neue Kameraden

Die Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V. besteht seit über 50 Jahren als Dachverband von etwa 70 Zusammenschlüssen ehemaliger Angehöriger der Wehrmacht. Diese reichen von den Traditionsverbänden, Hilfswerken und Kameradschaften einzelner Wehrmachtseinheiten wie Divisionen bis zu Verbänden von Angehörigen verschiedener Waffengattungen. Aufgrund der natürlich schwindenden Zahl der Mitglieder befinden sich nicht nur ehemalige Soldaten in den Reihen dieser Gruppierungen, sondern auch die Ehepartnerinnen und Nachkommen der Weltkriegsteilnehmer.

Die zahlreichen Treffen der Mitglieder und die Herausgabe der Vereinsblätter dienen nicht nur der Traditionspflege und Erhaltung der sozialen Verbindungen untereinander, sondern auch der gegenseitigen Vergewisserung der soldatischen Tugenden der Wehrmacht und deren Ehrenrettung entgegen dem »kritischen Zeitgeist«.

Den Schwerpunkt legt die Arbeitsgemeinschaft auf die Herausgabe der Monatszeitschrift Kameraden seit 1953. Die im Jahre 1997 erfolgte Umbenennung von Alte Kameraden in den heutigen Namen steht symbolisch für die thematische Öffnung des Blattes, aber auch der einzelnen Verbände. Junge Soldaten sind zunehmend die zentrale Zielgruppe für die Traditionsvermittlung und -pflege im Sinne der Wehrmacht. Neben Berichten über die Arbeit der einzelnen Verbände, zahlreichen Suchanzeigen und den unvermeintlichen Berichten der »Erlebnisgeneration« sind auch zahlreiche Beiträge von rechten Historikern zur Kriegsgeschichte im Heft zu finden. So wird den Lesern erklärt, »daß es die Wehrmacht war, die Westeuropa vor der Eroberung durch die Rote Armee bewahrt hat«, die Zeitschrift Kameraden stehe »für eine objektive Geschichtsschreibung und Dokumentation«.[1] Das Zusammentreffen von verschiedenen Generationen als Autoren und Leser machen die Kameraden zum wichtigen Medium der militärischen Traditionspflege im Sinne der Wehrmacht.

Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger

Ganz im Zeichen der höchsten deutschen Militärauszeichnung im Zweiten Weltkriegs steht die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V. – Förderkreis der Tradition des Eisernen Kreuzes« (OdR) als Zusammenschluss der Ordensträger und ihrer Angehörigen. Parallel zu den meisten Traditionsverbänden verfügt der 1995 gegründete Verein OdR mit dem Hilfswerk Ritterkreuz über einen eigenen Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder und derer Familien. Auf der Mitgliederversammlung beim 47. Bundestreffen im Oktober 2001 wurde ausgeführt, dass die Gemeinschaft über insgesamt 848 Mitglieder verfügt. Von den etwa 915 damals noch lebenden Ritterkreuzträgern waren 385 Träger zu diesem Zeitpunkt in der Ordensgemeinschaft organisiert.[2] Als Ehrenmitglieder der OdR werden u.a. Großadmiral Karl Dönitz als der direkte Nachfolger Adolf Hitlers und der Schriftsteller Ernst Jünger in ihren Reihen geführt.[3] Auch die OdR hat sich gegenüber der Nichtweltkriegsgenerationen geöffnet und jüngere Mitglieder in ihre elitäre Gemeinschaft aufgenommen. Dazu gehört neben zahlreichen ehemaligen Bundeswehrangehörigen auch Peter Agte, der seines Zeichens Herausgeber des ehema-

1| www.kameradenwerke.de/page.html
2| Protokoll der Mitglieder der OdR, 2. Oktober 2001
3| Mitgliederverzeichnis der OdR. Stand: 31. August 1998





[1] Hajo Herrmann signiert als ehmaliges Mitglied im NS-Luftwaffenführungsstab beim 50. Jahrestag der OdR ein Buch. Er ist oft als Redner auf NPD-Veranstaltungen und Neonaziaufmärschen aufgetreten.

[2] Festakt zum 50. Jahrestag des »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« OdR am 16. Oktober 2004 in Hameln. Im Kreise mit Burschenschaftern – der Festredner Ex-Bundeswehrgeneralmajor Gerd Schultze-Rhonhof (links) zusammen mit dem ehemaligen Bundeswehrgeneral Reinhard Günzel.

ligen HIAG-Blattes Der Freiwillige ist. Auch wenn in der Vereinssatzung »die Vertiefung der Verbindungen zu den ehemaligen Kriegsgegnern im Rahmen der Völkerverständigung« als angestrebtes Ziel festgeschrieben ist, dient die »Förderung der kriegsgeschichtlichen und wehrwissenschaftlichen Forschung«[4] vor allem zur Heroisierung der Taten der Ritterkreuzträger als der Elite der Wehrmacht und Waffen-SS. Nicht nur das Vereinsblatt »Das Ritterkreuz«, auch die Treffen des Bundesverbandes und der regionalen Strukturen dienen der generationsübergreifenden Traditionspflege der Teilnehmer.[5] Auch das vom Bundesverteidigungsministerium verhängte Kontaktverbot zwischen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und der Bundeswehr ist keine Hindernis für die Anziehungskraft und die Aussenwirkung der OdR.

Der Freiwillige

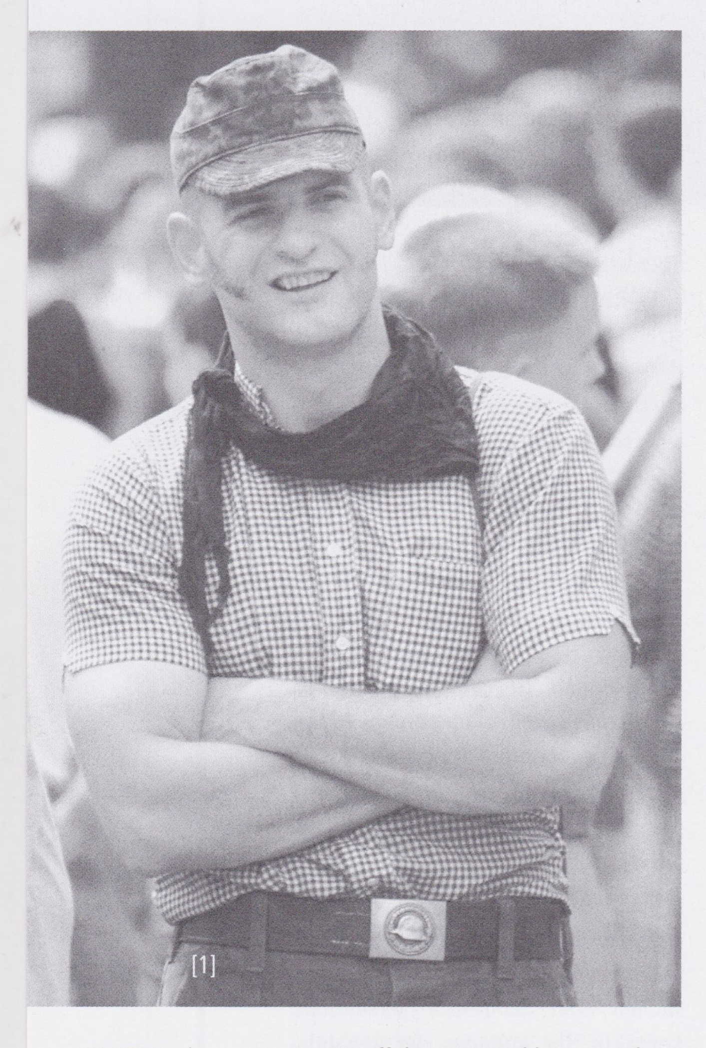
Als eine der ältesten bundesdeutschen Naziorganisationen wurde die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) Anfang der 1950er Jahre auf regionaler Ebene gegründet. Der Bundesverband formierte sich 1959 und konnte in seinen Hochzeiten bis zu 16.000 Teilnehmer auf seinen Treffen versammeln. Im verbandseigenen Munin-Verlag erschien ab 1953 die Zeitschrift Der Freiwillige. Der Schwerpunkt der Arbeit der HIAG war in den Anfangsjahren neben dem Suchdienst vor allem die Integration der SS-Mitglieder in die Nachkriegsgesellschaft und die Rehablitierung der SS. Der Munin-Verlag entwickelte sich in den Jahrzehnten seines Bestehens durch die Veröffentlichung einer Vielzahl von pseudowissenschaftlichen und verherrlichenden Büchern zur SS zu einem der wichtigsten apologetischen Militärverlage der (Neo-)Nazi-Szene. Die inhaltliche Linie des Verlags und des Verbandes spiegelte sich auch in der Verbandszeitschrift wieder. Suchanzeigen nach verschollenen SS-Mitgliedern waren genauso an der Tagesordnung wie Selbstzeugnisse von Kriegserlebnissen ehemaliger SS-Männer. Auch nach der Auflösung der HIAG als Bundesverband im Jahre 1992 existierten zahlreiche regionale Strukturen weiter, genauso wie die Zeitschrift Der Freiwillige weiterhin erschien und der Verlag Bücher veröffentlichte. Im Januar 2000 vollzog sich der Generationswechsel im Blatt mit der Übernahme der Herausgabe und Geschäftsführung durch den ehemaligen Berufssoldaten der Bundeswehr Patrick Agte. Doch ein Traditionsbruch fand bei weitem nicht statt. »Wenn gleich ›Der Freiwillige‹ nun nicht mehr das offizielle Organ der HIAG ist, bleibt seine Aufgabe, das Mitteilungsblatt aller Soldaten der frühren Waffen-SS darzustellen, unverändert.«[6] Zum neuen festen Autorenstamm gehört auch die Führungsfigur der Freien Kameradschaften in NRW, Ralph Tegethoff. Tegethoff schreibt auch regelmäßig in der NPD-Zeitung Deutsche Stimme herosierend über bekannte Wehrmachtsangehörige und Ritterkreuzträger. Auf Demonstrationen und Veranstaltungen der NPD und der Kameradschaften sind auch immer wieder Vertreter der »Erlebnisgeneration« wie der Ritterkreuzträger Hajo Herrmann als Redner anwesend.

Traditionspflege für alle

Obwohl die Zeitschriften Kameraden und Der Freiwillige sowie die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer Traditionspflege haben, eint sie, dass ihre Arbeit generationsübergreifend und von der Erhaltung sowie Vermittlung des alten soldatischen Geistes gekennzeichnet ist. Die Verbände der Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände versuchen über zahlreiche persönliche Kontakte, ihr Anliegen der Rehabilitierung der Wehrmacht massiv in die Bundeswehr hineinzutragen. Der Freiwillige verfügt nicht nur über zahlreiche Verbindungen zu ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, sondern auch über eine enge Anbindung an das militante Neonazi-Spektrum. ■

4| Satzung der OdR vom 18. Oktober 1997
5| siehe auch: »Ritterkreuz«-Treffen 2003 – Nationalsozialistische Traditionspflege im AIB #61
6| Der Freiwillige Nr. 3/2001, S. 4ff.

Partei-Soldaten der extremen Rechten



[1] NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise mit Armee-Mütze und -gürtel

[2] Ralph Tegethoff als Redner auf einer Neonazi-Demonstration am 29. März 2003 in Hanau

Der Begriff des »Parteisoldaten« wird landläufig für Personen verwendet, welche die Prinzipien von unbedingtem Befehl und Gehorsam aus dem Militär auf die Politik übertragen.

In den Parteien der extremen Rechten findet sich ein auffällig hoher Anteil von Personen, welche beruflich als Soldaten tätig waren. Hier sei nur auf den NPD-Vorsitzenden und ehemaligen Hauptmann Udo Voigt und den ehemaligen Führer des militanten Spektrums und Leutnant Michael Kühnen verwiesen. Beim Betrachten von rechten Aufmärschen fällt auf, dass immer wieder Militärbekleidung zu sehen ist, einige Personen kleiden sich, als sei Mobilmachung. Man denke hier nur an den inzwischen im Bundesvorstand der NPD sitzenden Thorsten Heise, den man über Jahre selten ohne seine Landser-Mütze sah. Das Militär insgesamt und speziell Wehrmacht und Waffen-SS sind für einige zentraler Bezugspunkt ihres Denkens und Handelns.

Einige Personen verbinden mit ihrem Wirken die Tradition und den Geist der Armeen des Nationalsozialismus mit der aktuellen Politik der NPD. Sie sorgen für eine geschichtliche Unterfütterung der Partei und für die emotionale Mobilisierung des Kampfgeistes. Am stärksten ausgeprägt ist dies bei dem in Bad Honnef bei Bonn ansässigen NPD-Mitglied Ralph Tegethoff. Tegethoff, ehemaliges Wiking-Jugend-Mitglied und langjähriger Kameradschaftsführer, trat im September 2004 öffentlichkeitswirksam der NPD bei. Schon dass er das zusammen mit Thorsten Heise und Thomas Wulff tat, zeigt seine Bedeutung im Spektrum des Neonazismus.

Der Autor

Den Geist der »kämpfenden Truppe« des Nationalsozialismus läßt Tegethoff in einer Vielzahl von Artikeln und auch in zwei Büchern wiederaufleben. Seit 2003 schreibt er regelmäßig in der Rubrik »Geschichte« der NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme (DS). Auch hier bilden einzelne Personen aus Wehrmacht und SS den Schwerpunkt seiner Artikel. So glorifizierte er zum Beispiel im Mai 2005 in der DS den SS-Obersturmführer und Ritterkreuzträger Klemens Behler unter dem Titel »Unbeugsam bis zum Tod«. Immer wieder fallen dabei die Begriffe »Tapferkeit«, »Einsatz« und »ungebrochen«. Die Verherrlichung geschieht durch Kampfberichte, historische Fakten zu den Gräueltaten der SS sucht man vergebens. Im Jahr 2004 veröffentlichte er im Deutsche Stimme Verlag sein Buch »Die Ritterkreuzträger des Panzerkorps Großdeutschland und seiner Schwesterverbände«, 2006 folgte im gleichen Verlag »Generalmajor Otto Ernst Remer. Kommandeur der Führer-Begleit-Division«. Co-Autorin war die Lebensgefährtin von Remer, Anneliese Renner.

Im Buch wird das Wirken Remers im Nationalsozialismus, wozu auch die Niederschlagung des Attentatsversuches des Kreises um Claus Graf von Stauffenberg zählte, verherrlicht. Wie nah Tegethoff dem Geist der SS steht, zeigen vor allem seine in der Zeitschrift »Der Freiwillige« veröffentlichten Artikel. Die seit 1956 erscheinende Monatszeitschrift war bis zu deren offizieller Auflösung 1992 das Organ der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V. (HIAG). Auch nach der Auflösung prägten die ehemaligen SSler das Magazin. Seit 2000 schreiben vor allem Autoren für das Blatt, die nicht mehr der Tätergeneration entstammen. Der Inhalt, der fast ausschließlich aus einer Verherrlichung der SS, besteht veränderte sich kaum.

Der in der DS 2005 veröffentlichte Artikel zum SS-Obersturmführer Behler basierte teilweise auf dem Nachruf, den Tegethoff als junger Kamerad 2001 im Freiwilligen veröffentlichte. Unter der Überschrift »Spitzenqualität zu fairen Preisen« warb Tegethoff im Freiwilligen auch für seinen Vertrieb »Balmung Ausrüstungen«.

Der Ausrüster

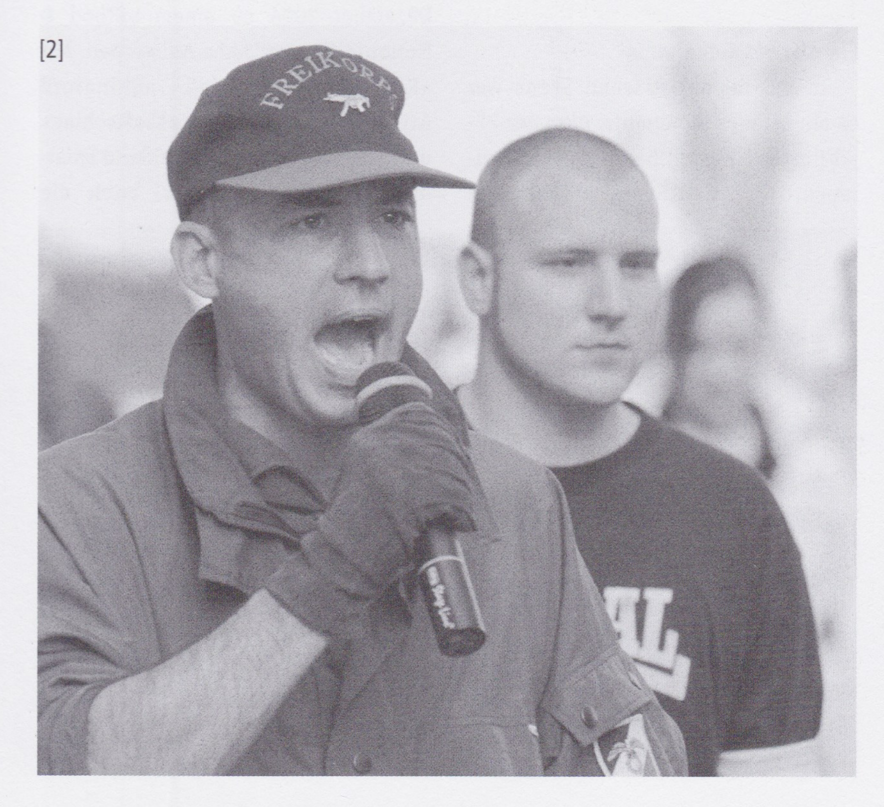
Balmung Verlag + Ausrüstungen e.K. heißt der Handel, dessen Inhaber Tegethoff ist. Hier wird nahezu alles geboten, was das Militaristenherz begehrt. Die Website des Versandes wird geprägt von Wehrmachts- bzw. SS-Soldaten, folgerichtig findet sich im Angebot auch der Menüpunkt »Wehrmacht«, welcher sich in die Bereiche Heer, Marine, Luftwaffe, Ausrüstung und Elite unterteilt. Mit »Elite« ist selbstverständlich die SS gemeint. Angeboten werden vor allem Uniformteile, aber auch Helme und Stielhandgranaten, allerdings frei verkäufliche Reproduktionen. Echt hingegen sind die unter »Selbstverteidigung« zu findenden Teleskopschlagstöcke, Tonfas und CS-Gas. Zum Training werden Softairwaffen angeboten. Für Aufregung sorgte vor einiger Zeit, dass auch Ausrüstungsteile von GSG 9, BGS und Polizei gehandelt werden, so Schutzwesten, Helme und Uniformteile. Ergänzt wird das Angebot durch eine Vielzahl an Dekorationsgegenständen, Bildern mit Motiven der SS, Blechschildern mit Aufschriften wie »Swing tanzen verboten«, »Wolfsschanze« oder »Arbeit adelt«, diversen in der extremen Rechten gebräuchlichen Fahnen und Ansteckern, zum Beispiel. des Afrika-Korps oder zu Ehren der SS. Unter den angebotenen Büchern finden sich neben seinen eigenen Werken vor allem verherrlichende Erlebnisliteratur wie »Vier Jahre in vorderster Front« des SS-Mannes Hugo Zährl oder die Kriegsschuld relativierende Werke wie »Soldaten wie andere auch -Der Weg der Waffen-SS«.

Der Gedenker

Tegethoff ist nicht nur Autor, vor allem ist er Aktivist. Als solcher nahm er an unzähligen Aufmärschen des militanten Neonazismus teil, teils auch als Redner. Besonders am Herz lagen ihm zwei Aufmärsche im Mai und im Juni 2004 in Marienfels. In dem Ort sollte ein Denkmal für die Gefallenen des I. Panzer-Korps der Waffen-SS demontiert werden. Tegethoff setzte sich zusammen mit anderen Neonazis für den Erhalt des Denkmals ein. Zumindest an dieser Stelle vergeblich. Das Denkmal wurde Ende April 2004 von Antifaschisten zerstört und die Bruchstücke eingelagert. Inzwischen ist es auf dem Grundstück des NPD-Bundesvorstandsmitgliedes Thorsten Heise im thüringischen Fretterode wieder aufgebaut worden.

Bei Ralph Tegethoff findet sich die Verherrlichung des Soldatischen, des Kampfes von Wehrmacht und speziell der Waffen-SS wohl am stärksten ausgeprägt, in der rechten Szene ist sie jedoch omnipräsent. Tegethoff und seine Kameraden verknüpfen die letzten Täter aus der SS mit dem Nachwuchs der Szene, sie glorifizieren das Soldatische als solches und insbesondere die SS. Immer wieder verweisen sie auf die soldatischen Tugenden, an welchen sich die Nationalisten von heute zu orientieren haben. Es geht um die Transformation des Kampfgeistes der SS in die politische und ideologische Praxis heute. Dass dem Neonazi Tegethoff in der NPD-Parteizeitung Raum gegeben wird, belegt ein weiteres mal den neonazistischen Charakter der NPD. ■

[2]



Kokain und Waffen vom V-Mann

Verfassungsschutzskandal in NRW

Seit Ende August 2007 ein krimineller Neonazi aus dem nordrhein-westfälischen Lünen als Informant des Verfassungsschutzes enttarnt wurde, geht es nicht nur in der rechten Szene hoch her. Der NRW-Verfassungsschutz soll die kriminellen Machenschaften des 27-Jährigen gedeckt haben.

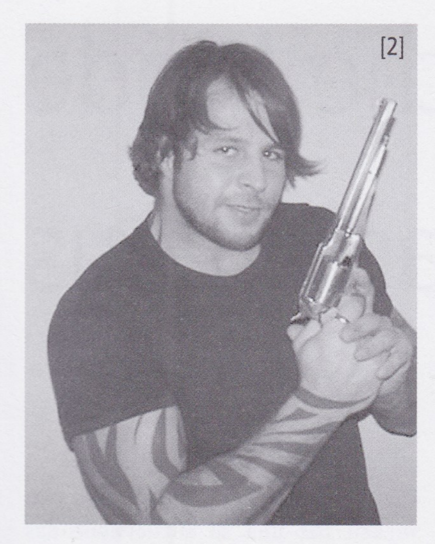
Im Rahmen eines Prozesses gegen einen Neonazi war der Stein ins Rollen geraten, der jetzt neben der Neonaziszene auch die Politik beschäftigt. Angeklagt wegen eines Raubüberfalls, hatte das Landgericht Dortmund Robin Sch. zu acht Jahren Haft verurteilt. Der 22-jährige hatte ausgesagt, Neonazi Sebastian Seemann habe ihn zu der Tat angestiftet und ihm die Waffe in die Hand gedrückt, mit der er bei einem Überfall auf einen Supermarkt einen Kunden schwer verletzte. Hintergrund soll ein geplatzter Rauschgift-Deal in Ostwestfalen sein, bei dem Sch. um mehr als 10.000 Euro geprellt worden sein soll. Weil die Ermittlungsergebnisse der Bielefelder Polizei, die wegen möglicher Rauschgiftgeschäfte Seemanns Telefon abgehört und dessen Gespräche mit seinem V-Mann-Führer belauscht hatte, in den Prozessakten auftauchten und dem rechten Szene-Anwalt von Sch. – dem Dortmunder Andrè Picker – zugingen, wurde die Rolle Seemanns bekannt und der V-Mann unfreiwillig »verbrannt«. Bei seiner Festnahme fanden die Ermittler neben Waffen auch 300 Gramm Kokain. Bereits 2004 war Seemann, der zuletzt zusammen mit seinem Bruder in Lünen die Rock-Kneipe »Störtebeker« betrieb, wegen Handels mit Betäubungsmitteln in 178 Fällen, 2005 wegen Nötigung, Körperverletzung und Verstößen gegen das Waffengesetz und 2006 erneut wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz verurteilt worden. Tatsachen, die auch dem Verfassungsschutz nicht entgangen sein dürften.

Ein offenes Geheimnis

In der neonazistischen Szene war es ein offenes Geheimnis, dass der 27-jährige mit Waffen handelte: »Seit einigen Jahren hat Sebastian Seemann jedem den er kannte scharfe Waffen und Sprengstoff angeboten und diese auch mit- und vorgeführt«, so seine einstigen »Kameraden«. Sie sind nicht gut auf ihn zu sprechen, soll er doch die Hinweise zur Festnahme einer Gruppe von Neonazis aus dem Umfeld von »Blood & Honour Flandern« gegeben haben. Bei den Neonazis, von denen viele zum belgischen Militär gehörten, waren Hunderte Waffen, Sprengstoff und eine einsatzfähige Rucksackbombe sichergestellt worden. Nach Belgien hatte Seemann gute Verbindungen, wohnte er doch selbst zeitweise dort. Mehr als 1.500 Neonazis aus ganz Europa reisten im Dezember 2004 zu einem »Blood & Honour« Konzert nahe Antwerpen. Mit »Razors Edge« und »Chingford Attack« aus England, »Kraftschlag« und »Race War« aus Deutschland spielten Top-Acts der Szene, auch die



[1], [2] Der V-Mann Sebastian Seemann posierte sogar auf seiner Myspace-Seite mit Waffen.


[2]

»Weissen Wölfe« aus NRW erklommen die Bühne. Organisator war Seemann. Medienberichten zufolge stand er damals bereits auf der Gehaltsliste des NRW-Verfassungsschutzes. Auch in den beiden folgenden Jahren zählte er zu den Organisatoren von »ISD Memorial«-Konzerten zu Ehren des B&H-Gründers Ian Stuart Donaldson in Belgien. Seine Beteiligung an der Vorbereitung des »ISD Memorial« am 1. September 2007 in den Niederlanden ist umstritten – verwundern würde es nicht, soll doch mit dem ehemaligen Chef der Kameradschaft Dortmund-Witten, Carsten Köppe, noch ein Neonazi aus dem Dortmunder Raum an der Organisation beteiligt gewesen sein. Auch über ihn kursieren bereits seit Jahren Spitzelgerüchte. Seemanns kriminelle Machenschaften schienen den Verfassungsschutz nicht zu stören. Dabei ist sein Vorstrafenregister beachtlich: von der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, dem Handel mit Betäubungsmitteln über Körperverletzung und Nötigung bis hin zu Verstößen gegen das Waffengesetz reichen die rund 20 Eintragungen. Nicht wegen der Duldung seiner kriminellen Geschäfte, sondern weil ein Mitarbeiter des Geheimdienstes ihn vor der Telefonüberwachung durch die Polizei gewarnt haben soll, hat die Staatsanwaltschaft inzwischen ein Verfahren wegen des Verrats von Dienstgeheimnissen und Strafvereitelung eingeleitet. Die Rufe nach persönlichen Konsequenzen in der Politik werden lauter. Sollte gegen einen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Anklage erhoben werden, müsse NRW-Innenminister Ingo Wolff zurücktreten, so der innenpolitische Sprecher der SPD, Karsten Rudolph. Ein CDU-Bundestagsabgeordneter hat unterdessen erneut die Frage aufgeworfen, ob auch der Dortmunder Neonazi Michael Berger ein V-Mann war. Der 31-Jährige, der 2000 drei Polizeibeamte erschoss, soll ein enger Freund Seemanns gewesen sein.

Reaktionen in der Szene

In Erklärungsnöte sind auch jene geraten, die der V-Mann bespitzeln sollte. Eilig distanzierten sich die Dortmunder Neonazis von ihrem Kameraden, der seit Jahren zur Clique um die lokale Rechtsrock-Band »Oidoxie« zählt. Von dem Konzert 2004 hatte man noch gerne profitiert. »Wie ich ja schon vorher sagte, fließt der Erlös ohne Ausnahme wieder zurück in die Bewegung. Also in deutsche und belgische politische und m....... Widerstandsdivisionen.«, hatte der V-Mann damals geschrieben. Die Formulierung »m....... Widerstandsdivisionen« dürfte wohl »militante Widerstandsdivisionen« bedeuten und könnte eine Erklärung für die zahlreichen Waffenfunde bei seinen belgischen Kameraden sein. »Nach jeder Veranstaltung« werde »ein Teil des Erlöses an die Kameradschaft Dortmund gehen«, ließ Seemann 2004 verlauten. Diese kaufte davon eine Lautsprecheranlage für ihre Demos, danach sei allerdings kein Cent mehr in die Szene geflossen, beteuert sie jetzt. »Politische Aktivisten haben sich schon vor Monaten von seiner Person und seinem Umfeld distanziert«, erklärte der »Nationale Widerstand Dortmund«. Offensiv versucht man, den V-Mann als unpolitisch zu diskreditieren und eine Trennung der Szene in politische Aktivisten und eine »Musikfraktion« zu suggerieren: »Er bewegte sich ausschließlich in der Musikszene.« Hingegen erinnern sich Beobachter gut an Seemanns Teilnahme an Aufmärschen und »Anti-Antifa«-Aktionen, so outete er sich während einer antifaschistischen Demonstration mit einem »C18«-T-Shirt. Eine strikte Trennung erscheint auch aus anderen Gründen wenig glaubhaft: Zusammen mit Seemannwurde auch der Dortmunder »Autonome Nationalist« Manuel Bayerl festgenommen. Auch er soll in Drogengeschäfte verstrickt sein. Bayerl gehörte zu den Administratoren des Internet-Portals »Freier Widerstand« und fehlte in den vergangenen Jahren bei kaum einer Aktion von »Autonomen Nationalisten«. Naheliegend, dass die Szene weitere Folgen fürchtet, falls auch Bayerl für den Verfassungsschutz gearbeitet haben sollte. In den Mittelpunkt der Kritik rückten die »Oidoxie«-Mitglieder. »Laut uns zugespielten Informationen«, so war auf der neonazistischen Internetseite Altermedia zu lesen, gingen ›Insider‹ davon aus, »dass sie zumindest Bescheid gewusst haben«. Die Band gibt sich unschuldig, die Nachricht habe sie »wie ein Messerstich ins Herz getroffen«. Der als V-Mann enttarnte Neonazi sei »mehr als 10 Jahre unser Kamerad und Freund gewesen«. Auch von dessen Rauschgifthandel will man nichts geahnt haben. Dies nehmen viele der Gruppe nicht ab. Ein Diskussionsteilnehmer bei Altermedia: »Das Seemann mit Koks dealt, ist seit gut 4 Jahren (!) bekannt. Die Musikfraktion störte das wenig. Da verdiente sich nicht nur Seemann eine goldene Nase, sondern auch andere subversive Gestalten der Musik-Fraktion. Die V-Mann-Frage stellte sich in Bezug auf S. auch schon seit mehreren Jahren. Wie immer interessierte es die ›Führer‹ des Musik-Geschäfts wenig. Da geht es um Kohle, nicht mehr nicht weniger.« ■

Völkische Mode im Hundertwasserhaus

»Die Grüne Zitadelle von Magdeburg – das ist der Name, den Friedensreich Hundertwasser seinem architektonischen Werk gab«, so liest es sich auf der Homepage des Hundertwasserhauses Magdeburg, das am »Tag der deutschen Einheit« 2005 eröffnet wurde. Neben 55 Wohnungen bietet es auch Raum für Ladengeschäfte. Lange Zeit standen diese aufgrund der hohen Mieten leer. Als die Verwaltung des Hauses, die Gero AG, die Mietpreise nach und nach auf ein übliches Innenstadtniveau senkte, wurde die Ladenfläche schließlich auch für die Mediatex GmbH von Uwe Meusel und Axel Kopelke interessant.

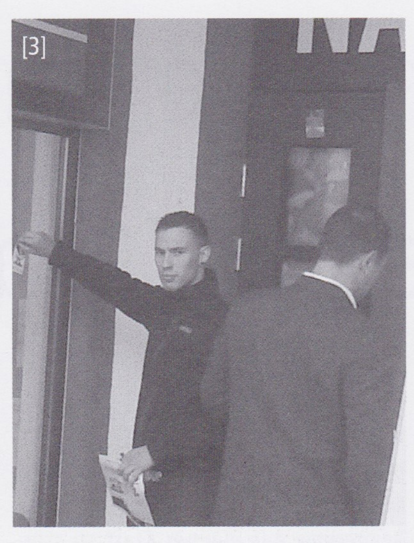
Am 27. Juli dieses Jahres eröffnete im erklärten Touristenmagneten der Stadt das Ladengeschäft »Narvik«. Eine Tochterfirma der Gero AG, die zum katholischen Bistum Magdeburg gehört, hatte den Vertrag mit dem Laden abgeschlossen. Schon Tage vor der Eröffnung waren Teile der zukünftigen Auslage durch die Schaufensterscheibe für Passanten sichtbar zur Schau gestellt. Inzwischen verkauft der Laden in bester Lage die Modemarke »Thor Steinar«. Diese sorgt immer wieder für Schlagzeilen. Das alte Logo der Marke wurde wegen seiner Ähnlichkeit zu nationalsozialistischer Symbolik strafrechtlich verfolgt. Axel Kopelke aus Königs Wusterhausen, der Thor Steinar 2002 registrieren ließ und Geschäftsführer[1] der »Mediatex GmbH« ist, die für die Marke seit 2003 offiziell auftritt, ist Berichten zufolge in die Brandenburger Neonaziszene verstrickt[2]. So nahm Kopelke lokalen Antifaschisten zufolge unter anderem an völkischen Sonnenwendfeiern und einem Liederabend mit dem Neonazi-Barden Frank Rennicke teil. Udo Siegmund aus Niederlehme besuchte am 30. Juli 2005 ein Konzert der Neonaziorganisation Nationalsocialistisk Front (NSF) im schwedischen Trävad. Siegmund hatte die Internetadressen des Unternehmens www.thorsteinar.de und www.thorsteinar.com angemeldet. Auch wenn das Unternehmen in Deutschland nicht müde wird, Verbindungen in die Neonaziszene zu dementieren, sprechen die immer neuen Skandale eine andere Sprache. Es ist kaum zu übersehen, dass sich »Thor Steinar« mit seiner nordisch-germanischen Runensymbolik zur beliebten Modemarke der rechten Szene entwickelt hat und so mittlerweile das Bild auf etlichen Neonaziaufmärschen prägt.


[1]

Foto: Tønsbergs Blad

Im AIB # 75 haben wir auf die Aktivitäten des »Thor Steinar«-Unternehmens in Skandinavien verwiesen. »Thor Steinar« ist hier eng mit der extremen Rechten verbunden. In Dänemark teilte sich der dortige »Thor Steinar«-Ableger ein Postfach mit der CD Firma »Nordvind Records«, wobei Nordwind von Neonazis geführt wird, welche bereits für »Blood & Honour« verantwortlich waren. Dass der Laden in der Grünen Zitadelle den Namen »Narvik« mit einer norwegischen Stadt gemein hat, die im zweiten Weltkrieg von einem Anhänger der faschistischen Quisling-Bewegung[3] kampflos an die deutschen Streitkräfte übergeben wurde, erscheint eigentlich kaum noch als Zufall oder Versehen. Im Frühjahr 1940 wurde Narvik bei Kämpfen zwischen Nazi-Deutschland und England von deutschen Bombern vollständig zerstört. In der Zeit bis 1945 erschienen diverse Propagandabücher über »Die Helden von Narvik«. Medial schlug die Eröffnung des Ladens hohe Wellen und über Tage waren regionale und überregionale Medien gefüllt mit Berichten über das »Narvik« und die Marke »Thor Steinar«. Thema der öffentlichen Empörung war jedoch hauptsächlich, dass ein solcher Laden ausgerechnet im Hundertwasserhaus eröffnet. Berichte und Hinweise von AntifaschistInnen, dass die Marke





[1] Uwe Meusel (hinten links) und Axel Kopelke (hinten rechts) bei einem Besuch in Norwegen

[2] Beinahe versteckt in einem Ecklokal - das Ladengeschäft »Narvik« in der Grünen Zitadelle

[3] Die Security beim Entfernen antifaschistischer Aufkleber

»Thor Steinar« auch im nur 200 Meter vom Hundertwasserhaus entfernten »Piranha« in der Bärstraße seit Jahren zu kaufen ist und dort auch das aktuelle Sortiment aushängt, wurden hingegen ignoriert. Im Gegenzug sprangen jedoch der sachsen-anhaltische Innenminister Holger Hövelmann und die Justizministerin Angela Kolb auf den öffentlichen Protestzug auf und nahmen an einer medienwirksamen Kundgebung teil. Doch als die Mitteldeutsche Zeitung knapp 14 Tage nach der Eröffnung des Laden berichtete, dass diesem nun gekündigt sei und die Gero AG als Vermieter eine Räumungsklage erwäge, verstummte das öffentliche Interesse schlagartig. Als Grund gab die Gero AG an nicht gewusst zu haben wer sich hinter der Mediatex GmbH verbirgt und über das Warensortiment getäuscht worden zu sein. Als die Mediatex GmbH einer Kündigung ihres 3-Jahres Vertrages jedoch nicht zustimmte, reichte die Gero AG am 13. September Räumungsklage beim Landgericht ein.

Neonazi-Support

Die extreme Rechte zeigte von Anfang an Sympathien für den Laden. Zu den Eröffnungsgästen gehörte neben einschlägig bekannten JN-Mitgliedern und Neonazis der Stadt auch Matthias Gärtner, Koordinator des »Nationalen Bildungskreises (NBK)«, einem Netzwerk studentischer Neonazis, das den »Kampf der Köpfe« intellektuell unterstützen will. Außerdem wurde das »Narvik« in den Wochen nach der Eröffnung von stadtbekannten und organisierten Neonazis »bewacht«. So hielten sich während der Öffnungszeiten dauerhaft mindestens zwei Personen der rechten Szene vor dem Geschäft auf. Einige von ihnen waren Mitglieder der ehemaligen Kameradschaft »Nationale Sozialisten Magdeburg« und organisieren sich jetzt in der NPD. Die meiste Zeit standen die beiden bekannten Magdeburger Neonazis Tino Steg und Christoph Wobbe als »Türsteher« vor dem Laden. Beide sind Vorstandsmitglieder des »Sport- und Freizeittreff e.V.«, jenes Vereins, der den Neonazitreffpunkt »Standarte 26« in Magdeburg Nord anmietet. Darüber hinaus sind einige der »Aufpasser« überregional für den »SelbstSchutz Sachsen-Anhalt (SS/SA)« aktiv, welcher landesweit in vier Standorte unterteilt ist. Der »SelbstSchutz Sachsen-Anhalt« ist Teil des »SelbstSchutz Deutschland«, der über weitere Standorte in Hannover und Delitzsch verfügt. Gegründet wurde der »SelbstSchutz«, der sich aus Mitgliedern verschiedener Kameradschaften zusammensetzt, 1997 von dem aus Salzwedel stammenden Neonazi Mirko Appelt. Zu den Aufgabengebieten gehören nach eigenen Angaben »Sicherheitstätigkeiten bei Konzerten, Demonstrationen und Saalveranstaltungen«, aber auch »Personenschutz (...), sowie (...) Objekt- und Geländeschutze(s).«[4] Konkret heißt das: die Absicherung von NPD-(Wahlkampf-)Veranstaltungen, Neonazi-Großaufmärschen wie z.B. in Dresden und Halbe, sowie Konzerten und kleineren Demonstrationen bundesweit, aber auch Veranstaltungen neonazistischer Parteien und Musikevents europaweit.[5] In Sachsen-Anhalt übernahm die neonazistische Organisation zum Beispiel die Sicherung der Wahlkampfveranstaltungen der NPD in Wernigerode und Burg im April 2007.

Auch die wöchentlichen Proteste, organisiert von lokalen AntifaschistInnen, Studierenden und der Grünen Hochschulgruppe sind den Neonazis ein Dorn im Auge. So beschwerte sich die extrem rechte Zeitschrift »Nation & Europa« darüber, dass »linksradikale Kräfte (...) über die Medien Druck auf die Vermieter« ausüben würden[6]. Auch die Betreiber des Ladens beschwerten sich mehrfach bei der Polizei darüber, dass die Infostände und Kundgebungen vor dem Laden geschäftsschädigend seien. Öffentlich behaupten sie jedoch von der kostenlosen Werbung zu profitieren. Ein weiterer Dorn im Auge dürfte auch die mittlerweile im Hundertwasserhaus eingerichtete Ausstellung mit dem Titel »hingucken ... denken ... einmischen ...« sein, die über Symbole und Kennzeichen der extremen Rechten aufklären will und von engagierten ChristInnen initiiert worden ist. Quasi symbolisch hat das katholische Bistum die Schirmherrschaft übernommen.

In der jetzigen Situation ist das letzte Wort auf jeden Fall noch nicht gesprochen: Am Geschäft wurden erst kürzlich demolierte Scheiben ausgetauscht, die Betreiber haben erklärt, bleiben zu wollen, AntifaschistInnen wollen an ihrem Engagement festhalten, der lokale Fußballclub FCM hat »Thor Steinar« im Stadion verboten und die Gero AG dürfte den Rechtsstreit bald eröffnen. ■

1| www.nadir.org/nadir/periodika/aib/archiv/65/10.php
2| www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/kleidung2.htm
3| http://de.wikipedia.org/wiki/Vidkun_Quisling
4| www.selbstschutz-deutschland.de
5| gemeint ist eine Wahlkampfveranstaltung der »Nationalsocialistisk Front« (NSF) in Karlskrona (Schweden) im Jahr 2002, sowie eine Musik-Großveranstaltung in Italien im Jahr 2007
6| Nation & Europa 09/2007

60 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Die VVN feierte vor wenigen Wochen ihren 60. Geburtstag – und doch sind weit mehr als 60 Jahre Erfahrungen antifaschistischen Kampfes in ihr aufgehoben, die unterschiedlicher kaum sein können: Widerstand und Verfolgung unter den extremen Bedingungen der Naziherrschaft, demokratischer Neubeginn im Kalten Krieg, zivilgesellschaftlicher Protest in der Bundesrepublik, Gestaltung eines neuen Deutschland im Osten samt Fehlern und Versäumnissen und dessen Niedergang – und dann ein weiterer Neubeginn im nun vereinten Deutschland.

Von Dr. Hans Coppi
(Historiker und Vorstandsmitglied des VVN/BdA Berlin)

Der Beginn

»Unsere Organisation muss eine überparteiliche und überkonfessionelle sein, da sie sonst jeden Sinn verlieren würde«, erklärte im November 1946 Karl Raddatz, Leiter des Berliner Ausschusses der Opfer des Faschismus (OdF) vor Verfolgten des Nazi-Regimes in Berlin. Für den Kommunisten und Überlebenden des KZ Sachsenhausen war diese tiefe Überzeugung Resultat bitterer Erfahrungen und Lehre aus zwölf Jahren Nazidiktatur. War es doch weder gelungen, durch ein breites Bündnis den Hitlerfaschismus zu verhindern, noch durch eine geeinte deutsche Widerstandsbewegung das Naziregime aus eigener Kraft zu stürzen. Die oft erst in der Haft entstandene Kameradschaft prägte nach der Befreiung die Zusammengehörigkeit von ehemals Verfolgten, ihren respektvollen Umgang miteinander auch über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg.

Gleichberechtigt arbeiteten sie in den Opfer des Faschismus (OdF)-Ausschüssen, in denen ehedem selbst Verfolgte für Überlebende des NS-Terrors praktische Lebenshilfe organisierten, aber auch politische Forderungen an die Nachkriegsgesellschaft stellten und ihren moralischen Führungsanspruch bei der Gestaltung eines demokratischen Neubeginns formulierten. Doch sie befanden sich in der Minderheit und fürchteten, erneut an den Rand gedrängt zu werden. Scham über die eigene Schuld und Verantwortung, der Wunsch nach Neubeginn um den Preis des Vergessens, die Erfahrungen von Bombardierung und Vertreibung hatten eine tiefe Kluft zwischen den Verfolgten des NS-Regimes und der großen Mehrheit der Bevölkerung geschaffen. Mancherorts wurden die Opfer von einst sogar offen angefeindet, jüdische Geschäfte mit Hakenkreuzen beschmiert, Friedhöfe geschändet, OdF-Denkmäler zerstört.

Der Gründung

Für den Aufbau eines neuen Deutschlands und in den bevorstehenden Auseinandersetzungen der Nachkriegsgesellschaft wollten die Verfolgten des Nazi-Regimes schon bald über eine eigene, vom Behördenapparat der OdF-Ausschüsse unabhängige Organisation verfügen, die ihre Interessen und politischen Forderungen vertreten könnte.

Bereits im Juli 1946 waren in Frankfurt am Main die entscheidenden Weichen gestellt worden. Der Name der künftigen Organisation: »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« wie auch der Grundsatz der Überparteilichkeit wurden festgeschrieben. In den folgenden Monaten gründeten sich in allen Besatzungszonen Landes-, Kreis- und Ortsverbände der VVN, deren Kernaufgaben sich überall glichen: Aufklärung über die Verbrechen des Faschismus, Würdigung und Dokumentation des Widerstandes, der Kampf für eine Welt ohne Krieg und Faschismus, die Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, der Aufbau eines demokratischen Deutschlands unter Beteiligung der Verfolgten des Naziregimes, die Entfernung aller Nazis aus dem öffentlichen Leben, die Bestrafung aller NS-Verbrecher, Entschädigung aller Opfer des Faschismus, die Zusammenarbeit mit Verfolgtenorganisationen anderer Länder.

Eine Konstitution der VVN auf gesamtdeutscher, interzonaler Ebene scheiterte jedoch an den Westalliierten, die Zusammenschlüsse nur bis zur Landesebene zuließen. Ein Zonenverband konnte allein in der Sowjetischen Besatzungszone gegründet werden. Durfte die VVN formal auch nicht als gesamtdeutsche Organisation auf-



treten, so arbeitete sie dennoch faktisch seit März 1947 über Zonengrenzen hinweg und damit gesamtdeutsch. Denn auf der »1. Interzonalen Länderkonferenz der VVN« vom 15. bis 17. März 1947 in Frankfurt/Main wurden mit dem geschäftsführenden Interzonensekretariat und dem interzonalen Beirat Gremien gebildet, welche die Zusammenarbeit der Landesverbände koordinierten und die Organisation als Ganzes nach außen vertraten. Diese Konferenz war es auch, die im März 1947 festlegte, den »Tag der Opfer des Faschismus« jährlich in ganz Deutschland am gleichen Tage zu begehen: am zweiten Sonntag im September. Mit diesem von Überlebenden der Konzentrationslager und Zuchthäuser bereits 1945 begründeten Gedenktag erreichte die VVN in ihrer Gründungsphase eine große öffentliche Ausstrahlung. Hunderttausende beteiligten sich in diesen Jahren deutschlandweit an den Gedenkkundgebungen.

Im Kalten Krieg

Die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges wurden schnell auch in die VVN getragen. Gerade auch die ehemals politisch Verfolgten organisierten sich nach der Befreiung in den neu gegründeten Parteien; so dass sich auf VVN-Versammlungen nicht selten parteipolitische Standpunkte gegenüber standen, die sich kaum mehr miteinander verbinden ließen. Dennoch versuchten insbesondere auch Vertreter der Jüdischen Gemeinden die Einheit der VVN zu wahren, da sie hier ihre Interessen am konsequentesten vertreten sahen. Mit der Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes gelang dies jedoch immer weniger. Einer derjenigen, die immer wieder versuchten, Gräben zu überschreiten, war Heinz Galinski. Wie groß der Verlust infolge seines Scheiterns war, lässt die anfangs hohe Zahl jüdischer Mitglieder ahnen: In Berlin waren es anfangs mehr als die Hälfte. Viele von ihnen verließen in den Folgejahren die VVN – ebenso wie eine Reihe von sozialdemokratischen, christdemokratischen und christlichen Mitliedern. Sie warfen der VVN Parteigängerei für KPD und SED und Blindheit gegenüber Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion und der SBZ/DDR vor. Die SPD erklärte im Mai 1948 die Mitgliedschaft in VVN und SPD als unvereinbar. In Abgrenzung zur VVN gründeten sich neue Verfolgtenverbände – so unter anderem der »Bund der Verfolgten des Naziregimes«, die »Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten« und der »Bund für Freiheit und Recht«.

In dem antikommunistischen Klima wurde erheblicher Druck auf die VVN und ihre Mitglieder ausgeübt. All dies stärkte die politisch einseitige Ausrichtung der VVN auf die Politik der SED bzw. KPD. In den 1950er Jahren sollte dies sowohl in West als auch in Ost auf je eigene Weise ihre Existenz in Frage stellen.

Verbote und Öffnung im Westen

In der BRD wurden in den restaurativen 50er Jahren der gesamtdeutsche Rat der VVN sowie einzelne Landesvereinigungen mit der Begründung verboten, die VVN sei eine von KPD und SED gesteuerte »kommunistische Tarnorganisation«. In der Folge wurde ihren Mitgliedern der Status als Verfolgte des Naziregimes aberkannt, Entschädigungszahlungen verweigert, →

➔ eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst untersagt. Gedenkfeiern der VVN wurde die Genehmigung entzogen, die Verbote mit Polizeigewalt selbst gegen Überlebende von Konzentrationslagern durchgesetzt. Ehemals vom NS-Regime Verfolgte fühlten sich in dieser Situation nicht selten von einer »zweiten Verfolgung« bedroht – oft von den selben Richtern, Staatsanwälten und Beamten, die bereits vor 1945 über sie gerichtet hatten.

1959 beantragte die Bundesregierung, die Verfassungswidrigkeit der VVN festzustellen und das Verbotsverfahren einzuleiten. 1962 platzte der Verbotsprozess vor dem 1. Senat des Bundesverwaltungsgerichts wegen der Nazi-Vergangenheit des Senatspräsidenten. Die Verhandlung wurde vertagt, das Verfahren schließlich stillschweigend eingestellt.

Jahrzehntelang jedoch standen die VVN und ihre Landesverbände unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Erstmals 2006 wurde die Bundesorganisation nicht mehr im Verfassungsschutzbericht gelistet. Ihre gesellschaftspolitische Isolation konnte die VVN nur langsam aufbrechen. Oft erst im hohen Alter wurden Überlebende der Konzentrationslager und ehemalige Widerstandskämpfer/innen zu gefragten Zeitzeugen in Schulen und zu Übermittlern historischer Erfahrungen und Lehren – allzu lange noch verwehrte der herrschende Antikommunismus ihnen eine Anerkennung auch in dieser Hinsicht.

In den siebziger Jahren öffnete sich die VVN nun auch jüngeren Mitgliedern und nannte sich nun zusätzlich »Bund der Antifaschisten«. Sie beteiligte sich an zahlreichen außerparlamentarischen Aktionen gegen Neonazismus, wurde aktiv in der Friedensbewegung, in Flüchtlingsorganisationen und Gedenkstätteninitiativen, fand Bündnispartner in Gewerkschaften, Kirchen und Jugendverbänden. Sie ging auf bis dahin kaum anerkannte oder gar ausgeschlossene – euphemistisch als »vergessene« Opfer benannte – Verfolgtengruppen wie die Sinti und Roma, Edelweißpiraten, »Euthanasie«-Opfer und Homosexuelle zu und begann damit, ihre Ausgrenzung zu beenden.

Auflösung im Osten

In der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR leistete die VVN eine umfangreiche Arbeit. Zahlreiche Publikationen im organisationseigenen Verlag, Gedenkveranstaltungen, Radiosendungen und die 1948 eröffnete Ausstellung »Das andere Deutschland« vermittelten ein vielfältiges Bild von Verfolgung und Widerstand und trugen zur geistigen und politischen Auseinandersetzung mit Faschismus, Rassenwahn und Krieg bei. Ansätze einer pluralen Antifaschismuskultur konnten sich in dieser Anfangsphase noch artikulieren. Nach kurzer Zeit jedoch erfolgte eine auch von der VVN mitgetragene Einengung auf den Antifaschismus einer Partei. Der Druck aus den »eigenen Reihen« verstärkte sich. Die SED-Parteikontrollkommission warf der VVN »ideologische Unklarheit, mangelnde Wachsamkeit und sektiererische Enge« vor. Überprüfungen von VVN-Mitgliedern setzten ein, in deren Folge einige die VVN verlassen mussten, andere sogar erneut verfolgt und verhaftet wurden.

Anfang 1953 ordnete die SED-Führung mit der offiziellen Begründung, das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes sei in der DDR nunmehr erfüllt, die Auflösung der VVN an und brachte damit die eigene Stimme der Opfer des Naziregimes zum Schweigen.

Den Hintergrund bildeten Konflikte innerhalb der Partei- und Staatsführung, zwischen früheren Moskau-Emigranten einerseits und ehemaligen West-Emigranten und Überlebenden der Konzentrationslager und Haftstätten andererseits. Zudem bestanden in der VVN Vorbehalte gegen die gesellschaftliche Integration früherer NSDAP-Mitglieder und Angehöriger der Wehrmacht. Forderungen der VVN nach Entschädigung der jüdischen Opfer und die im Gefolge der Slansky-Prozesse geführte Kampagne der SED-Führung gegen jüdische und andere Mitglieder der VVN sind weitere Gründe. Gegen die quasi über Nacht verfügte Auflösung erhob sich innerhalb der VVN kaum Widerspruch.

Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer

Unter Anleitung des Zentralkomitees der SED führte nun das neu gegründete »Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer« einige der früheren Aufgaben der VVN mit deutlich eingeschränkten Inhalten fort. Dem Komitee gehörten Lagerarbeitsgemeinschaften an, in denen ehemalige Häftlinge von Konzentrationslagern und Zuchthäusern mitarbeiteten. Sie setzten sich für die Errichtung von großen und kleinen Gedenkstätten an ihren Haftorten ein und übernahmen dort häufig Führungen für Jugendliche. 1974 entstanden dann auch Bezirks- und Kreiskomitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die den jeweiligen Bezirks- und Kreisleitungen der SED zugeordnet waren. Die Komitees unterbreite-



[1] Mitglieder der VVN/BdA auf einer antifaschistischen Demonstration am 21. April 2007 in Straßburg

ten Vorschläge, Gedenkfeiern auszurichten, Gedenktafeln anzubringen und Schulen, Jugendeinrichtungen, Strassen, Plätzen, Bibliotheken, Kasernen, Betrieben, Arbeitskollektive den Namen von ermordeten deutschen und ausländischen Antifaschisten zu verleihen. Verfolgte des Naziregimes vermittelten als Zeitzeugen vor Jugendlichen ein anschauliches Bild ihres Widerstandes. Eine auf diese Weise entstehende, durchaus lebendige Erinnerungskultur wurde jedoch oftmals von Ritualen, Ausgrenzungen und Vereinnahmungen überlagert.

Reload

Im Mai 1990 gründete sich der Bund der Antifaschisten (BdA). Er vollzog einerseits den Bruch mit der Verengung des Antifaschismus in der DDR und versuchte zugleich die Abwicklung des antifaschistischen Erbes der DDR zu verhindern. Zur Wahrung der politischen und materiellen Rechte der NS-Verfolgten in der DDR bildete sich der »Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener« (IVVdN). Beide Verbände schlossen sich im Jahr 2000 zur VVdN-BdA zusammen.

Von der VVN in der Bundesrepublik forderte die politische Wende 1989/90 eine politische und finanzielle Neuorientierung. Sowohl die nun bekannt gewordene, langjährige finanzielle Unterstützung durch die DDR wie auch der Verlust politischer Orientierungen und die Infragestellung einer sozialistischen Utopie brachte die VVN im Westen an den Rand ihrer Existenz, von der sie sich nur langsam erholte.

Gleichzeitig entstand in den Jahren nach 1990 eine enge Zusammenarbeit der Antifaschisten in Ost und West. Doch ihr Zusammenschluss zu einer einheitlichen Organisation sollte noch Jahre dauern. Zu verschieden waren die Jahrzehnte alten Erfahrungen aus Ost und West, zu unterschiedlich Praxis und Selbstverständnis antifaschistischer Arbeit. Erst seit dem Zusammenschluss der Ost- und Westverbände im Oktober 2002 arbeitet die VVN-BdA wieder »gesamtdeutsch«. Damit ist sie die größte antifaschistische Organisation in Deutschland, die zudem über einen Erfahrungsschatz verfügt, der viele Jahrzehnte antifaschistischen Handelns unter sehr verschiedenen politischen Rahmenbedingungen umfasst und in dieser Form eine große Besonderheit ist. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist sie heute fester Bestandteil zahlreicher Bündnisse gegen Rechts und ein gefragter Ansprechpartner im Kampf gegen Neofaschismus.

Die von ihr im Januar 2007 initiierte Kampagne zum Verbot der NPD haben bis Ende Juli über 100.000 Menschen unterschrieben. Ziel ist, bis zum 9. November 150.000 Unterschriften zu erreichen und diese dann den Abgeordneten des deutschen Bundestages mit der Aufforderung zu übergeben, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD einzuleiten. Weitere Arbeitsfelder sind die Gedenk- und Erinnerungsarbeit, die Arbeit mit Zeitzeugen, aber auch die soziale Betreuung der älteren Mitglieder. Die Erfahrungen der Gründungsmitglieder werden bald an die jüngere Generation weiter gegeben und fließen ein in ein Archiv erzählter und auch manch gemeinsam erlebter Erfahrungen jahrzehntelangen Widerstehens. Sechs Jahrzehnte trotzte die VVN oftmals heftigem Gegenwind. Als überparteiliche und überkonfessionelle Organisation, die das Erinnern an die Verbrechen des Naziregimes und das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes lebendig hält, die stets wachsam und sensibel für jede Form von Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus ist, bleibt sie unverzichtbar. ■

Das Europäische Widerstandsarchiv

ERA (European Resistance Archive) ist ein Online-Archiv der Widerstandsaktivitäten gegen Faschismus und Besatzung während des zweiten Weltkrieges in Europa. Kern des Webportals sind bisher 20 Videointerviews mit Frauen und Männern, die am antifaschistischen Widerstand in verschiedenen europäischen Ländern teilgenommen haben.

Ein Rückblick

»Bis 1936 haben wir gesungen: 'Nie, nie wollen wir Waffen tragen! Nie, nie wollen wir wieder Krieg. Laßt doch die oben sich alleine schlagen, wir machen einfach nicht mehr mit'. Da kamen die alten Genossen und sagten, der Hitler steht vor der Tür mit bewaffneten Diskussionen und ihr wollt euch nicht zur Wehr setzen. Es gab eine Riesendiskussion im Jugendverband und da haben wir beschlossen wir lernen Schießen und eine neue Kampfsportart, die die Nazis nicht mal vom Namen her kannten. Heute ein alter Hut, damals das neuste: Jiu-Jitsu, trainieren der Handkantenschläge. Damit konnten wir uns gegen die Mehrheit der Nazis durchsetzen. Wenn zum Beispiel ein Jugendheim eingeschlossen war, von nazistischen Schlägern und ihrem Umfeld, wie sollten wir die Gruppe in dem Jugendheim befreien? Mit defensiven Mitteln? Das ging nicht. Da mussten wir angreifen und wenn erst mal ihre Schläger außer Kraft gesetzt waren, dann wichen die anderen und wir konnten unsere Leute aus dem Jugendheim heraus holen. Das passierte öfters, die Erwachsenenorganisation der Sozialdemokraten, also die Sozialisten, die Rote Wehr, später republikanische Wehr, war strickt auf Defensive eingestellt.

Das war gut, wenn es die Volkshäuser zu verteidigen galt gegen den Angriff der Nazis. Das war gut bei Demonstrationen, wo die rote Wehr am Anfang und am Schluss ging, aber wenn, wie es einige Male passiert ist, ein Veranstaltungslokal auf einem kleinen Dorf eingekreist war von den Nazis, ein Teil von unseren Leuten war schon drin und der andere Teile wollte noch rein zu der Veranstaltung und konnte nicht, na da wurde unsere Pionierabteilung gerufen. Da haben wir dafür gesorgt, dass der Ring um das Haus gesprengt wird mit unserer Kampftaktik, mit unseren neuen Kampfmethoden war das möglich.« (Lorenz Knorr im Interview für ERA)

Wozu das Ganze?

ERA entstand zwischen August 2006 und Mai 2007 in Zusammenarbeit von neun Organisationen in sechs europäischen Ländern. Das Projekt konnte dank einer Finanzierung durch die Europäische Kommission realisiert werden.

Es ist heute nicht mehr oft möglich mit WiderstandskämpferInnen zu sprechen, die meisten Menschen dieser Generation sind tot. Besonders schwierig ist es, mit Protagonisten aus anderen Ländern zusammen zu kommen, das scheitert oft schon an finanziellen Schwierigkeiten, da sich insbesondere junge Menschen meist keine Reise zum Beispiel zu der Wanderung mit PartisanInnen »Sentieri Partigiani« in Italien leisten können. Vor diesem Hintergrund entstand die Idee



einen Ort im Internet zu schaffen, an dem Videointerviews mit WiderstandskämpferInnen gesammelt und für alle frei zugänglich verfügbar gemacht werden.

ERA ist weder ein akademisches Portal nur für Historiker, noch ist es eine Art Widerstands-YouTube, auf dem sich die User durch die spannendsten oder witzigsten Episoden des europäischen Widerstands klicken. Mit ERA wurde ein Raum geschaffen, in dem die individuellen Geschichten von Menschen lebendig und sichtbar gehalten werden, die sich dem faschistischem Terror, der Erniedrigung und Verzweiflung widersetzt haben. Sie kämpften auf vielfältige Art und Weise, manchmal bewaffnet, oft aber auch nicht.

Jede/r Interviewte berichtet von sich, Frauen und Männer aus Italien, Frankreich, Polen, Slowenien, Österreich und Deutschland erzählen ihr Leben, von ihrem persönlichen Weg zur Entscheidung sich dem Widerstand anzuschließen zu den Widerstandsaktivitäten, dem Leben in der Illegalität, in Gefangenschaft oder von ihrem Erleben der Befreiung. Der Widerstand bekommt ein Gesicht oder besser viele Gesichter, denn gestern wie heute sind es nicht namenlose Teile einer Bewegung, die ihrem Gewissen folgen und für Menschlichkeit und Frieden kämpfen, sondern einzelne Menschen, die jeder für sich Entscheidungen treffen und für diese mehr oder weniger konsequent einstehen.

Kontextübergreifend

Die Bedingungen von Faschismus, Besatzung, Kollaboration und Widerstand unterscheiden sich im europäischen Vergleich stark voneinander. ERA bietet spezifisches Wissen über die verschiedenen Widerstandsbewegungen und ihre unterschiedlichen Auswirkungen innerhalb der jeweiligen nationalen Kontexte. Mit ERA soll auch dazu beigetragen werden, die immer noch in aktuellen geschichtlichen Diskursen vorherrschende nationale Perspektive zu erweitern, denn Widerstand entwickelte sich überall, wo Faschismus und Nationalsozialismus herrschten.

An der Entwicklung der Internet-Plattform waren 80 Jugendliche aus sechs Ländern aktiv beteiligt. Sie führten alle Zeitzeugeninterviews und wurden von Historikern, Erinnerungsarbeitern und einem professionellen Video-Team begleitet und unterstützt.

Die Website ist in allen Teilen auf Englisch, die jeweiligen länderspezifischen Seiten sind außerdem in der Landessprache verfügbar. Neben den Videointerviews mit den ZeitzeugInnen enthält ERA Kurzbiografien und Bilder der Interviewten. Alle Interviewtranskriptionen sowie ihre englischen Übersetzungen sind herunterladbar, um dadurch die Arbeit in Seminaren oder im Unterricht zu vereinfachen. Die Interviewclips werden in Originalsprache abgespielt, per Mausklick werden englische Untertitel eingeblendet.

Auf animierten Landkarten werden zum Beispiel wichtige Widerstandsorte und Konzentrationslager sowie Informationen über sie dargestellt. Außerdem werden kurze Einführungen zum Widerstand in jedem Land, in dem bisher Zeitzeugen für ERA interviewt worden sind, ein Making of-Video und Infos zu den am Projekt beteiligten Organisationen gezeigt.

UnterstützerInnen willkommen

Das Web-Archiv ist eine offene und weiter wachsende Plattform. Interessierte Gruppen oder Einzelpersonen können aktiv zur Gestaltung von ERA beitragen, indem sie selbst Zeitzeugeninterviews führen und audiovisuell aufzeichnen, diese dann bearbeiten, transkribieren und übersetzen. Auf diese Weise dokumentierte Interviews können jederzeit online gestellt werden. Es ist auch möglich, bereits existierende Videoaufnahmen von Interviews zu verwenden. Wer Erfahrung im Übersetzen hat kann Teile der Website in andere Sprachen übertragen. Alle Interviews können mit Untertiteln in verschiedenen Sprachen versehen werden, die Übersetzungen werden außerdem als Download zur Verfügung gestellt.

ERA ist in verschiedene Richtungen erweiterbar. Wünschenswert wäre die Angliederung eines Audio- und Musikarchivs, da es zahlreiche Radiobeiträge zum Thema gibt und hunderte zeitgenössische Interpretationen von Liedern der europäischen Widerstände existieren und neu entstehen. Sie zu dokumentieren, in andere Sprachen zu übersetzen und an einem frei zugänglichen Ort im Internet zu sammeln wäre ein weiterer Schritt zu einem tatsächlichen Archiv des europäischen Widerstands, einem Archiv antifaschistischer Kultur, Erfahrung und Bewusstsein.

Da sich die Förderung durch die Europäische Kommission auf die Realisierung des Web-Portals beschränkte, ist ERA nun auf die Mitwirkung Geschichtsinteressierter und auf finanzielle Unterstützung angewiesen um weitere Interviews führen zu können und die Erinnerung eines wichtigen Teils europäischer Geschichte vor ihrem endgültigen Verschwinden zu bewahren. ■

Kontakt:

www.resistance-archive.org

era@resistance-archive.org

Büro Berlin: +49 (0) 30 70071871

Büro Reggio Emilia: +39 0522 580890

Das Projekt »NiP Berlin«

Mittlerweile ist es etwa ein Jahr her, seitdem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit insgesamt elf Verordneten in die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) von Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg-Hohenschönhausen und Neukölln eingezogen ist. In Pankow sitzt seitdem ein Mitglied der Republikaner in der BVV. Der Einzug extrem rechter Parteien wurde zwar erwartet, jedoch überraschte die Höhe der Wahlergebnisse, die der NPD in drei Bezirken den Einzug in Fraktionsstärke ermöglichte. Die anfänglichen Proteste bei den Versammlungen gehören mittlerweile der Vergangenheit an, stattdessen beobachtet und wertet das Netzwerk »Nazis in den Parlamenten Berlin« die Aktivitäten der extrem rechten Parlamentarier aus.

Die Entstehung

Im Zuge der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den BVVen im September 2006 hatten sich mehrere engagierte Menschen zu dem Projekt »Nazis in den Parlamenten Berlin« (NiP Berlin) zusammengeschlossen.

Ziel dieses Projektes ist die kontinuierliche, kritische Dokumentation der Aktivitäten der extremen Rechten in den Berliner Kommunalparlamenten, aber auch die Schaffung eines Netzwerks, das sich überregional mit Neonazis und ihrer parlamentarischen Arbeit allgemein beschäftigt. Auf der Internetseite des Projektes, www.nip-berlin.de, finden sich Porträts der Verordneten sowie eine ausführliche Dokumentation und Analyse der verschiedenen Sitzungen durch kurze Berichte. Doch nicht nur das Auftreten innerhalb der Parlamente wird dokumentiert, sondern auch das Agieren im außerparlamentarischen Bereich. Zusätzlich finden sich auf der Internetseite des Projektes allgemeine Informationen zu extrem rechten Parteien, sowie ein umfangreiches Glossar, das interessierten Menschen die nötigen Informationen bereitstellt.

Ein Jahr »Nazis in den Parlamenten«

Nach einem Jahr NPD in den Berliner BVVen lässt sich klar feststellen, dass die Partei die parlamentarischen Aktivitäten der extremen Rechten in Berlin dominiert, während die Republikaner, dem allgemeinen Trend innerhalb der Partei folgend, sehr wenig bis gar nicht bemerkbar sind. Aufgrund dessen kann die Arbeit der Republikaner bei den Betrachtungen vernachlässigt werden.

Eine wichtige Grundlage für die Entfaltung dieser Aktivitäten bildet der Fraktionsstatus, den die NPD in drei BVVen in Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Lichtenberg-Hohenschönhausen erreichen konnte. Das Stellen von Anträgen, von mündlichen, kleinen und großen Anfragen gehört mittlerweile zum Standardrepertoire der NPD. War kurz nach der Wahl noch offensichtlich, dass der NPD aufgrund fehlender Strukturen in Berlin kompetente Leute zur Besetzung offener Posten gefehlt haben, so lässt sich mittlerweile feststellen, dass sich die Mitglieder einzelner Fraktionen, vor allem in Lichtenberg-Hohenschönhausen und Treptow-Köpenick, in parlamentarische Prozesse einarbeiten konnten und dass parlamentarische Möglichkeiten dort stark genutzt werden.

Thematisch bewegt sich die NPD auf gewohntem Gebiet. So gab es beispielsweise Anfragen und Anträge zu klassischen rechten Themen wie Migration und Sozialabbau, die oftmals abgesprochen in allen Fraktionen eingereicht wurden, sowie lokale, bezirksorientierte Themen, die zum einen Bürgernähe suggerieren und zum anderen versuchten, zivilgesellschaftliches Engagement zu diffamieren. Mit gezielten Anfragen, beispielsweise in der Bezirksverordnetenversammlung von Lichtenberg-Hohenschönhausen, wird regelmäßig versucht, Informationen über engagierte, linke Strukturen zu sammeln.

Die Fraktion der NPD im Bezirk Lichtenberg-Hohenschönhausen zeigt, wie eine fraktionstechnische Aufgabenteilung aussehen kann. Jeder der drei Verordneten spricht ein eigenes Wählerklientel an. Dies wird unter anderem bei der Vorstellung der verschiedenen Anträge sichtbar. Während Torsten Meyer, ein DVU-Mitglied auf der NPD-Liste, die scheinbar kom-

munalpolitischen Anträge für den »normalen Bürger« wie Ausbau von Parkzonen vorstellt, bedient Manuela Tönhardt den in der Bevölkerung verbreiteten Alltagsrassismus. Während sie Tabus selten bricht, macht das NPD-Bundesvorstandsmitglied Jörg Hähnel keinen Hehl aus seiner neonazistischen Meinung. In der BVV-Sitzung im Januar 2007 rechtfertigte er die Ermordung des Antifaschisten Erwin Nöldner durch die Nationalsozialisten im Jahr 1944. Damit wird Hähnel insbesondere für die neonazistischen Kameradschaftsstrukturen authentisch.

Begleitet werden die Verordneten oftmals durch ehemalige Kameradschaftsaktivisten und Mitglieder der jeweiligen NPD-Kreisverbände. Neben der moralischen Unterstützung der Verordneten durch Klatschen oder zustimmenden Kommentaren wirken die Gäste zum Teil einschüchternd. So werden die während der Bezirksverordnetenversammlungen ausliegenden Gästelisten begutachtet.

Allgemein lässt sich feststellen, dass eine gute Vernetzung zwischen den NPD-Verordneten und der aktiven neonazistischen Kameradschaftsszene vorhanden ist. Viele ehemalige Kameradschaftsaktivisten sind nach den Verbotsverfahren der Kameradschaft Tor und der Berliner Alternative Süd Ost in die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten, eingetreten.

Die NPD und die demokratischen Parteien

Das gemeinsame Vorgehen der demokratischen Parteien erschwert die Arbeit der NPD. Sie haben bis jetzt ihre Strategie, die NPD in der BVV auszugrenzen, durchgehalten. Anträge werden grundsätzlich abgelehnt, die Ablehnung mit einer gemeinsamen Erklärung begründet. Weiterhin wurden in den einzelnen Bezirksverordnetenversammlungen verschiedene Änderungen an den Geschäftsordnungen vorgenommen. Durch die Reduzierung der Ausschüsse konnte ein Ausschussvorsitz der NPD verhindert werden. Weiterhin wurde durch die Umstellung des Verteilungsverfahrens für die Besetzung des BVV-Vorstandes verhindert, dass die NPD in den Vorstand kommt.

Auch verbal wird sich von der NPD-Fraktion distanziert. So wurde in der BVV Lichtenberg-Hohenschönhausen der Name der sogenannten »Konsensliste« in »Liste der Drucksachen ohne Aussprache« umbenannt. Damit wird symbolisch vermittelt, dass es keinen Konsens mit der NPD geben kann.

In den meisten Bezirken sehen sich die Parteien durch die Anwesenheit der NPD in Zugzwang, in ihren Parteien und in der Bezirksarbeit Akzente gegen Rechtsextremismus zu setzen. Dieses geschlossene Auftreten führt dazu, dass die NPD über die demokratischen Parteien als Blockpartei zu halluzinieren beginnt, die sich geschlossen nur gegen sie stellen würde. Die Ausgrenzung der NPD aus demokratischen Prozessen ist jedoch wichtig, um ihr keinerlei parlamentarische Erfolge zu ermöglichen. Auch einer Normalisierung der NPD innerhalb der parlamentarischen Prozesse wird so entgegen gewirkt.

NiP gegen die Normalisierung der NPD

Die Auseinandersetzung mit den Neonazis in den Bezirksparlamenten ist der Ausgangspunkt, um einer breiten Öffentlichkeit einen kritischen Blickwinkel auf die Ideologie, die dem Handeln der Verordneten zugrunde liegt, zu geben. Diese Auseinandersetzung mit extrem rechten Ideologien muss stattfinden, darf aber nicht im Dialog mit Neonazis geschehen. NiP Berlin hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Grundlagen und erste Analysen frei zur Verfügung zu stellen, damit die NPD ihr langfristiges Ziel, legitime Kraft im parlamentarischen Tagesgeschäft zu werden, nicht erreichen kann. Dass der NPD diese Normalisierung nicht gelingt, ist ein Hauptanliegen von NiP Berlin. ■

Tödliche Aussengrenzen

Ein Kontinent schottet sich ab: mit einem nie dagewesenen System aus Zäunen, Radarüberwachung, Satellitenaufklärung, militärischen Sperrzonen, Kriegsschiffen, Polizei- und Grenzschutztruppen will Europa die Zuwanderung aus den verarmten Nachbarregionen verhindern. Die hochgerüstete »Flüchtlingsabwehr« nimmt immer mehr die Formen eines Krieges an – schon ist im Zusammenhang mit den Toten an den Außengrenzen von »Gefallenen« (FAZ) die Rede. Und das schaurige Wort vom »größten Massengrab Europas« in den Gewässern, die uns von Afrika trennen, wurde längst zum beiläufig gebrauchten Gemeinplatz.

Elias Bierdel

Wie viele Menschen genau den Versuch der heimlichen Einreise mit dem Leben bezahlen kann niemand sagen, denn die kleinen überfüllten Boote werden bei ihrer Abfahrt von keiner Hafenbehörde registriert – keine Passagierliste gibt Auskunft über die Identität der Reisenden auf ihrer gefährlichen Überfahrt. Einzig die holländische Menschenrechtsorganisation »United« zählt seit rund zehn Jahren all die Leichen der Erstickten, Ertrunkenen, Verdursteten vor unserer Haustüre. Auf dieser Liste sind derzeit rund 9.600 öffentlich bekannte (überwiegend aus Pressmeldungen) und bestätigte Todesfälle dokumentiert. Doch die Dunkelziffer ist hoch. Schätzungen gehen davon aus, dass rund die Hälfte der afrikanischen Migranten ihr Ziel nicht lebend erreichen. Nach Auskunft der spanischen Polizeigewerkschaft rechnen die Behörden auf den Kanaren allein für das vergangene Jahr mit 3000 Toten.

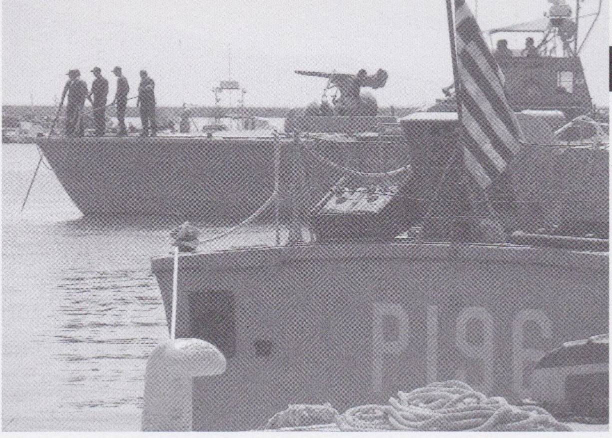
An anderen »Frontabschnitten« der EU-Aussengrenze werden ganze Familien in die Luft gesprengt: In den Minengürteln zwischen Griechenland (Europa) und der Türkei (Asien) sind nach Angaben der Vereinten Nationen in den letzten 4 Jahren mindestens 263 Menschen gestorben. Auch auf dem Wasser setzt Griechenland Maßstäbe bei dem, was auch in öffentlichen Regierungsverlautbarungen immer öfter mit dem Wort »Flüchtlingsabwehr« bezeichnet wird. Dort erreicht der heimliche Krieg gegen die unerwünschten Migranten einen Grad an Unmenschlichkeit, der sich mit den Folterpraktiken von Guantanamo und Abu Ghraib messen kann: Überlebende berichten von schwersten körperlichen Mißhandlungen bis hin zu Scheinhinrichtungen mit Schußwaffen, Untertauchen des Kopfes oder durch übergestülpte Plastiktüten. Allgemein wandelt sich die Küstenwache in den »Frontstaaten« (vor allem Spanien, Italien, Malta und Griechenland) immer mehr vom Garanten für einen sicheren Verkehr auf See zum Schrecken der Bootsflüchtlinge. Ihre Einheiten haben den Auftrag, potentielle »illegale Einwanderer« in ihren meist völlig seeuntauglichen Booten zu »stoppen und zur Umkehr zu bewegen«. Selbstverständlich soll dabei keine Gewalt angewendet werden! Was das im Einzelnen bedeutet, kann sich jeder leicht selbst vorstellen: Wenn die Verzweifelten in ihren Nußschalen, seekrank und kurz vor dem Verdursten, nach einer vielleicht 4- oder 5 tägigen (z.B. auf der Route Lybien-Malta) oder sogar mehrwöchigen (Senegal – Kanarische Inseln) Überfahrt endlich Land sehen, dann kommt ihnen ein Patrouillenboot entgegen, mit der höflich vorgetragenen »Bitte«, doch lieber wieder heimzufahren?

Ganz abgesehen von den völlig offenen Fragen, in welcher Sprache mit den Passagieren kommuniziert wird, ob diese überhaupt in der Lage sind (physisch und technisch) umzukehren, ob sie über ausreichend Trinkwasser verfügen und wie sich in den nächsten Tagen wohl das Wetter entwickeln wird ... abgesehen von alledem dürfte klar sein, dass Menschen, die auf einer derart langen, gefährlichen Reise einmal soweit gekommen sind, unter keinen Umständen dorthin zurück wollen, wo sie abgefahren sind. Damit wird deutlich, dass es ohne Gewaltanwendung keine realistische Möglichkeit geben wird, sie von der Durchführung ihres Vorhabens abzubringen.

Paramilitärische Verbände

In allen Küstenstaaten, die Zielländer von Bootsflüchtlingen sind, wurden deshalb paramilitärische Verbände aufgestellt, die dieses grausige Geschäft besorgen. In Griechenland sind es zum Beispiel 18 Sondereinsatz-Teams der Küstenwache, die – außerhalb des europäischen Rechtssystems und meist im Dunkel der Nacht – die »Drecksarbeit« machen: Boote jagen, abdrängen, zerstören und ihre Passagiere z.B. auf unbewohnten Felseninseln absetzen. Immer häufiger wird dabei auch scharf geschossen. Und im Frühjahr 2006 machte ein Vorfall kurzfristig Schlagzeilen, bei dem Beamte der griechischen Küstenwache





nach Zeugenaussagen Flüchtlinge in türkischen Gewässern offensichtlich einfach ins Meer geworfen hatten – wobei mindestens 10 Menschen starben.

In anderen Regionen versucht man das Problem mit der unerwünschten Migration dadurch zu »lösen«, indem man die in Not geratenen Flüchtlinge schlichterdings ihrem Schicksal überläßt. Ein Beispiel aus diesem Frühjahr machte das besonders deutlich: Am 25. Mai 2007 kenterte rund 60 Meilen vor der libyschen Küste ein Flüchtlingsboot. Die 27 Passagiere retteten sich an die Seile eines Thunfischfangbeckens, das im Moment des Schiffsbruchs von dem maltesischen Schlepper »Budafel« an ihnen vorübergezogen wurde. Der Kapitän meldete den Vorfall.

Der Reeder der »Budafel« lässt jedoch nicht zu, dass die Besatzung die Flüchtlinge an Bord nimmt, da er angeblich besorgt um seine empfindliche Ware ist (Thunfisch im Wert von rund 1 Million Euro!) und die »Budafel« keinen Platz für 27 Menschen habe. Und auch die Behörden in Malta winken ab: Sie seien nicht zuständig, man möge sich an die libysche Regierung wenden. Doch dort interessiert sich niemand für die Männer, die nun bereits seit 24 Stunden in Todesangst festgeklammert auf dem schwankenden Netz sitzen. Malta stellt wiederholt klar, man werde die Schiffbrüchigen »keinesfalls aufnehmen« und bittet stattdessen »andere Länder« der Europäischen Union, sich der Verzweifelten anzunehmen. Es dauert schließlich drei Tage und drei Nächte, ehe die 27 Männer von einem italienischen Kriegsschiff an Bord genommen- und nach Lampedusa gebracht werden. Dass sie ihre Tortur überlebten, während sich Bürokraten um die Verantwortung für die Gestrandeten stritten, darf getrost als Wunder bezeichnet werden.

Europas Schande

Diesem ungeheuerlichen Vorgang widmeten nur wenige europäische Medien ihre Aufmerksamkeit. Einzig die Londoner Tageszeitung »The Independent« druckte am 28. Mai 2007 über die gesamte Titelseite ein Foto der Schiffbrüchigen auf dem Thunfischbehälter. Unter der Schlagzeile »Europe's Shame« (»Europas Schande«) schrieb der Italien-Korrespondent des Independant, Peter Popham: » ...das sind die letzten Schnappschüsse aus dem mörderischen Mittelmeer, jener Wasserstraße vor den südlichen Toren der Europäischen Union, von denen der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge sagt, sie seien geworden ›wie der Wilde Westen, wo menschliches Leben keinen Wert mehr hat und Menschen ihrem Schicksal überlassen werden‹. Bis zu 10.000 Afrikaner haben wohl bisher den Versuch, übers Mittelmeer nach Europa zu gelangen, nicht überlebt. (...) Sie starben, nicht weil Hilfe unmöglich war, sondern weil niemand etwas tun wollte.«

Wie sehr der Independant mit dieser Analyse richtig lag, sollte sich nur zwei Wochen später zeigen. Beim Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg scheiterte Malta mit seinem Vorstoß, aus Seenot gerettete Flüchtlinge künftig auf alle 27 EU-Mitgliedsländer zu verteilen. Spanien, Italien, Frankreich aber auch kleinere Länder wandten sich gegen eine Regelung wie Malta sie wünscht: Dies würde nur noch mehr illegale Einwanderer anlocken, argumentierten sie. Auch der als Ratsvorsitzende amtierende deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble erteilte dem winzigen Inselstaat (Malta hat rund 400.000 Einwohner) eine klare Abfuhr – und ließ seinen maltesischen Amtskollegen Tonio Borg fassungslos zurück: »Ich finde es unglaublich, dass wir vor den Toren Europas eine so tragische Situation erleben und nicht genug dagegen getan wird«, sagte Borg am Ende des Treffens. »Doch wenn es keine europäische Regelung gibt, dann wird Malta keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, die außerhalb seiner Hoheitsgewässer gerettet wurden.« Fischtrawler oder Handelsschiffe werden nun erst recht um jedes Boot mit Schiffbrüchigen einen großen Bogen machen.

All diese Beispiele – und die Liste liesse sich beliebig verlängern – zeigen: An den EU-Außengrenzen wurde in den letzten Jahren ein Grenzregime errichtet, wie wir es uns brutaler nicht einmal in den Zeiten des kalten Krieges in Europa hätten ausmalen können. Die Einzelheiten werden vor der Öffentlichkeit allerdings weitgehend verborgen: So haben Journalisten z.B. in den zahllosen Abschiebelagern in und um Europa grundsätzlich keinen Zutritt – und auch die Einsatzbefehle der neuen europäischen Grenzschutz-Agentur »FRONTEX«, die von Warschau aus den Abwehr-Kampf organisieren soll, unterliegen höchster Geheimhaltung. Warum eigentlich?

Offenbar handelt es sich bei dem tausendfachen, anonymen Sterben an unseren Grenzen um ein Tabuthema, dem sich die politisch Verantwortlichen nicht stellen wollen. Stattdessen wiederholen sie bei jeder Gelegenheit jenes Mantra, hinter dem sich die Abschottungspolitik gegenüber den verarmten Nachbarn seit jeher verschanzt: Europa, so die treuherzige →

➔ Versicherung, tue schließlich alles, »um Armut und Arbeitslosigkeit auch in den Herkunftsländern zu bekämpfen« (EU-Innenkommissar Franco Frattini). Doch davon kann nun wirklich keine Rede sein.

Zerstörte Lebensgrundlagen

Denn in Wahrheit tut Europa vor allem vieles, was den Menschen Afrikas in schlechtester, kolonialistischer Manier die Lebensgrundlagen systematisch raubt: EU-Agrarsubventionen zerstören dort die heimischen Märkte, im Gegenzug verhindern hohe Zölle die Einfuhr afrikanischer Produkte nach Europa. Europäische Fangflotten fischen den Einheimischen buchstäblich den letzten Happen Eiweiß aus ihren Meeren. Unsere unermeßliche Gier nach Rohstoffen stürzt weite Teile des Nachbarkontinents ins Elend (Stichwort: »Ressourcen-Fluch«), ganz abgesehen von den Folgen des Klimawandels, den schließlich wir zu verantworten haben (Afrika ist an der Emission von Treibhausgasen mit nicht einmal 6 Prozent beteiligt) – doch vor allem die Einwohner der ärmsten Länder aushalten sollen. In den kommenden Jahrzehnten werden Millionen Afrikaner laut UN-Klimareport wegen der steigenden Temperaturen ohne Trinkwasser sein, weite Küstenregionen dagegen im Meer versinken. Es ist nicht im Ansatz zu erkennen, daß die reichen, entwickelten Industrienationen (das »Imperium der Schande«, wie der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, diese nennt), sich ihrer Verantwortung wirklich stellen wollen. Auch der UN-Umweltgipfel in Nairobi konnte – allen Appellen zum Trotz – kaum mehr als gestammelte Lippenbekenntnisse hervorbringen.

Doch die da in kleinen Booten versuchen, ihren Teil vom Reichtum der Welt (und sei es auch nur als illegale Arbeitssklaven) in Europa zu erhaschen, sind nur die Vorboten eines unausweichlichen globalen Wandels. »Botschafter der Ungerechtigkeit« nennt sie der katholische Pfarrer Herbert Leuninger, Mitbegründer von PRO ASYL und einer der zornigen alten Männer der deutschen Menschenrechtsbewegung. »Botschafter der Ungerechtigkeit.« – Das Wort sollten wir uns merken. Denn es macht deutlich, daß es bei dem verzweifelt-unbarmherzigen Versuch der Abschottung gegen Flüchtlinge möglicherweise nicht in erster Linie um ein paar tausend Zuwanderer mehr oder weniger geht. Als »Gefährlich« wird vor allem jene an uns adressierte Botschaft empfunden, die in jedem der überfüllten Holzkähne unsichtbar mitreist. Sie lautet: Ihr vertreibt uns aus unserer Heimat! Weil Politiker diese unbequeme Wahrheit dem geneigten Wahlvolk nicht zumuten wollen (sie müßte ja unmittelbare Konsequenzen nach sich ziehen), lassen sie vorläufig lieber weiter Menschen mit aller Härte »abwehren«.

Dieses »Massaker der großen Heuchelei« (so die französische Menschenrechtsorganisation migreurope) fordert immer mehr Opfer – und die Liste der offiziell registrierten Toten wird immer länger: 135 wurden im Mai 2007 bestätigt, im Juni waren es 154. Von den 217 Toten des Monats Juli wurden 79 im Kanal von Sizilien gezählt, und mindestens 98 auf den Kanarischen Inseln. 34 Menschen verdursteten in der Sahara auf dem Weg von Niger nach Libyen, 3 junge Männer erstickten in Italien in einem Lastwagen auf dem Weg nach Deutschland. 2 Menschen wurden von der marokkanischen Grenzpolizei erschossen, als sie sich in El Ayoun einschiffen wollen. Eine junge Frau starb in Calais auf der Flucht vor der Polizei. Mindestens 243 Immigranten sind im August bei der Seefahrt über das Mittelmeer nach Europa gestorben. ■

Nach der Rettung von 37 schiffbrüchigen Afrikanern vor Lampedusa im Juni 2004 verweigerten die italienischen Behörden dem deutschen Rettungsschiff Cap Anamur im letzten Moment die zuvor genehmigte Einreise. Marineeinheiten, Zoll und Küstenwache blockierten elf Tage lang ohne Angabe von Gründen die Cap Anamur – bis die Geretteten schließlich, zermürbt von Einschüchterungsgesten und der langen Wartezeit auf See, damit drohten, sich ins Meer zu stürzen. Unter Berufung auf das internationale Seerecht verlangte der Kapitän am 11. Juli 2004 ultimativ die Genehmigung zur Einfahrt in den Hafen Porto Empedocle. Kaum angekommen, wurden die Schiffbrüchigen ohne Chance auf ein Asylverfahren nach Nigeria und Ghana deportiert – das Rettungsschiff beschlagnahmt, Teile der Besatzung verhaftet.
Seit dem 27. November 2006 stehen Elias Bierdel (ehem. Vorsitzender des Komitees Cap Anamur), Stefan Schmidt (Kapitän der Cap Anamur) und der erste Offizier Vladimir Daschkewitsch in Agrigento/Sizilien vor Gericht. Die Anklage wirft ihnen »Beihilfe zur illegalen Einreise in einem besonders schweren Fall, in Form organisierter Kriminalität« vor. Das Strafmaß beträgt zwölf Jahre Haft. Vor derselben Kammer müssen sich derzeit auch sieben tunesische Fischer verantwoten, die am 8. August – ebenfalls vor Lampedusa – 44 Menschen vor dem ertrinken gerettet hatten.
Elias Bierdel hat die Ereignisse in einem Buch niedergeschrieben (»Ende einer Rettungsfahrt – das Flüchtlingsdrama der Cap Anamur, Verlag Ralf Liebe 2006). Im Frühjahr 2007 gründete er gemeinsam mit Judith Gleitze, Harald Gloede und anderen die Organisation »borderline europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.«, die sich speziell mit den tödlichen Folgen der Abschottung an den EU-Auflengrenzen auseinandersetzt. ■

(www.borderline-europe.de)

... Angriff!

Diskussionsbeitrag der ALB

Mit Interesse haben wir den Artikel »Antifa heisst...!« im AIB Nr. 76 gelesen. Der folgende Text will einen Beitrag zur Reflexion über antifaschistische Ansätze in der BRD leisten.

Vorweg

Antifaschismus ist unter geeigneten Umständen in der Lage, Menschen in hoher Anzahl gegen Rechts zu mobilisieren. Dass dies nicht immer gelingt, liegt unseres Erachtens an strategischen und organisatorischen Problemen. Dass der autonome Antifaschismus stets aus einer gesellschaftlichen Minderheitenposition agiert, sollte kein Grund sein, den Kopf in den Sand zu stecken oder die Bemühungen um Bündnispolitik einzustellen.

Zu den Neonazis

Für eine aktuelle Bewertung schätzen wir folgende Entwicklungen der extremen Rechten als zentral ein:

1) Die wachsende Verankerung der NPD und ihr Einzug in zwei Landes- sowie diversen Kreisparlamenten führten zu einer Normalisierung und Etablierung der NPD in der politischen Landschaft der BRD. Diese Entwicklung wurde von der Antifa lange unterschätzt – insbesondere nach dem gescheiterten Verbotsverfahren sind Aktivitäten gegen die NPD stark zurückgegangen. Vor allem – aber nicht nur – in Ostdeutschland versucht die NPD, gesellschaftliche Funktionen einzunehmen, Neofaschisten in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren und kann sich so als Vertretung der Bewohner/innen vor Ort darstellen.

2) Mit der Adaptation und Übernahme subkultureller Codes hat sich das Auftreten klassischer Neonazis verändert und ein breiter, kulturell anschlussfähiger »rechter Lifestyle« entwickelt. Das bekannteste Beispiel ist wohl die Marke »Thor Steinar«.

3) Mit dem Aufgreifen anschlussfähiger Positionen gelingt es der extrem Rechten zunehmend, gesellschaftlich anzudocken. Im Rahmen der Sozialproteste ist dies zwar nur begrenzt gelungen, jedoch konnte die NPD durch ihre vermeintlich oppositionelle Haltung gegen etablierte Volksparteien regionale Erfolge verbuchen. Bei der derzeitigen Terrorismus-Hetze kommen sich Anzugfaschisten, Neonazis und bürgerliche Wohlstand-schauvinisten bei rassistischen Aktionen wie gegen den Moschee-Bau im Berliner Stadtteil Pankow näher.

Hingehen wo was geht

Wie bereits erwähnt gehen wir davon aus, dass wir stets aus einer gesellschaftlichen Minderheitenposition agieren – wir verfügen weder über üppige Mittel noch über eine entsprechende Lobby. Unsere Stärke sind die radikale Kritik an den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen und unser Aktivismus.

Für die Auswahl der Ansatzpunkte – an denen eher ein Überangebot als Mangel herrscht – ist es von Vorteil zu analysieren, welche Ziele kurzfristig und über die konkrete Aktion hinaus erreicht werden sollen. Das kann lokal sehr unterschiedlich sein: von Aufklärungsarbeit zu NPD-Kandidaten über handfesten Widerstand auf der Straße bis hin dazu Strukturen wie Läden oder Kneipen aus dem Weg zu räumen. Langfristig sollte es unserer Meinung nach darum gehen, den Aufbau und die Stärkung einer antifaschistischen Kultur zu forcieren, denn diese ist letztlich das beste Mittel gegen Neonazis.

Auch bundesweite Mobilisierungen gehören zum Repertoire der Antifa. Erfahrungsgemäß verschlingen solche Mobilisierungen enorme Ressourcen – erst recht in Zeiten, in denen die autonome Antifa über keine mobilisierungsfähige, bundesweite Struktur verfügt. Wir haben großen Respekt vor der Arbeit, welche die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« in Bezug auf die Verhinderung des Rudolf-Heß-Marsches in den letzten Jahren geleistet hat. Dennoch teilen wir nicht die Einschätzung der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung der Aufmärsche in Wunsiedel und Halbe. Diese haben durch ihren positiven NS-Bezug zwar eine sammelnde und bindende Funktion in die extrem Rechte hinein, haben jedoch keinen Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen Themen.

Eines unserer Ziele sollte immer – und darin stimmen wir mit der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« überein – die Herstellung eines breiten antifaschistischen Konsens und die öffentliche Wahrnehmung antifaschistischer Positionen sein. Und ja, dabei kommt es auch darauf an, ob »was geht« – und zwar im politischen Sinne. Kampagnen und Aktionen sollten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine realistische Aussicht auf Erfolg haben. Mit viel zu wenig Leuten bei Regen in einem Randbezirk den →



Tag verbringen, weil dort eine kurzfristig angesetzte NPD-Veranstaltung stattfindet, zeigt zwar politische Integrität, ansonsten wird aber hauptsächlich eigene Ohnmacht demonstriert.

All together now

Um einen breiten antifaschistischen Konsens herstellen und damit gesellschaftlich intervenieren zu können, bedarf es in der Regel Bündnisarbeit – schon allein zur banalen Bündelung von Kräften. Eine breite Wirkung und politische Durchsetzungskraft entwickelt sich in der Regel entweder über viele, viele Menschen oder über gesellschaftliche Breite. Ist beides nicht gegeben, dann wird es schwierig. Zumal die autonome Antifa üblicherweise sowohl gegen den Neonazi-Aufmarsch als auch die Polizei anrennen muss.

Halbe kann hier als abschreckendes Beispiel für gesellschaftliche Kräfteverhältnisse herangezogen werden: gegen den Protest antifaschistischer Gruppen wurden die Neonazi-Aufmärsche unter der Federführung des brandenburgischen Innenministers Schönbohm durchgesetzt. Nachdem alle basisdemokratischen Versuche kaputt schikaniert und kriminalisiert wurden, stellt er sich heute als Nazi-Gegner vor Ort zu Schau. Der Fall Wunsiedel liegt da ähnlich: aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse in Bayern, dem vorherrschenden Mangel an politisch-demokratischer Kultur im Umgang mit Neonazis sowie der ideologischen Flankierung mit der Totalitarismuskeule, stehen radikal-demokratische Kräfte und AntifaschistInnen auf verlorenem Posten. Vom Fehlen antifaschistischer Strukturen vor Ort ganz zu schweigen.

Eine selbstbewusste Antifa hat trotz der abschreckenden Beispiele keine Angst vor breiten Bündnissen. Dieses Feld aufzugeben, weil die anderen »zu blöd« sind oder man selbst zu »radikal« ist, ist ein Schritt hinein in den Szenesumpf. BündnispartnerInnen gibt es mit verschiedensten Ansätzen: Gewerkschaften, Jugendverbände, MigrantInnen-Organisationen, Parteien, religiöse Vereinigungen, Kulturinitiativen, lokale Gewerbetreibende etc. Es geht darum, politische Mindeststandards durchzusetzen und nicht dahin zu geraten, als fleißige Bienchen die Bühnen aufzubauen und später als Füllmasse ohne politische eigene Statements vor dem Rednerpult zu stehen. Zwei Kriterien sind für erfolgreiche Bündnisarbeit zentral: Zum einen sollte das nebeneinander verschiedener Aktionsformen gewährleistet sein: Lippenbekenntnisse und Schweigemärsche reichen der Antifa nunmal nicht aus, zu Recht wie wir finden. Dass militante Strategien nicht in Widerspruch zu breiten Bündnissen stehen müssen, haben zum Beispiel die Gegenaktivitäten zu diversen Nazi-Aufmarsch-Versuchen in Leipzig und Göttingen gezeigt. Deren Legitimität sollte vermittelt und verteidigt werden. Je breiter ein Bündnis, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass eine Gruppierung eine Bündnisposition gegen »Extremismus und Gewalt« einfordert. Werden diese Versuche zur Umsetzung der Totalitarismustheorie nicht zurückgewiesen – sei es aus Unvermögen oder aus Angst vor einer Sprengung des Bündnisses – ist folgerichtig die Antifa aus dem Spiel und damit auch ihre Positionen und Taktiken aus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung verdrängt.

Das eigene Profil schärfen

Die schlagkräftigste Antifa ist nichts wert, wenn sie nicht ihr politisches Profil schärft. Die autonome Antifa unterscheidet von den Akteuren der demokratischen Zivilgesellschaft die Analyse, dass Faschismus und faschistische Bewegungen nicht als Äußeres, der parlamentarischen Demokratie Wesensfremdes zu verstehen sind, sondern als daraus hervorgehend. Ein radikaler Antifaschismus macht nicht davor Halt, den gesellschaftlichen und institutionalisierten Rassismus – auch gegen politische Opportunitäten – anzugreifen. Liegt doch sowohl dem demokratisch legitimierten Rassismus als auch der rassistischen Hetze der NPD dieselbe Ideologie der Ungleichwertigkeit zu Grunde. ■

Antifaschistische Linke Berlin [ALB]

Kontakt:
www.antifa.de
mail@antifa.de

Faschismustheorien

Zeev Sternhells ideengeschichtliche Einführung in den Themenkomplex Faschismus (Teil II)

Fabian Kunow

Der ideologische Inhalt des Faschismus

Das Wesen des Faschismus als Ideologie ist für Sternhell dort zu erfassen, wo der Faschismus in der Bewegungs- und nicht in der Regimephase untersucht wird. Als Bewegungsphase wird der Entwicklungszeitraum bis zur politischen Machtübernahme begriffen. In der Bewegungsphase ist nach Ansicht Sternhells die faschistische Ideologie in der Agitation und Propaganda in ihrer Reinform vorzufinden. Diese quasi faschistische Idealform ist vorhanden, da die Faschisten von ihren propagierten Idealen noch keine Abstriche machen mussten zu Gunsten der Politik- und Koalitionsfähigkeit. Kamen faschistische Parteien und Bewegungen an die Macht, mussten sie sich den nationalen politischen Gegebenheiten und Machtverhältnissen beispielsweise in Regierungskoalitionen anpassen.

Um an die politische Macht zu gelangen, trat die faschistische Bewegung ins Bündnis mit der alten konservativen Rechten. Umgekehrt wandte sich die traditionelle Rechte an den Faschismus in jenen Ländern, in denen sie selbst zu schwach war den Kampf mit der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung zu führen. Die traditionelle Rechte tat dies aber immer mit einem gewissen Misstrauen gegenüber dieser neuen revolutionären Bewegung. So versuchte sie immer mit Geld die faschistischen Truppen im Sinne ihrer Interessen zu lenken.[1]

Daher konnte sogar bei der Mutterbewegung aller Faschismen, dem italienischen Faschismus, nach dessen Machtantritt im Jahr 1921 nicht mehr von einem Faschismus in Reinform gesprochen werden, zu groß waren die Konzessionen, welche sie an ihre Bündnispartner und Steigbügelhalter machen mussten.

Sternhell führt zu Recht an, dass der gleiche Nachweis (der realexistierende Faschismus wäre nicht identisch mit dem faschistischen Ideal. d.A.) bezüglich der Demokratie oder des Kommunismus geführt werden könnte. »Was sind die Idealbilder der Demokratie oder des Kommunismus (...) und wo sind diese in die Praxis umgesetzt«.[2] Kein gesellschaftliches Ideal wurde je zu 100% umgesetzt, trotzdem können wir laut Sternhell bestimmen, was Kommunismus, Sozialismus, Demokratie und eben auch Faschismus ist. Jedes Land mit seinen unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten prägte seine faschistische Bewegung. Die unterschiedlichen nationalen Besonderheiten der einzelnen Faschismen wurden aber noch einmal deutlicher, wenn die faschistischen Bewegungen von der Bewegungs- in die Regimephase eintraten, so dass bei den Bewegungen im internationalen Vergleich mehr Gemeinsamkeiten als bei den Regimes festzustellen sind.[3]

Dass es in der faschistischen Ideologie auch zu Zwiespältigkeiten in der Bewegungsphase kommt, liegt neben den eigentlich allen Ideologien inhärenten Widersprüchen und nationalen Besonderheiten denen die Ideologie Rechnung tragen muss, auch in ihrem Anspruch, »sowohl pragmatisch, als auch revolutionär zu sein und zugleich die Gegebenheiten des täglichen Lebens meistern«[4] zu wollen. Zugleich sollte und wollte die faschistische Ideologie auch immer mit dem Aktivismus verbunden sein, so dass diese sich für die gewünschte Einheit von Theorie und Praxis anpasste. Diese gewünschte Einheit bzw. politischer Aktivismus als Primat des eigenen Handels, ist ein Grundpfeiler des faschistischen Selbstbildes.

Der Faschismus wird vom »Primat der Politik« getrieben. Dieses Primat der Politik ist neben der totalen Glorifizierung des Staates als Steuermann, dem sich unterzuordnen ist, auch vom unbedingten Willen des einzelnen Faschisten, durch heldenhaften Aktivismus, die Welt selbst zu revolutionieren, durchdrungen. Was Faschismus ist, definierte laut Sternhell am treffendsten der Begründer der ersten faschistischen Bewegung außerhalb Italiens, der Franzose Le Faisceau: »Nationalismus + Sozialismus = Faschismus«.[5] Der Faschismus verstand sich immer als eine Bewegung der Revolte: Als »Revolte gegen die Welt des Rationalismus und des Denkens in den Kategorien von Ursache und Wirkung, der Revolte gegen Materialismus und Positivismus, gegen die Mittelmäßigkeit der bürgerlichen Gesellschaft und gegen die Verwirrungen der liberalen Demokratie« (Sternhell). Der bürgerlichen Demokratie wurde von dieser revoltierenden Bewegung immer angekreidet, dass sie kraftlos und unper- →

1| Vgl. Sternhell 2002 S. 108
2| Sternhell 2002 S. 13
3| Vgl. Sternhell 2002 S. 18
4| Sternhell 2002 S. 21
5| Vgl: Sternhell 2002. S. 24

➔ sönlich sei, und zudem nicht den (nationalen) Zusammenhalt stärke. Der Faschismus verstand sich als Revolte im Angriff auf die Werte der französischen Revolution und der Aufklärung. Wenn der Faschismus sich in seiner Bewegungsphase als Revolte begreift, dann muss sein an die Macht kommen von seinen Aktivisten als Revolution im Sinne einer geglückten Auflehnung begriffen werden. Diese Revolution sollte eine geistige, eine »Revolution der Moral«, eine »Revolution der Seele« sein. Die Faschisten strebten eine »totale Revolution« an. Sie sollte alle Bereiche der menschlichen Aktivitäten umspannen und das soziale und intellektuelle Leben der Menschen durchdringen. Das Wort »Total« fand dabei immer einen großen Platz im faschistischen Gedankengebäude. Daraus entwickelte sich das Etikett »totalitär« was vor allem bürgerliche Kritiker gegen den Faschismus in Anschlag brachten. Die (angestrebte) faschistische Revolution sollte und würde nach Auffassung prominenter Faschisten wie Mussolini und Mosley ein neues Zeitalter einläuten. Dieses »neue Zeitalter« oder »faschistische Jahrhundert« würde nichts geringeres als eine »neue Zivilisation«, eine »Gegen-Zivilisation« schaffen. So kam es nicht zufällig in der Anfangszeit der faschistischen Herrschaft in Italien bzw. in Deutschland zu fast identischen Machtkämpfen zwischen verschiedenen Flügeln innerhalb der faschistischen bzw. nationalsozialistischen Bewegung. Diese Konflikte um das Verwirklichen der Ideale endeten jeweils mit der blutigen Ausschaltung des nationalrevolutionären, an der faschistischen Utopie festhaltenden Flügels durch Mussolini bzw. Hitler zu Gunsten der »Realos« innerhalb der gerade an die (politische) Macht gekommenen Bewegung.

Literatur:
Sternhell, Zeev/ Sznajder, Mario/ Asheri, Maia (1999): Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburger Edition, Hamburg
Sternhell, Zeev (2002): Faschistische Ideologie. Eine Einführung. Verbrecher Verlag, Berlin

Zusammenfassung und Kritik

Sternhell stellt durch seine Methodik und die darauf folgende empirische Beweisführung mittels der Zitate prominenter Faschisten sowie intellektueller Wegbereiter des Faschismus gut und deutlich dar, was neu, überzeugend und revolutionär an der faschistischen Bewegung sowie dem Gedankengebäude des Faschismus war. Vielen Menschen wurde über soziale Schranken hinweg eine überzeugende Sicht auf die Welt und Handlungsfelder geboten. Dadurch konnten faschistische Bewegungen in bestimmten Ländern in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Ende des Zweiten Weltkrieges an die Regierungsgewalt kommen. Die »Umbruchsideologie« (Sternhell) Faschismus hatte ein revolutionäres Programm, welches in dem Bereich der Kultur, der Wirtschaft und vor allem der Politik – mit einem starken, totalen Staat als Zentrum aller Annahmen – Lösungen für als Probleme des modernen Lebens gesehene gesellschaftliche Erscheinungen zu bieten hatte. Durch den Anspruch Zeev Sternhells, das faschistische Gedankengebäude und die aus diesem folgenden Handlungen als eine universale, eigenständige und in sich kohärente Ideologie zu begreifen, kann man mit der von Sternhell geschaffenen Faschismusschablone auch heutige Bewegungen und Regime untersuchen sowie die Frage beantworten, ob diese nun faschistisch seien. Faschismus ist in diesem Sinne eine noch heute zu verwendende politikwissenschaftliche Kategorie und gerade nicht nur eine kurze historisch abgeschlossene Epoche mit der sich Historiker zu beschäftigen haben. Bei der Betrachtung des Faschismus, wie sie Sternhell vornimmt ist dieser eben nicht Kampfbegriff bei der Diskreditierung des politischen Gegners ohne große inhaltliche Füllung. Das Manko an den beiden Werken von Sternhell »Faschistische Ideologie« und »Die Entstehung der faschistischen Ideologie« ist seine sehr kurze Abgrenzung vom Faschismus gegenüber dem Nationalsozialismus. Der Frage, warum der NS – trotz vieler Übereinstimmungen – kein Faschismus ist, widmet Sternhell in beiden Büchern trotz der Brisanz des Themas leider jeweils lediglich ein paar Zeilen. Diese verweisen zwar darauf, welche fundamentalen Unterschiede es zwischen dem NS und dem italienischen Faschismus in Bezug auf den Rassegedanken und Antisemitismus gab, welche aber gerade in der genauer beleuchteten Bewegungsphase des NS noch keine so große Rolle spielten. Besonders unverständlich wird das Herausnehmen des NS aus der Kategorie Faschismus immer dann, wenn Sternhell zur Illustration der faschistischen Gedankenwelt Zitate von prominenten Nazis anführt. Dies kommt in seinem Aufsatz »Faschistische Ideologie« öfter vor und führt so die strikte Trennung von Faschismus zum NS ad absurdum. Weiterhin soll bei jeder ideengeschichtlichen Betrachtung eines politischen Phänomens eines nicht aus den Augen gelassen werden: die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen, weshalb und wann bestimmte Vorstellungen und Annahmen gesellschaftlich wirkungsmächtig werden. Kein Gedanke, keine Ideologie entsteht aus sich selbst heraus und findet eine nennenswerte Anhängerschaft. Der neue Gedanke oder die neu entstandene Ideologie – egal wie nun Ideologie definiert wird, als in sich geschlossenes Gedankengebäude oder als notwendig falsches Bewusstsein – bedarf immer einer (neuen) gesellschaftlichen Voraussetzung. Sternhell erklärt ausführlich den Entstehungsprozess und Inhalt der faschistischen Ideologie, aber kaum, warum diese ab einem bestimmten historischen Zeitpunkt so viele Menschen begeisterte und überzeugte. Diese für jeden Antifaschisten interessante Leerstelle ist leider Sternhells methodischem Ansatz inhärent, wenn er nur das Phänomen und kaum die Funktion und Ursachen beschreibt. ■

Faschismustheorien

Zum Stand der wissenschaftlichen Debatte

Über die vom Marxismus inspirierten Faschismustheorien, an denen Teile der westdeutschen Neuen Linken noch bis in die 1980er Jahre festhielten, ist zu Recht viel Kritisches gesagt und geschrieben worden. Die gravierenden Unterschiede zwischen den faschistischen Diktaturen in Italien und Deutschland wurden von den meisten deutschen Linken erst in den 1990er Jahren wahrgenommen – und teilweise zu Gegensätzen vergrößert.

Jens Renner

Insbesondere die Singularität des deutschen Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden ließ den italienischen Faschismus in einem vergleichsweise milden Licht erscheinen. Der bis dahin gebräuchliche Begriff »deutscher Faschismus« kam in der radikalen Linken aus der Mode, faschismustheoretische Überlegungen wurden mit Hinweis auf Georgi Dimitroffs reduktionistische Formel – der Faschismus sei »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« – schnell als Nonsens abgetan. Dieser ideologische Pendelschlag ist zwar psychologisch nachvollziehbar, steht aber dem Gewinn besserer Einsichten im Wege.

Kampfbegriff

Für konservative Wissenschaftler, insbesondere in Deutschland, sind Faschismustheorien ohnehin abwegig; Faschismus halten sie für einen linken Kampfbegriff oder – in Übereinstimmung mit Ernst Nolte – für das Phänomen einer vergangenen Epoche. Seit der »Wiedervereinigung« gilt ihr Interesse dem Vergleich der »beiden deutschen Diktaturen« und der Verbreitung einer kaum modernisierten »Totalitarismustheorie«, die in der Berliner Republik den Rang einer Staatsdoktrin erworben hat. Dagegen hat seit Ende der 1990er Jahre u.a. der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann vehement Einspruch erhoben. Seine lesenswerte Abrechnung mit den bisherigen Totalitarismustheorien[1] endet allerdings mit der Forderung, nunmehr eine »neue Totalitarismustheorie« zu entwerfen. Da er selbst sich dazu aber »nicht berufen« fühlte, wandte er sich wieder den Faschismustheorien zu; 2002 erschien der von ihm und Werner Loh herausgegebene Sammelband »'Faschismus' kontrovers«[2], in dem um die Sinnhaftigkeit eines »generischen Faschismusbegriffs« gestritten wurde. Während die Mehrheit der DiskutantInnen sich für einen Gattungsbegriff Faschismus aussprach, verteidigten andere mehr oder weniger aggressiv das Totalitarismus-Konzept; in den Beiträgen von Werner Röhr, Reinhard Kühnl und Karin Priester, die die soziale Funktion des Faschismus betonen, wird zudem deutlich, dass einige marxistisch inspirierte Faschismuskonzeptionen besser sind als ihr Ruf. Wippermanns Plädoyer, die bestehenden »Globaltheorien« zu verwerfen und durch eine Kombination verschiedener »Theorien mittlerer Reichweite« zu ersetzen, wurde zwar insgesamt positiv aufgenommen – umgesetzt wurde sie bislang nicht.

In der deutschen Geschichtswissenschaft dominierten lange Zeit Einzelstudien über den Nationalsozialismus, in denen wichtige Aspekte zusammengetragen wurden. Die vergleichende Faschismusforschung – notwendige Voraussetzung für Theoriebildung – fristete dagegen jahrelang ein Schattendasein. Positiv aus dem Rahmen des Üblichen fällt Sven Reichardts 2002 veröffentlichte umfangreiche Studie »Faschistische Kampfbünde«[3], die »Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA« zum Thema hat. Zu Recht hält Reichardt die Unterschiede für weniger bedeutsam als die Gemeinsamkeiten. Den faschistischen Kampfbund, in Italien wie in Deutschland, sieht er als »zunehmend geschlossenes System einer Subkultur der Gewalt«, einer Gewalt, die sich primär gegen den Kommunismus und die Arbeiterbewegung richtet und zum »Inhalt des faschistischen Lebensstils« wird; gerade die gewalttätige Demonstration der eigenen Stärke gegen die Arbeiterbewegung macht die Faschisten für die herrschenden Eliten interessant und wird mit offener Förderung belohnt. Durch einen »sozialfürsorgerischen Militarismus« werden die faschistischen Kleingruppen mit

Jens Renner ist Redakteur der Zeitung analyse & kritik

→

→ dem Führer an der Spitze für ihre Mitglieder zur Ersatzfamilie, das Versammlungslokal zum Aufmarschgebiet für gewalttätige Aktionen. Zum faschistischen »Habitus« gehören auch demonstrative Kompromisslosigkeit, Vitalität, Jugendkult, Kameradschaft und Virilität. Reichardts Studie endet mit fünf idealtypischen Merkmalen des Bewegungsfaschismus: Gewalttätigkeit; eine »informelle, aber gleichwohl effektive Organisationsstruktur«; Jugendkult; Führerprinzip; die Zielvorstellung »von einer nicht an soziale Interessen gebundenen Art von entökonomisierter Volksgemeinschaft«.

Anstöße zur Debatte

Anstöße für die faschismustheoretische Debatte kamen in den vergangenen Jahren vor allem aus Großbritannien und den USA. Namentlich der Oxforder Historiker Roger Griffin sorgte mit seinen Thesen für eine Kontroverse, die immer noch andauert. Seine immer wieder zitierte Formel lautet: »Faschismus ist eine Gattung politischer Ideologie, deren mythischer Kern in seinen verschiedenen Permutationen eine palingenetische Form von populistischem Ultranationalismus ist.«[7] Mit anderen, verständlicheren Worten: Laut Griffin ist es die »nationale Wiedergeburt«, die sich alle Faschisten zum Ziel gesetzt hätten: Ihr »palingenetischer Ultra-Nationalismus« (palingenesis = Wiedergeburt) richtet sich gegen Verweichlichung und Dekadenz; als Gegenmittel dient die »Reinigung des Volkskörpers« von Feinden und »Schmarotzern«. Zum speziellen Fall des deutschen Faschismus erinnert Griffin an Ian Kershaws Formulierung, der Nazismus sei »sowohl einzigartig als faschistisch« (both unique and fascist). In einem Interview aus dem Jahre 2004 hat Griffin seine »Ein-Satz-Definition« zugleich relativiert und verteidigt. Sie habe einen »heuristischen« (erkenntnisfördernden) Wert, »insofern sie den ideologischen Kern des Faschismus identifiziert als den utopischen Antrieb, das Problem der Dekadenz zu lösen durch die radikale Erneuerung der Nation, verstanden als organisches Ganzes.«[4]

Anders als Griffin behauptet, gibt es über das von ihm formulierte »faschistische Minimum« keinen »neuen Konsens«. Das zeigt die internationale Debatte, die 2003/2004 in der Zeitschrift »Erwägen Wissen Ethik« geführt und 2006 in einem von Roger Griffin, Werner Loh und Andreas Umland herausgegebenen Sammelband dokumentiert wurde.[5] So bezeichnen u.a. Klaus Holz und Jan Weyand Griffins These, »der Mythos einer nationalen Wiedergeburt sei spezifisch für faschistische Ideologien«, als »empirisch falsch« und belegen das am Beispiel des Antisemiten und Nationalisten (nicht Faschisten!) Heinrich von Treitschke, der im »Berliner Antisemitismusstreit« von 1879 seine Vision einer »Wiedergeburt der deutschen Volkes« zur Agitation gegen das »neujüdische Wesen« nutzte, das die deutsche Identität untergrabe. Holz/Weyand warnen generell vor der »definitorischen Verabsolutierung einzelner Merkmale« des Faschismus, und Sven Reichardt spricht sich dafür aus, das Gemeinsame nicht nur in der Ideologie zu suchen, sondern »die faschistische Ideologie im Zusammenhang mit der Frage nach der strukturierenden Kraft des Handelns« zu untersuchen.

Ein fassbares Ergebnis brachte die Debatte nicht. Selbst die Bedeutung des Themas wird sehr unterschiedlich bewertet. Während Walter Laqueur in seinem Nachwort eher von einem Rückgang des wissenschaftlichen Interesses am Faschismus ausgeht – weil der Faschismus, zumindest in Europa, seine Zeit hinter sich habe – erwartet Wolfgang Wippermann vermehrte Wissensproduktion: »Die Faschismusdiskussion ist also noch keineswegs vorbei. Vielleicht fängt sie sogar erst richtig an.« Roger Griffin, der Initiator der Debatte, zieht sich angesichts massiver Kritik darauf zurück, es gebe einen »neuen ›neuen Konsens‹« – nicht in der Sache, wohl aber in der Bereitschaft »to promote a healthy Erwägungskultur in this area of the human science«. Womit der von der Zeitschrift »Erwägen Wissen Ethik« programmatisch verkündete Stil wissenschaftlicher Auseinandersetzung gemeint ist. Darin hat auch die Polemik ihren Platz, hebt wiederum Wippermann hervor.

Dass auch ein inhaltlicher Konsens in Form einer Synthese unterschiedlicher Ansätze möglich scheint, geht aus Sven Reichardts Artikel »Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung hervor«, mit dem Mittelweg 36, die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, ihren Themenschwerpunkt im Februar/März-Heft 2007 einleitet.[6] Im Rückblick auf die vergangenen eineinhalb Jahrzehnte unterscheidet Reichardt vier Faschismusmodelle: Roger Griffins »Bestimmung des Faschismus als Ideologie«; Roger Eatwells »Bestimmung des Faschismus als Matrix des Dritten Weges«; Robert O. Paxtons »Stufenmodell des Faschismus«; Michael Manns »sozialgeschichtliche Bestimmung des Faschismus«. Den neuen Definitionsversuchen gemeinsam sei, dass sie nicht mehr an einem »statischen Merkmalskatalog« orientiert, sondern »prozessual ausgerichtet« seien. Eine von Griffin ausgehende »Innovation« sieht Reichardt darin, »die Selbstbeschreibung und Selbstrepräsentation der Faschisten ernst zu nehmen und in die Faschismusdefinition selbst aufzunehmen«. Michael Mann habe dagegen »die gleichermaßen aus Konsens und Gewalt zusammengefügte Herrschaftsstruktur des Faschismus herausgearbeitet.« Was noch fehle und – »neben der geschlechtergeschichtlichen Dimension« – zu den »wichtigsten Desideraten der neuen Faschismustheorie« zu zählen sei, ist laut Reichardt »eine

überzeugende Integration von Rassismus, ethnischer Säuberung und Genozid in ein übergreifend-vergleichendes Faschismusmodell«.

Paxtons Stufenmodell

Unter den von Reichardt genannten neueren Erklärungsversuchen ragt Robert O. Paxtons Stufenmodell heraus. Paxton (geboren 1932) ist emeritierter Professor für Geschichte an der Columbia University New York. In seinem 2004 erschienenen Buch »The Anatomy of Fascism« fasst er wesentliche Erkenntnisse seines Forscherlebens zusammen. Auf dem Cover der deutschen Ausgabe von 2006 steht eine Art Leitsatz: »Die politische Gefahr des Faschismus ist keineswegs überwunden. Auf einer ersten Stufe existiert er auch heute in allen größeren Demokratien.«[7] Auf diese erste Stufe, das Entstehen einer faschistischen Bewegung, folgt die zweite, in der es der Bewegung gelingt oder auch nicht, »Wurzeln zu schlagen« und sich für die dritte Stufe, die Übernahme der Macht, zu empfehlen.

»Wie es den Faschisten gelang, Teile ihrer antibürgerlichen Rhetorik und eine ganze Menge ihrer ‚revolutionären' Aura zu bewahren und zugleich praktische politische Allianzen mit dem Establishment einzugehen, ist eines der Mysterien ihres Erfolges«, schreibt Paxton. Indem er Italien, Deutschland und Frankreich vergleicht, zeigt er, dass der Erfolg der Faschisten nicht nur von ihren Fähigkeiten zu flexibler »Realpolitik« abhing, sondern von den Entscheidungen ihrer potenziellen bürgerlichen Bündnispartner. Das gilt nicht nur für die Phase der Machtübertragung, sondern auch für die vierte Stufe, die Festigung des Faschismus an der Macht. Weit davon entfernt, die Verantwortung der Kapitalisten für die Etablierung des Faschismus in Italien und Deutschland zu relativieren, widerspricht Paxton doch frühen marxistischen Deutungen, die von der revolutionären Bewegung bedrohte Bourgeoisie sei geradezu gezwungen gewesen, »zum Faschismus zu greifen«, um den Kapitalismus zu retten.

Am wenigsten überzeugend ist Paxtons Darstellung der fünften und letzten Stufe, überschrieben »Radikalisierung oder Entropie?« Das gilt insbesondere für seinen »Versuch einer Erklärung für den Holocaust«. Zwar hält er – in Übereinstimmung mit der »intentionalistischen« Interpretation – »eine Art mündlichen Befehls« Hitlers für plausibel, zugleich aber macht er der »funktionalistischen« Deutung, der Völkermord sei das Ergebnis »kumulativer Radikalisierung« gewesen, unnötige Zugeständnisse. Zu gute halten kann mag Paxton, dass bei der Niederschrift seines Buches die bislang überzeugendste Erklärung für den Holocaust noch nicht vorlag: Saul Friedländers umfangreiches Werk »Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945« (München 2006). Darin kommt Friedländer zu dem Schluss, dass die Entscheidung für den Völkermord »erstmals im Oktober (1941) oder sogar noch früher erwogen worden sein« mag, dass sie aber endgültig erst getroffen worden sei, und zwar von oben, »als die Vereinigen Staaten in den Krieg eingetreten waren, die sowjetischen Truppen Gegenangriffe führten und der gefürchtete ›Weltkrieg‹, im Osten und im Westen, Wirklichkeit wurde.« Während Friedländer sich in der Frage des Zeitpunkts der Entschlussbildung zu Recht nicht genau festlegt, lässt er in der noch umfassenderen Frage nach den Motiven des Mordprogramms keinen Zweifel. Der antijüdische Fanatismus der Nazis, der zunehmend auch die Massen der »Volksgenossen« erfasste, war kein Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck – eine Weltanschauung, nach der es im Weltkrieg um Sieg oder Untergang ging. Nur eine Seite konnte überleben – das deutsche Volk oder das »Weltjudentum«, das in gleicher Weise den Bolschewismus und die Plutokratie zu Werkzeugen seiner Welteroberungspläne gemacht hatte.

So bestätigt auch Paxtons Stufenmodell des Faschismus, was im Grunde auf der Hand liegt: Dass man mit einer allgemeinen Faschismustheorie die Singularität des deutschen Menschheitsverbrechens nicht erfassen kann. Das spricht allerdings keineswegs gegen diese Theorie, sondern nur gegen die Erwartung, in ihr eine die Welt erklärende Formel zu finden.

Dieser Versuchung kann auch Paxton nicht ganz widerstehen, wenn er am Schluss seines Buches eine »operationalisierbare Kurzdefinition« formuliert: »Faschismus kann definiert werden als eine Form des politischen Verhaltens, das gekennzeichnet ist durch eine obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle einer Gemeinschaft und durch kompensatorische Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit, wobei eine massenbasierte Partei von entschlossenen nationalistischen Aktivisten in unbequemer, aber effektiver Zusammenarbeit mit traditionellen Eliten demokratische Freiheiten aufgibt und mittels einer als erlösend verklärten Gewalt und ohne ethische oder gesetzliche Beschränkungen Ziele der inneren Säuberung und äußeren Expansion verfolgt.«

Ob diese Definition besonders hilfreich ist, mag bezweifelt werden. Paxton selbst räumt ein, dass der Faschismus dadurch »nicht besser erfasst wird als eine Person durch einen Schnappschuss.« Es ist weniger Paxtons Definition als sein Diskussionsstil, der einen Konsens möglich erscheinen lässt. Der Wille, Faschismus verstehen zu lernen, um seine Ausbreitung zu verhindern, bedeutet für Paxton auch, anderen ebenso parteilichen Ansätzen, auch marxistischen, mit Respekt zu begegnen. Davon können gerade deutsche Linke einiges lernen. ■

Literatur:
1| Wolfgang Wippermann: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Darmstadt 1997
2| Werner Loh und Wolfgang Wippermann: Faschismus kontrovers. Stuttgart 2002
3| Sven Reichardt: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln 2002
4| Der umstrittene Begriff des Faschismus. Interview mit Roger Griffin. In DISS-Journal 13/2004
5| Roger Griffin/ Werner Loh/Andreas Umland: Fascism Past an Present, West an East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right .Stuttgart 2006
6| Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung Februar/März 2007, S. 9-99
7| Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus. München 2006

Auf Allianzsuche im Netz

Das neurechte Institut für Staatspolitik betreibt einen rege frequentierten Newsblog im Internet. In bemerkenswerter Weise tritt hier das vom Institut angesprochene politische Spektrum zu Tage. Jetzt wurde das Verhältnis zur NPD zum Streitfall.

Die Aufregung in der Bloggergemeinde der Seite staatspolitik.org war erheblich. Binnen weniger Stunden fanden sich dutzende Kommentare, nachdem Administrator Götz Kubitschek, im wirklichen Leben der Hausvater des Gutes in Schnellroda, dem Sitz des IfS, eine lapidare Pressemitteilung von JF Chefredakteur Dieter Stein auf seine Homepage gesetzt hatte. Inhalt: Mit sofortiger Wirkung beende die Junge Freiheit die Kooperation mit der österreichischen Zeitschrift »Zur Zeit« und ihrem Herausgeber, Andreas Mölzer. Dieser hatte sich im Rahmen der rechtsextremen ITS-Fraktion im Europaparlament mit Emissären der NPD getroffen, um gemeinsame strategische Optionen für die nächste Europawahlen auszuloten.

Distanz zur NPD

Dass die JF zur NPD auf Distanz geht, zeichnete sich in ihrer Kommentierung des sächsischen Wahlerfolges im Jahr 2004 bereits ab. Dieter Stein schrieb: »die NPD bietet Anstelle eines notwendigen Patriotismus eine Farce, eine traurige schwarz-weiß-rote Karikatur des Nationalen. So wird die Sehnsucht junger Deutscher, die sich mit ihrem Land identifizieren wollen, mißbraucht und ins Lächerliche gezogen.« Bereits Mitte der 1990er Jahre hatte JF-Chefredakteur Dieter Stein einen Trennungsstrich zum NS-nostalgischen Flügel in der Redaktion gezogen und unter anderem Andreas Molau vor die Tür gesetzt. Eine positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus ist für das politische Projekt der JF, die Reaktualisierung völkischer Politikkonzepte, ein Hindernis. Diese können nur dann erfolgreich im etablierten Konservatismus Verankerung finden, wenn sie von der Praxis des Nationalsozialismus entkoppelt werden.

Dieser Interessenkonflikt trat auf dem letzten Berliner Kolleg des IfS deutlich zu Tage. Das Verhältnis zur NPD wurde zum Gegenstand einer erregten Debatte der politischen Weggefährten Stein/Kubitschek. Während Stein einen klaren Trennungsstrich des von ihm als »konservative Rechte« titulierten Milieus zur NPD fordert, pflegt Kubitschek einen pragmatisch-strategischen Umgang mit der Partei. In einem Interview für die NPD Zeitung Deutsche Stimme im Januar 2007 hatte Kubitschek zwar seine prinzipielle Distanz zur neonazistischen Lebenswelt der Partei betont, sich jedoch zugleich bemüht, bei Ihren Aktivisten Spuren gemeinsamer Motivlagen nicht zu leugnen.

Eine enge Kommunikation pflegt Kubitschek offenbar mit jenen in der NPD, die die Fixierung der Partei auf NS-Nostalgie leise kritisieren. Die NPD als Partei ist für das IfS zwar keine Option, für ihr engeres politisches Umfeld, hingegen möchte man jedoch im wohlverstandenen Eigeninteresse die Türen des Dialogs nicht gänzlich zuschlagen. Dies scheint durchaus einen Dissens mit dem sonst engen Kooperationspartner JF wert zu sein.

Dass Kubischek und das IfS zuweilen deutlicher werden als die JF, zeigte sich zuletzt in der ewigen Demographiedebatte der Rechten. Während die JF in ihren Artikeln in den vergangenen Monaten die Karte des christlichen Konservatismus spielte, dessen Anhänger von der CDU heimatlos zurückgelassen worden seien, ist der Ton im IfS-Blog schärfer. Hier wird mit völkisch-ethnisierenden Invektiven Tacheles geredet, die sich bei einzelnen Blogusern zu Visionen von ei-



[1] Andreas Mölzer brachte die friedliche Koexistenz unterschiedlicher rechter Strömungen im Umfeld des IfS ins Schwanken.

nem ethnischen Bürgerkrieg steigerten. In eben dieses Horn bläßt Kubitschek. Dieser Position räumt die JF im Augenblick nur selten Raum ein.

Der Blog des IfS spiegelt mit Sicherheit nur einen Teil der realen Debatten in diesem Milieu wieder. Dennoch darf man die Debatten im Blog durchaus als Spiegel der Stimmungslage in der Gemeinde der intellektuellen extremen Rechten lesen. Hier treffen offenbar jene aufeinander, die öffentlich vielleicht nicht immer gern zusammen gesehen werden: Burschenschafter von den Pennälern Theodor Körner und ihrem Online-Projekt »Blaue Narzisse« sind ebenso vertreten wie JU-Mitglieder und Anhänger der NPD. Allen gemein ist, dass es ihnen mit unterschiedlichen Akzentsetzungen um Deutschland zu tun ist. Hier gilt Meinungspluralismus in den Grenzen der extremen Rechten, den Kubitschek geschickt als Moderator des Blogs durchsetzt.

Doch im Falle der Rauswurfs von Mölzer aus der JF geriet die friedliche Koexistenz unterschiedlicher rechter Strömungen ins Wanken. Offen wurde der Konflikt um die politischen und strategischen Optionen der Rechten ausgetragen. Während die einen den Schritt Steins, sich von Mölzer zu trennen, nur als einen weiteren Beleg für den Weichspülkonservatismus der JF interpretieren, der dort seit dem Weggang von Molau und dem Ausscheiden Mohlers als Autoren Einzug gehalten habe, begrüßen andere Steins Erklärung als notwendige Abgrenzung.

Zwei Optionen

Die Diskussion unter den Bloggern zeigt zwei unterschiedliche strategisch-politische Optionen: Während jene, die eine strikte Abgrenzung von der NPD fordern, entweder auf eine Rechtsverschiebung in der CDU hoffen, oder auf ein immer mal wieder am Horizont auftauchendes neues Parteiprojekt rechts der Union setzen, sehen die anderen in der NPD einen politischen Faktor, an dem die Rechte in ihrer ganzen Breite nicht vorbeikomme. Das IfS selbst hingegen steht Parteiprojekten skeptisch gegenüber. In deren Strukturen würden potentielle Führungsleute im parteipolitischen Klein-Klein um Posten und Einfluss verschlissen. Sollte die NPD jedoch weiter auf der Erfolgsstrasse fahren, wird sich das skizzierte Milieu neu sortieren. Denn wo Licht ist, tanzen bekanntlich die Motten. ■

Die »Anti-Islam-Partei«

Rechte »Bürgerbewegung« auf Wahlkurs

»Jetzt kommt Stimmung in die Bude: Seidi räumt im Rathaus auf«, verkündet ein Flugblatt der Gruppierung »pro Hambühren – Liste Seidensticker« im Landkreis Celle. Diese fordert die tägliche Öffnung des Strandbades, ein »Begrüßungsgeld« für Neugeborene sowie eine städtische »Familienbeauftragte«. Ratsherr Lars Seidensticker weiß neuen Mitgliedern allerhand zu bieten, insbesondere den ersten fünf: Diese nämlich »erhalten das Buch, Gedanken und Erinnerungen von Otto von Bismarck«... Die Rede ist von einem Ableger der »Bürgerbewegung pro Deutschland«, die den Ausbau ihrer Strukturen vorantreibt. Parallel dazu bereitet sich in NRW die »Bürgerbewegung pro NRW« auf einen Wahlantritt vor.

Ansprechpartner für die Homepage von »pro Hambühren« ist der Kölner Manfred Rouhs, ehemals Landesvorsitzender der »Jungen Nationaldemokraten«; anschließend Funktionär der »Republikaner« und der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH) und seit 2004 Ratsmitglied und Fraktionsgeschäftsführer von »pro Köln«. 2005 gründete er die »Bürgerbewegung pro Deutschland« (PRO D), wurde deren Bundesvorsitzender und versucht seitdem, den Wahlerfolg von »pro Köln« (4,7 Prozent bei den Wahlen zum Kölner Stadtrat im Jahre 2004) bundesweit zu exportieren. Dabei hat er es insbesondere auf rechtspopulistische Bürgerinitiativen und Wählergemeinschaften sowie auf abtrünnige oder übrig gebliebene kommunale Mandatsträger, beispielsweise der REPs und der »Schill-Partei« abgesehen. Aktivitäten entfaltete PRO D bislang außer in Hambühren noch im Hochtaunuskreis, in Frankfurt/Oder, im fränkischen Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, in Oberhausen, im Raum Hannover und insbesondere in Berlin (»Berlin brummt«). In der Bundeshauptstadt hat sich die selbsternannte »Bürgerbewegung« ihrer Lieblingsthemen »Moscheebau«, »Multi-Kulturalismus« und »EU-Beitritt der Türkei« angenommen und versucht, sich als Speerspitze und langfristig als parlamentarischer Arm der Islamgegner zu etablieren. Angestrebt wird eine erfolgreiche Teilnahme an den Berliner Wahlen zum Angeordnetenhaus im Jahr 2011. Aber auch in anderen Regionen, z.B. in mehreren baden-württembergischen Städten bilden sich nach und nach PRO-Strukturen, beispielsweise in Karlsruhe und Heilbronn.

PRO NRW

Von den meisten anderen »pro Köln«-Funktionären um ihren Vorsitzenden Markus Beisicht und ihre Kölner Fraktionsvorsitzende Judith Wolter wird der – großteils recht willkürlich erscheinende – Rouhs'sche Alleingang einer bundesweiten Ausdehnung eher skeptisch betrachtet. Am 6. Februar 2007 gründeten sie den Verein »Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V.« (»pro NRW«), zum Vorsitzenden wurde der ehemalige REP- und DLVH-Funktionär Beisicht gewählt. Angestrebt wird eine Wahlteilnahme bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Jahre 2010. Selbst auferlegte Voraussetzung für einen solchen Wahlantritt soll ein erfolgreiches Abschneiden in mehreren Städten bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Jahre 2009 sein. Auf ihrem »Gründungsparteitag« im September 2007, auf dem »einstimmig die Umwandlung zu einer landesweiten Regionalpartei« vollzogen wurde, war von dieser Selbstauflage schon keine Rede mehr: Man werde sich »sowohl an den Kommunalwahlen 2009 als auch an der Landtagswahl 2010 beteiligen«. Als Versammlungsleiter fungierte der »Sprecher der Bürgerbewegung pro München«, Rüdiger Schrembs, der zuletzt als Mitglied des bayrischen NPD-Landesvorstandes geführt wurde, nach seiner Versammlungsleitung in Bonn aber aus der Auflistung der Vorstandsmitglieder verschwand. Nach der Abspaltung seines offenkundig neonazistischen Flügels darf jetzt auch »pro München« in der PRO-Familie mitspielen.

Differenzen zwischen »Pro D« und »pro NRW« scheint es bei der Frage zu geben, wie deutlich man sich von der extremen Rechten abgrenzen sollte. Die »Bürgerbewegung pro Deutschland« bekennt sich »zu den Werten

der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland«. Man positioniere »sich innerhalb des Verfassungsbogens« und erteile »jeder Form von politischem Extremismus eine scharfe Absage.« Bei Beisicht klingt das etwas distanzierter: »Jeder, der in der Bundesrepublik Deutschland Politik betreiben will, muß sich zu den freiheitlich-demokratischen Grundwerten bekennen«. Diese Verlautbarung hielt ihn allerdings nicht davon ab, noch im Juni 2007 dem NPD-Organ »Deutsche Stimme« ein Interview zu geben. Und so erstaunt es nicht, dass trotz Teilnahme des DVU-Chefs Gerhard Frey und des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt auch Beisicht und der »Pro NRW«-Generalsekretär Markus Wiener anwesend waren, als die extrem rechte EU-Parlamentsfraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) am 25. September 2007 zu einem Treffen mit den deutschen Rechtsaußenparteien nach Straßburg eingeladen hatte.

Zeitweise schien es so, als würden Rouhs und Beisicht getrennte Wege gehen beim Versuch, das Konzept ihrer »Bürgerbewegung« über die Domstadt hinaus auszudehnen. Doch Ende Juli diesen Jahres schlossen sie eine Art Burgfrieden. Rouhs erklärte am 31. Juli seinen Beitritt zu PRO NRW und seine Mitwirkung beim Aufbau von Strukturen im Rheinland. PRO D werde bis zur Kommunalwahl 2009 »keinen aktiven Verbandsaufbau betreiben«, so Rouhs. Wenige Wochen später wurde er prompt zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei »Pro NRW« gewählt.

Im Sommer 2007 wurde auch die Gründung neuer Kreisverbände in NRW in die Wege geleitet. In Bonn, im Rhein/Sieg-Kreis, im Erftkreis (Hürth und Pulheim) und in Leverkusen. In Gelsenkirchen ist die Gruppierung nach dem Beitritt des früheren REP-Stadtverordneten Kevin Gareth Hauer bereits im Rat vertreten. Schon im Februar wurde die Gründung von »pro



[1]

[1] Pro Köln demonstriert am 16. Juni 2007 gegen einen Moscheeneubau.

Bottrop« gemeldet. Auch in Münster, Warendorf, Düsseldorf, Essen und im Oberbergischen Kreis sollen sich PRO-Gruppen bilden. Ebenso wird in Dormagen (Kreis Neuss) an einem Kreisverband und einem Wahlantritt im Jahre 2009 gebastelt.

Konkurrenz und Ausblick

»Insgesamt haben wir somit zwei Jahre vor den nächsten Kommunalwahlen und fast drei Jahre vor der NRW-Landtagswahl eine erfreuliche Zwischenbilanz vorzuweisen auf unserem Weg zu einer flächendeckenden Präsenz in Nordrhein-Westfalen«, meint Beisicht. Und freut sich über ›prominenten‹ Zuwachs beim Kampf gegen »Moscheebauten und andere Projekte der Multikultur-Fanatiker«. »Der bekannte Solinger Unternehmer Günther Kissel ist heute der Bürgerbewegung pro NRW beigetreten«, meldete er am 16. August. Dabei hatte die Firma des finanzkräftigen Auschwitzleugners erst kürzlich den Rohbau der Merkez-Moschee in Duisburg fertiggestellt.

Argwöhnisch beäugt wird die Entwicklung von der NPD, die in NRW kommunalpolitisch ihre Felle davonschwimmen sieht. NPD-Landesorganisationsleiter Timo Pradel wirft »pro Köln« eine Anbiederung an Systemparteien und »Abgrenzung zur authentischen nationalen Opposition in Gestalt von NPD und parteifreien Kräften« vor. Die militante Neonaziszene hat sich eine Meinung über die PRO-»Bewegung« schon gebildet. Das »Aktionsbüro Westdeutschland« nennt beispielsweise »pro Köln« eine »reaktionäre, populistische, philosemitische und absolut spießbürgerliche Partei«.

»Neue Rechtspartei gegründet«, titelte PRO NRW im Internet den Bericht über ihren Gründungsparteitag im September. »Eine weitere« könnte man hinzufügen, zumal zu erwarten steht, dass in diversen Kommunen in NRW drei Rechtsaußenparteien gegeneinander antreten werden, die um den politischen Raum rechts der CDU konkurrieren: REPs, NPD und PRO. Beisicht betont, man werde zu den Kommunalwahlen nur dort antreten, »wo sich noch keine rechte Partei im Stadtparlament etablieren konnte und wo sich genügend geeignete Leute vor Ort finden, die ihre ›pro-Bewegung‹ selbstständig und eigenverantwortlich führen können.«

Ob es in NRW trotz einer schwachen NPD und den immer bedeutungsloser werdenden REPs für Wahlerfolge nach Kölner Vorbild reichen wird, darf bezweifelt werden. Für den Einzug in das eine oder andere Kommunalparlament aber dürfte es reichen, insbesondere dort, wo es der selbsternannten »Anti-Islam-Partei« gelingt, sich durch Stimmungsmache gegen Moscheebauten zu profilieren. ■

Ermittlungziel Hausdurchsuchung

Vom Rechtsverständnis des Berliner LKA

Die Berliner Polizei genießt bundesweit nicht gerade einen guten Ruf in Bezug auf das Einhalten und Abwägen von Grundrechten, wenn es um das Vorgehen gegen AntifaschistInnen geht. Neben einigen Einsatzhundertschaften, die sich regelmäßig durch Gewaltexzesse gegen DemonstrationsteilnehmerInnen hervortaten, sind es insbesondere immer wieder Beamte des Berliner Landeskriminalamts (LKA), die fast alle Hemmungen fallen lassen, wenn es gegen AntifaschistInnen und Linke geht. Ein besonders drastischer Fall von Rechtsbrüchen und schikanösem Vorgehen lässt sich (und das ist eher die Ausnahme) anhand der Ermittlungsakte eines eingestellten Verfahrens nachzeichnen.

Der Stein des Anstoßes war ein Ermittlungsverfahren gegen einen Berliner Antifaschisten, dem zur Last gelegt wurde, einen Berliner Neonaziladen mit Farbe beschmiert zu haben. Bei der im Laufe der Ermittlungen wegen Sachbeschädigung durchgeführten Hausdurchsuchung wurde neben einigen Aufklebern auch ein Plakat mit Fotos von diversen Berliner Neonaziaktivisten aufgefunden. Die Fotos konnte man dabei herausschneiden und als Memory-Spiel verwenden. Dieses Plakat reichte aus, um die Maschinerie des Berliner LKA ingangzusetzen. So leitete der ermittelnde Beamte des LKA ein Verfahren gegen Unbekannt wegen Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz ein. Bereits die Einleitung dieses Verfahrens zeigte jedoch das dreiste Vorgehen der Beamten, da ein derartiger Verstoß ein Antragsdelikt ist und nicht von Amts wegen ermittelt werden darf. Nichtsdestotrotz ergeben sich für das LKA gleich diverse Ermittlungsansätze und ein konkreter Verdacht, denn die »Qualität der Aufnahmen sowie das gesamte Layout des Plakats lassen den Schluss zu, dass es sich bei den Fotografen um Personen handeln dürfte, die zum einen mit einer professionellen Fotoausrüstung unterwegs sind, und zum anderen um Personen, die an der Namhaftmachung politisch mißliebiger Personen ein gesteigertes Interesse haben«. Besonders auffallend ist bereits in diesem Stadium der Ermittlungen, dass sich der Ermittlungseifer der Krimalpolizisten nicht etwa gegen die Urheber des Plakates, sondern – ohne jede Begründung – gegen die Fotografen, die die Fotos geschossen haben sollen, richtet. Auch dies mutet äußerst befremdlich an und wäre wohl kaum durch das Kunsturhebergesetz gedeckt. Doch für das LKA kommt mit diesem Ansatz zusammen, was zusammen gehört, schließlich kennt man diverse Journalisten, die man immer mal wieder am Rande von Demonstrationen antrifft und die den Beamten von je her suspekt schienen. Schließlich »[..] war in der Vergangenheit immer wieder zu beobachten, wie Personen, die dem äußeren Anschein nach der linken/linksextremistischen Szene zuzuordnen sind, gezielt Aufnahmen von Versammlungsteilnehmern der rechten Aufzüge anfertigten.« Da dieses Verdachtsmuster jedoch auch auf viele Berliner Lokaljournalisten zutreffen würde, hat sich das LKA ein weiteres Kriterium geschaffen, um »gute« von »bösen« Journalisten unterscheiden zu können – nämlich den Arbeitseifer: »Die zu beobachtende Vehemenz bei der Aufnahmenfertigung übersteigt nach allgemeiner Lebenserfahrung die journalistische Neugier bei weitem.«

Nachdem das Täterprofil klar umrissen war, brauchte es nur noch Verdächtige, um den Apparat vollends in Bewegung zu setzen. Da sich auf dem Plakat kein Urheberhinweis befand, musste eine andere Strategie her: Es wurden kurzerhand auf dem nächsten Neonaziaufmarsch in Berlin alle Fotojournalisten mit professioneller Ausrüstung und oben beschriebenem Verhalten kontrolliert und zu Verdächtigen erklärt, immerhin 26 Personen, von denen sich die überwiegende Mehrheit mit Presseausweisen als Journalisten zu erkennen gab. Sechs dieser Personen wählte man als besonders Verdächtige aus und führte das Verfahren gegen sie fort. Weitere sechs Personen wurden aus einer anscheinend beim

Berliner LKA geführten Datei über Fotojournalisten hinzugenommen. Über diese zwölf Personen wurden nun erstmal alle kriminalpolizeilichen und LKA-Internen Erkenntnisse zusammengetragen. Außerdem wurden alle Wohnanschriften zusammengetragen sowie versucht die Arbeitsstätten der Betroffenen zu ermitteln. Da die Berliner Polizei aber eher misstrauisch zu sein scheint, wurde den ermittelten Wohnanschriften nicht getraut und eine Observation aller Beschuldigten angeordnet. Natürlich ohne richterlichen Beschluss. Dabei wurde dann ermittelt, dass einige der Beschuldigten an ihren Meldeanschriften zu wohnen scheinen, andere wiederum jedoch nicht. Allerdings konnte von diesen auch nicht die vermeintlich Echte Wohnanschrift ermittelt werden. Dafür waren wiederum andere Kollegen recht fleißig und starteten eine ausgiebige Internetrecherche. Zuerst durchsuchte man diverse Internetseiten nach den Fotos, die auch auf dem Plakat abgebildet waren und wurde teilweise fündig. Unter anderem bei Indymedia und diversen Bildagenturen. Dann besann man sich einer effektiveren Ermittlungsmethode: Man tippte die Namen der Verdächtigen einfach bei Google ein und förderte folgendes zu Tage: Einige der Verdächtigen arbeiten in der Medienbranche, z.B. bei Taz, Jungle World, RTL oder sind gar Inhaber von Fotoagenturen oder Medienwebsites. Einer der Verdächtigen soll sogar gewählter Delegierter eines FDP-Ortsverbandes sein, ein anderer wiederum scheint bei einem Stromkonzern beschäftigt. Spätestens hier hätte dieses Verfahren nach allen Maßstäben der Verhältnismäßigkeit und des allgemeinen Menschenverstandes eingestellt werden müssen. Nicht jedoch beim Berliner LKA. Nach fünfmonatiger Ermittlungsarbeit, die sich ausschließlich auf Personalienkontrollen von mit Presseausweisen akkreditierten Journalisten, sowie das Eintippen von deren Namen in das Suchfeld von google.de beschränkte, kam man zu dem Schluss, dass es nun an der Zeit wäre, das Mittel einzusetzen, welches Kern vieler beim LKA beheimateter Verfahren gegen AntifaschistInnen ist: die Hausdurchsuchung. Obwohl wegen des hier beschriebenen Sachverhalts von Amtswegen gar nicht hätte ermittelt werden dürfen und obwohl keinerlei tragfähige Indizien oder gar ein hinreichender Tatverdacht gegen die beschuldigten Journalisten vorlag, beantragte das Berliner LKA für alle zwölf Fotografen und deren Arbeitsstätten (unter anderem RTL, Taz, usw.) einen Durchsuchungsbeschluss bei der Berliner Staatsanwaltschaft. Außerdem wurde angeregt, alle Personen langfristig verdeckt zu observieren, da ja bei einigen die Wohnanschrift nicht einwandfrei ermittelt werden konnte. Gefunden werden sollten bei den Durchsuchungen neben Datenträgern aller Art auch die Handys der Beschuldigten, was insofern verwundert, dass das Fotografieren mit Handys an sich ein vom LKA eingeführtes Abgrenzungsmerkmal zwischen Profis – die man ja suchte - und Amateuren ist. Nach diesem Antrag bei der Staatsanwaltschaft folgte das für Berliner AntifaschistInnen sicherlich bemerkenswerteste an dem gesamten Verfahren: Der Antrag wurde abgelehnt. In knappen Worten stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass weder eine Straftat vorliege, es sich weiterhin um ein Antragsdelikt handele und somit das gesamte Verfahren unverzüglich einzustellen sei. Desweiteren wurde dieser Beschluss noch mit einer Anmerkung versehen, die eine Ohrfeige für das Berliner LKA darstellen dürfte. So seien selbst wenn ein Anfangsverdacht vorgelegen hätte, was die Staatsanwaltschaft verneint, die angedachten Ermittlungsmethoden wie Hausdurchsuchungen und langfristige Observationen nicht durch die Strafprozessordnung gedeckt gewesen, da sie völlig unverhältnismäßig seien. Auch wenn dieses Verfahren aus Sicht der Betroffenen noch einmal glimpflich und insbesondere ohne die Folgen von Hausdurchsuchungen und weiteren Repressionsmassnahmen ausgegangen ist, ist es dennoch bezeichnend für das Vorgehen des Berliner LKA. In diesem Fall wurde weder auf elementare Grundrechte von Beschuldigten Rücksicht genommen, noch wurde in irgendeiner Weise seriös ermittelt. Ziel dieser mit AntifaschistInnen befassten Abteilungen scheint Repression um jeden Preis zu sein. Selbst wenn wie im vorliegenden Verfahren Straftaten erst durch das LKA erfunden werden müssen, um dann auf deren Grundlage aktiv zu werden. Bemerkenswert ist vor allem, wie unbehelligt durch Politik und Medien das LKA dabei vorgehen kann: Sind prügelnde Beamte aus geschlossenen Einsatzhundertschaften immer mal wieder eine Schlagzeile wert, scheint das LKA sich keinerlei öffentlicher Kontrolle aussetzen zu müssen. So verwundert es nicht, dass das Berliner LKA sich wohl eher als eine Art Geheimdienst mit ganz eigener Rechtsgrundlage, denn als Kriminalpolizei versteht. Hausdurchsuchungen werden häufig weniger zur Aufklärung von Straftaten, sondern als repressive Massnahme eingesetzt, um die Betroffenen einzuschüchtern und von ihrem politischem Engagement abzubringen. So dürfte auch dieses Verfahren trotz des für das LKA unrühmlichen Endes seine Wirkung nicht verfehlt haben: Bei einem der Beschuldigten wurden diese Ermittlungen in einem anderen Verfahren trotz ihrer Rechtswidrigkeit benutzt, um zu argumentieren, dass er ein Antifafotograf sei und damit eine Hausdurchsuchung zur Beschlagnahmung seiner Kameraausrüstung zu begründen und durchzuführen. ■

»morto per la liberta«

Die Sentieri Partigiani in Italien

Seit mehr als 10 Jahren findet im italienischen Reggio nell Emilia die »Sentieri Partigiani« statt. Rund 70 TeilnehmerInnen wandern dabei auf den Wegen, auf denen die PartisanInnen während der deutschen Besatzung gegangen waren. An verschiedenen Plätzen treffen sie dann ehemalige Mitglieder der Resistenza und ZeitzeugInnen, die ihre Erlebnisse erzählen. Organisiert wird das alljährliche Treffen vom »Institut für die Geschichte der Resistenza und für Zeitgeschichte« (ISTORECO).

Das 1965 gegründete ISTORECO in Reggio nell Emilia besitzt mehr als 100.000 Originaldokumente aus der Zeit der Resistenza und gehört zu einem Netz von 60 weiteren Geschichtsinstituten. Die Bestände werden ausgewertet und dienen als Grundlage weiterer Projekte. Eines davon ist die »Sentieri Partigiani«, die jedes Jahr um den 8. September stattfindet.

Der Tag ist kein Zufall, denn am 8. September 1943 besetzten deutsche Truppen Italien nach der Waffenstillstandserklärung gegenüber den Alliierten. Vorausgegangen war die Absetzung und Inhaftierung Mussolinis im Juli 1943.

Bereits kurz nach der Besatzung regte sich erster Widerstand, wenn auch noch nicht so zahlreich und organisiert wie wenig später.

Weite Teile der Bevölkerung standen vor der Wahl, mit den Nazis zu kollaborieren oder illegal Widerstand zu leisten. Dieser »Moment der Entscheidung« führte dazu, dass tausende – darunter viele sehr junge – Menschen sich zum Widerstand entschieden und in der Resistenza aktiv wurden. Sei es als bewaffnete PartisanInnen, sei es als Stafetten, sei es als BürgerInnen, die Nahrung, Kleidung und Unterschlupf boten.[1]

Einige der ehemaligen PartisanInnen sind nun bei der »Sentieri Partigiani« dabei. Sie erzählen von ihren Motivationen, ihren Aktionen aber auch ihren Ängsten. Heldengeschichten oder Kriegsromantik gibt es nicht. Einer von ihnen ist Pierino Beggi, der als Stadtguerilla in Reggio nell Emilia aktiv war. In einer »Nacht und Nebel«-Aktion versteckten sie den historischen Hauptvorhang des Valli-Stadttheaters, welcher als Kunstraub nach Nazideutschland gebracht werden sollte. Dazu rollten sie den gemalten Vorhang in einem 28 Meter langem Kupferrohr zusammen und brachten ihn so in den Keller einer stadtauswärts gelegenen Villa. Nach Kriegsende konnte er ans Theater zurück gegeben werden, wo er bis heute zu sehen ist.

Giacomina Castagnetti war eine der zehntausenden Frauen, die den bewaffneten Widerstand unterstützten. Die heute 82-jährige war 18 Jahre, als sie begann für Nahrung, für Kleidung, für Waffen und Informationen zu sorgen. »Es war eine Armee ohne Uniform und ohne Nachschub und Nahrungsmittel, es war eine Armee ohne alles. Sie hatten nichts von dem, was eine reguläre Armee hat. Also versuchten wir Frauen, die kleinen Dinge zu besorgen. Für euch mag das heute nichts bedeuten, aber für uns bedeutete es, sein Leben aufs Spiel zu setzen, wenn man von Haus zu Haus ging, um die Familien um eine Hose, Handschuhe, Pullover oder ein paar Schuhe zu bitten, ...[2]

Diese Dienste waren nicht nur äußerst wichtig, sondern auch gefährlich. Enttarnte wurden gefoltert oder ermordet. Eine der häufigsten Methoden der Faschisten war die Folter mit heißen Bügeleisen. Viele Racheaktionen richteten sich gegen die Zivilbevölkerung in den kleinen Dörfern.

Die größten Massaker in Italien verübten deutsche Truppen in St. Anna di Stazzema und Marzabotto. Bei



[1] Von Partisanen in Genua gefangengenommene deutsche Soldaten
[2] Garibaldi-Partisanen während der Kämpfe in Florenz

letzterem wurden vom 29. September bis 5. Oktober 1944 770 Menschen auf brutalste Weise ermordet. Auch für Kleinkinder gab es kein Erbarmen. In mehreren Fällen wurden schwangeren Frauen der Bauch aufgeschlitzt und die Föten als Zielscheiben in die Luft geworfen.

Bereits einige Jahre zuvor beginnt die systematische Verfolgung von Jüdinnen und Juden. Von den rund 40.000 in Italien lebenden werden mehr als 8500 verhaftet und deportiert.

Das Lager Fossoli

Dabei spielt das Lager Fossoli bei Carpi, unweit von Reggio nell Emilia, eine wichtige Rolle. Durch die gute Anbindung an das Eisenbahnnetz dient es als Durchgangslager. Auch der bekannte italienische Autor Primo Levi zählte zu den dortigen Inhaftierten. Seine Aufzeichnungen in dem Buch »Ist das ein Mensch?« zählen zu den wenigen Berichten über das Lager. Er wurde zusammen mit den Jüdinnen und Juden aus Reggio nell Emilia nach Auschwitz deportiert und überlebte als einer von Wenigen.

Dagegen galt es zu kämpfen und viele junge Leute zogen in die Berge. Waren es anfangs erst Einzelne, die begannen die Struktur und Organisation des Widerstands zu organisieren, wurden es im Zuge der Besatzung immer mehr. Die Dimension, welche die Resistenza erreichte, belegen eindrucksvoll die Zahlen der nach dem Krieg als kämpfende PartisanInnen anerkannten Menschen. Unter den 185.000 befanden sich 35.000 Frauen.[3]

Sie zeigten, dass es möglich war, sich gegen ein menschenverachtendes Regime aufzulehnen.

Giacomo Notari (80), der heute Vorsitzender des PartisanInnenverbandes Associazione Nazionale Partigiani d'Itali (A.N.P.I) in Reggio nell Emilia ist, redete auf der Abschlussveranstaltung der »Sentieri Partigiani« in Casina, einem kleinen Ort im Apennin. Die TeilnehmerInnen, die seit drei Tagen durch das Gebirge wanderten und mehrere hundert Höhenmeter beschritten hatten, sind auch während des letzten Zeitzeugengespräches noch aufmerksam. Viele von ihnen haben zum ersten Mal an der Wanderung teilgenommen und viele von ihnen werden auch nächstes Jahr wieder dabei sein.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte und die Diskussionen zwischen jungen AntifaschistInnen und ehemaligen WiderstandskämpferInnen werden hoffentlich auch in Zukunft noch als wichtig und notwendig erachtet, geben sie doch nicht nur Kraft, sondern auch die Möglichkeit eigenes Handeln zu reflektieren.

Notari sprach auch davon, dass er Mitte September als Zeuge in einem Gerichtsverfahren am Militärgericht La Spezia auftreten wird. Dort vertritt er den A.N.P.I., der in diesem Verfahren erstmalig als Nebenkläger zugelassen wurde. Im selben Gericht waren auch die Mörder von St. Anna di Stazzema verurteilt worden, die nach wie vor in Deutschland unbehelligt leben. Notari sprach von der Hoffnung, dass so viele Jahre danach, die Mörder ihre Strafe erhalten und doch noch Gerechtigkeit walten möge. Es ist Auftrag und Vermächtnis der jungen AntifaschistInnen, dafür einzutreten. ■



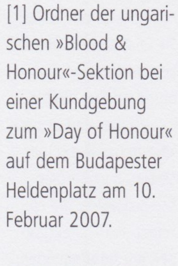
1| Stafetten waren vorwiegend Frauen, die nicht bewaffnet waren. Sie leisteten die überlebenswichtige »Hintergrundarbeit«, welche logistischer und organisatorischer Natur war. Stafetten versorgten beispielsweise die einzelnen Partisanengruppen mit Informationen, Waffen und Lebensmitteln.
2| www.resistance-archive.org
3| ebenda

Brauner Mob am Donaustrand

Seit den Krawallen extrem rechter Gruppen gegen die sozialdemokratisch-liberale Regierung im Herbst vergangenen Jahres in Budapest hat der Aufschwung von völkischem Nationalismus, offenem Antisemitismus und rassistischen Übergriffen gegen Roma nicht abgenommen. Letzter Höhepunkt war die Vereidigung der paramilitärischen »Ungarischen Garde« am 25. August 2007 in der Hauptstadt Ungarns.


[1]

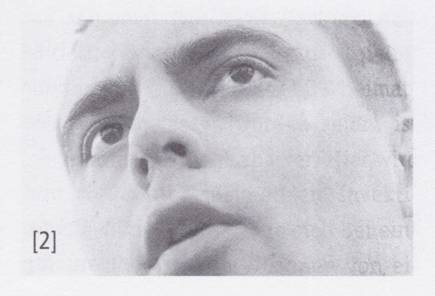
Schwarz uniformiert, in militärischer Formation nahmen 56 Gardisten unter dem Beifall von mehr als 1.000 begeisterten Zuschauern und gesegnet von verschiedenen christlichen Priestern Urkunden aus den Händen von Lajos Fürs, dem Ex-Verteidigungsminister der ersten Nachwende-Regierung, entgegen. Rot-weiße Arpad-Fahnen und die grünbraunen Uniformen des sich ebenfalls die Ehre gebenden »Nationalen Wachregimentes« versahen die Gründungsfeier mit den Symbolen des historischen Ungarntums und der faschistischen »Pfeilkreuzer« aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Bürgerwehren sind Trend in Ungarn. Mit der »Ungarischen Garde« aber entstand nun der militärisch organisierte Arm der extrem rechten Partei Jobbik. Der Chef dieser »Bewegung für ein rechteres Ungarn«, Gabor Vona, ist mit 29 Jahren zugleich Gardeführer und unterstützte zwischen 1998 und 2002 die nationalkonservativen FIDESZ-Regierung beim Aufbau sogenannter »ziviler Bürgerkreise, die bereitstehen, wenn die Zeit kommt«. Die bisher 300 Gardemitglieder sollen nach seinen Plänen auf 1000 ansteigen, um den »geistig-moralischen und physischen Verfall des Ungarntums« und die Gefahren seitens der Nachbarstaaten mit ungarischen Minderheiten zu begegnen. Dazu werden die Gardisten auch im Umgang mit Waffen ausgebildet.


[1] Ordner der ungarischen »Blood & Honour«-Sektion bei einer Kundgebung zum »Day of Honour« auf dem Budapester Heldenplatz am 10. Februar 2007.

[2] Der Gardeführer Gabor Vona ist Chef der »Bewegung für ein rechteres Ungarn«.

Aus der Mitte

FIDESZ, der »Ungarische Bürgerbund«, unterhält vielfältige Beziehungen zu extrem rechten Organisationen und Medien, namentlich über den populären Journalisten Istvan Lovas. Als einzige im Parlament vertretene Partei verurteilte sie nicht die Gründung der Garde. FIDESZ-Abgeordnete Maria Wittner hielt eine Lobesrede bei der Zeremonie. 1988 aus der Oppositionsbewegung hervorgegangen, findet die Partei auch in der bürgerlichen Mitte Unterstützung und konnte bei den Wahlen 2002 und 2006 über 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Der Publizist William Totok führt diesen Erfolg auch auf die Unterschätzung im Ausland zurück: »Ungarn hatte im Westen schon vor 1990 ein gutes Image, was auch an einer geschickten Lobbyarbeit lag. Deshalb wurden die nationalistischen Entgleisungen der Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán vom westlichen Publikum ebenso geflissentlich übersehen wie die gefährliche Verbreitung von


[2]



[1]

Rassismus und Antisemitismus in Ungarn.«

Auch die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky verweist auf die Toleranz der Europäischen Volkspartei gegenüber völkischer Rhetorik seitens ihres Fraktionsmitglieds FIDESZ sowie auf den mittlerweile verstorbenen Georg Brunner, Völkerrechtler an der Kölner Universität und Berater der Ungarischen Regierung im Sinne einer Grenzrevision nach ethnischen Gesichtspunkten. Nicht das Konzept der Willensnation, sondern der Kulturnation wurde Leitbild der neuen Demokratien in Osteuropa. Angesichts von Globalisierung und EU-Erweiterung entwickelte sich der Schutz der Nation zur Biologisierung des Volkskörpers. Ungar sein war gleichbedeutend mit Christ sein, seit 2005, im Parlament fast einstimmig verabschiedet, erhielten »Auslandsungarn« einen »Magyarenpass«. Juden, Roma und Homosexuelle wurden zum offenen Feindbild breiter Teile der Bevölkerung.

Antisemitismus

»Mit zunehmender Sorge beobachten wir, wie in den letzten anderthalb Monaten, durch die Zunahme rechtsradikaler Vorfälle, auch der letzte Rest unseres Sicherheitsgefühls verschwunden ist. Seit 50 Jahren wurden wir nicht mehr mit Ähnlichem konfrontiert.«

Die »Zweite Generation Juden Ungarns« erinnert in ihrem »Aufruf gegen ansteigenden Antisemitismus« auch mahnend an die 500.000 ungarischen Juden, die während des Holocaust in Zusammenarbeit deutscher und ungarischer Faschisten ermordet wurden. Veröffentlicht im November 2006 folgte es den Krawallen gegen die Regierung von Premier Ferenc Gyurcsany, als vor allem konservative Jugendliche, FIDESZ-Anhänger und Hooligans dem Aufruf rechter Organisationen folgten, die sozialdemokratisch-liberale Regierung zu stürzen. Anlass war die Veröffentlichung des interne Eingeständnis von taktischen Wahllügen seitens Gyurcsany. Es kam zu schweren Zusammenstößen auf den Strassen Budapests und die Rechte hatte in dem Premier eine perfekte Projektionsfläche antisemitischer Vorurteile gefunden: er ist Millionär, Neoliberaler und als Exkommunist und Sozialdemokrat ist er Bolschewik. Organisationen wie die Jobbik profitierten vom Aufschwung der extrem rechten Oppositionsbewegung. Die Vereidigung der »Ungarischen Garde« war nicht ohne Grund auf dem Burggelände vor dem Amtssitz des Präsidenten angesetzt, ihr erklärtes Ziel ist die Beseitigung der linksliberalen Regierung. Hindeja Farah berichtet im Magazin NEON auf Basis von Interviews von der Begeisterung Jugendlicher während und nach den Krawallen, etwas handfestes und konspiratives für die Heimat getan zu haben. »Cool sein, das bedeutet konservativ sein, eher rechts als links sein. (...) Alles was von links kommt ist gestrig und verdächtig. Utopien, Lateinamerika, Gender Studies – mieft alles nach Marx.« Dazu kommt eine seit Jahren florierende rechte Hooligan- und Skinheadszene, welche nicht außerhalb der Gesellschaft steht. Ungarn ist beliebter Veranstaltungsort der Blood & Honour-Szene. Am 10. Februar 2007 nahmen 800 Neonazis an der Gedenkveranstaltungen zum »Tag der Ehre« teil. Alljährlich wird hier den »heldenhaften Verteidigern der Kesselstadt Budapest« gedacht.

Auch ausländische Prominenz war zum Redebeitrag geladen: NPD-Chef Udo Voigt war zusammen mit Eckart Bräuniger und Matthias Fischer angereist. Die Bildung von Bürgerwehren und uniformierten paramilitärischen Verbänden in Osteuropa nimmt ebenso zu wie die Wählerstimmen nationalistischer Parteien. Die Nationalgarde und ATAKA in Bulgarien, Großrumänien-Partei und Noua Dreapta in Rumänien, die Slowakische Nationalpartei oder die Kaczynski-Brüder und ihre Koalitionspartner in Polen folgen ähnlichen politischen Strategien. Die Kaczynski-Brüder sind neben Jörg Haider die Vorbilder des Ungarischen Gardisten Gabor Vona. Die jüngsten Budapester Krawalle rund um den Jahrestag des Ungarnaufstandes im Oktober 2007 wurden ausschließlich von extrem rechten Gruppen organisiert und im Internet mobilisiert. Zwar distanziert sich FIDESZ von den gewalttätigen Ausschreitungen, die Konflikte zwischen FIDESZ und der extremen Rechten haben jedoch Tradition und Basis. FIDESZ fürchtet zudem die Konkurrenz einer neuen radikaleren Rechten. ■

Neonazi-Skinheads in Israel

Nachdem in Israel eine Gruppe militanter Neonazis festgenommen wurde sind Antisemitismus in Israel und die israelische Immigrationspolitik wieder im Focus der Öffentlichkeit.

Über ein Jahr ermittelte die israelische Polizei gegen eine Gruppe Neonazis, nachdem in Petah Tikva, einer Stadt bei Tel Aviv, zwei Synagogen beschädigt und mit Hakenkreuzen beschmiert worden waren. Mitte August wurden dann acht Männer im Alter von 16–21 Jahren festgenommen, ein Beschuldigter konnte ins Ausland fliehen. Die gesamte Gruppe bestand aus Kindern russischer Immigranten die seit 1990 nach Israel gekommen waren. Über Monate hinweg hatte die Neonazi-Gruppe orthodoxe Juden, Homosexuelle, Drogenabhängige und Immigranten in und um Tel Aviv brutal angegriffen und ihre Taten dabei gefilmt. Bei den Hausdurchsuchungen fand die Polizei NS-Propagandamaterial, neun Kilogramm Sprengstoff, Pläne Hitlers Geburtstag in der Gedenkstätte Yad Vashem zu feiern, Pistolen, und ein M16-Gewehr. Die Gruppe scheint weder einer Partei noch einer größeren neonazistischen Organisation anzugehören, verfügte aber über Kontakte zu russischen Neonazis wie der Gruppe »Format 18«. Tätowiert mit »White-Power«, »Skrewdriver« oder der »Schwarzen Sonne« unterschieden sie sich durch nichts von ihren neonazistischen Kameraden in aller Welt.

Lieber Russen als Araber

Der Fall der israelischen Neonazis ist eng verknüpft mit der Immigrationspolitik Israels. Seit der Änderung des »Rückkehrgesetzes« 1970, dass allen Menschen die Einwanderung nach Israel erlaubte die unter den Nazis verfolgt worden wären, kam es ab 1990 zu einer starken Einwanderung aus der Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Die meisten dieser Neueinwanderer sehen sich selber aber nicht als Juden, was für die Einwanderung auch belanglos war; Hauptsache es konnte ein jüdischer Großelternteil nachgewiesen werden. Auffallend ist, dass es fast immer Jugendliche dieser Einwanderergeneration sind, die durch Neonazi-Aktivitäten auffallen. Auch die Festgenommenen sehen sich nicht als Juden, sondern als weiße Christen.

Amos Hermon, Kopf der »Jewish Agency Gruppe gegen Antisemitismus« erklärte, dass der Grund für einige wenige Neonazis in der russischen Community das Scheitern des Staates sei, diese in die israelische Gesellschaft zu integrieren. Es sei aber völlig unzulässig, die gesamte Aliya (Auswanderung nach Israel) aus der ehemaligen UDSSR deswegen in Frage zu stellen. »Die entsprechende problematische Gruppe ist sehr klein, wir sprechen hier über zehn bis zwanzig Kinder die der jüdischen Gemeinschaft schreckliches antun«.

Dabei wurde das Problem lange ignoriert: Die Polizei von Petah Tikva teilte in der Vergangenheit auf Anfragen von Reportern mit, dass es keine antisemitischen Vorfälle in der Stadt geben würde und sie nur von einer kleinen Gruppe harmloser Skinheads wüssten.

Diskussionen

Die israelische Öffentlichkeit reagierte geschockt auf die Umtriebe der Neonazigruppe. Schlagzeilen wie »Großmutter überlebte den Holocaust, Enkel ist ein Nazi« dominierten einige Tage lang die Schlagzeilen. Paradoxerweise können die Jugendlichen aber in Israel nicht wegen neonazistischer Aktivitäten angeklagt werden, Israel hat eine schwächere Gesetzgebung gegen Neonazis als europäische Länder. So sind die Jugendlichen zwar wegen ihrer Angriffe angeklagt, nicht jedoch wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Neonazigruppe. Auch das Zeigen neonazistischer Symbole ist in Israel bislang nicht verboten.

Knesset-Abgeordnete nationalistisch-religiöser Parteien nutzten den Neonaziskandal um die von ihnen schon seit längerer Zeit kritisierte Praxis des »Rückkehrrechts« anzugreifen: »Wir reden über die zweite Generation von Nicht-Juden, und die Distanz solcher Personen zum Judentum ist sehr groß (...) sie untergraben den jüdischen Charakter unseres Staates.« Sie forderten die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der Verhafteten und deren Abschiebung sowie in Zukunft eine Prüfung der Einwanderungswilligen und eine Probezeit.

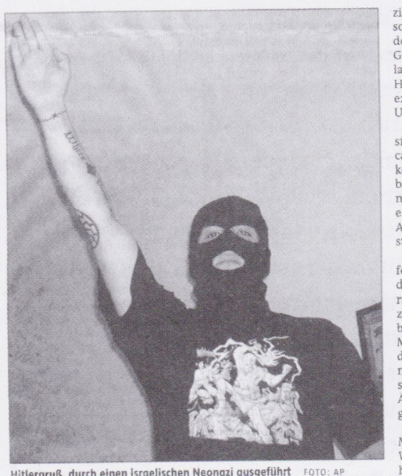
Faksimile aus der tageszeitung (taz) vom 10. September 2007.

Israelische Nazis nennen sich „weiße Ch

Acht Neonazis sowjetischer Herkunft werden in Israel verhaftet. Sie hatten Ausländer, Homosexuell
Juden angegriffen und wahrscheinlich Synagogen geschändet. Nun soll das Einbürgerungsgesetz ge

JERUSALEM taz ■ Acht junge Israelis mit Springerstiefeln, die Hand ausgestreckt zum Hitlergruß – dies war gestern das Titelbild der auflagenstärksten israelischen Tageszeitung *Jediot Ahronot*. Zuvor hatte die Polizei bekannt gegeben, nach mehr als einjähriger Fahndung eine Zelle von acht in Israel lebenden Neonazis verhaftet zu haben.

Die 17 bis 20 Jahre alten Jugendlichen sollen im Namen der „Überlegenheit der weißen Rasse" Ausländer, Drogensüchtige und gläubige Juden in ihrer Nachbarschaft angegriffen haben. Ferner werden sie verdächtigt, letztes Jahr zwei Synagogen im Tel Aviver Vorort Petah Tikva geschändet zu haben. Bei der Festnahme der Gruppe wurden neun Kilogramm Sprengstoff sichergestellt. Außerdem fanden die Beamten bei Hausdurchsuchungen belastendes Bildmaterial: Die Mitglieder der Zelle hatten sich mit ihren Handys dabei verewigt, wie sie Passanten mit Knüppeln, zerbrochenen Bierflaschen und Schlagringen angriffen. Ferner wurde Propagandamaterial ausländischer neona-



Hitlergruß, durch einen israelischen Neonazi ausgeführt FOTO: AP

zistischer
schlagnahm
des 19-jähr
Gruppe, der
land geflüc
Hinweise au
extremen C
USA und Ru
Nun ist
sich gerade
caustopfer
könnten, s
bar. Der
mierminist
es handele
Ausnahmef
stritt dies a
Nun will
fen. Jischai
derung, der
raelische S
zuerkennen
ben, große
Massenme
das nicht
nete aus d
schen Spe
Änderung
gesetze.
Da Israel
Menschen
Welt als Ju
haben Nac

Russland-Solidarität

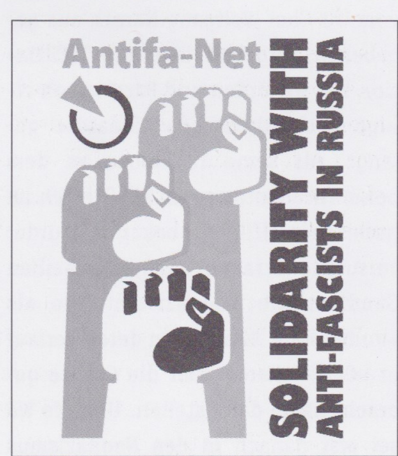
So skurril das Auftreten von Neonazis in Israel zunächst erscheinen mag, ist es, angesichts der starken Einwanderung von Nicht-Juden, nicht. Dennoch ist es wohl ausgeschlossen, dass diese kleinen Grüppchen je über ihr Image als lokale Bürgerschrecks herauskommen werden. Unwahrscheinlich ist auch, dass es in Zukunft eine Änderung der Einwanderungspolitik geben wird, zu wichtig ist für Israel die Immigration. Wahrscheinlicher sind neue Gesetze, die sich dem bisher nicht aufgetretenen Problem von Neonazi-Skinheads in Israel widmen werden. Ob diese allein allerdings ausreichen, um eine weitere Existenz einer kleinen neonazistischen Subkultur zu verhindern, bleibt fraglich.

Zur Dokumentation neonazistischer Aktivitäten haben sich bislang keine Antifa-Gruppen gebildet. Allerdings existiert bereits seit 1999 das »Informationszentrum für Opfer von Antisemitismus in Israel« welches von dem orthodoxen Juden Zalman Gilichensky, der 1989 aus Moldawien eingewandert ist, gegründet wurde. Zalman Gilichinsky berichtet: »Alle paar Tage bekommen wir Berichte über antisemitische Angriffe oder Vandalismus. Jeder der behauptet, Antisemitismus würde hier nicht existieren, hat unrecht. In jeder Stadt Israels gibt es eine Gruppe wie die von Petah Tikva – vielleicht nicht so brutal und offensichtlich, aber sie existiert.«

Seine These wird dadurch gestärkt dass direkt nach den Festnahmen in anderen Städten Israels neue Hakenkreuze an Synagogen gesprüht wurden. Das Informationszentrum zählte seit 2002 über 500 antisemitische Vorfälle in Israel, davon waren die meisten Sachbeschädigungen. ■

Solidarität mit den russischen AntifaschistInnen!

AntifaschistInnen leben gefährlich in Russland. Einschüchterung, Terror und Mord durch eine neue Generation von Neonazis sind alltäglich. Die Welle der Gewalt erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt diesen Sommer, als Videoaufnahmen von einer kaltblütigen Hinrichtung von zwei Menschen durch Neonazis im Internet auftauchten. Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache: 122 Menschen wurden in den letzten zweieinhalb Jahren von Rassisten und Faschisten ermordet. Die Zahl der (Neonazi)skinheads in Russland wird auf 70.000 geschätzt. AntifaschistInnen werden systematisch angegriffen und sogar ermordet. Die Täter werden oft nur wegen »Hooliganismus« verurteilt. Präsident Putin hat versprochen, die extreme Rechte zurückzudrängen. Getan hat er nur wenig. Die AntifaschistInnen sind nicht nur zahlenmäßig unterlegen, sondern angesichts des weit verbreiteten Hasses und der Brutalität gegen nationale, ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten auch politisch isoliert. Bloßes »antifaschistisches Aussehen« heißt zur Zielscheibe für Neonazis zu werden, die in den meisten russischen Städten über die Straßen patroullieren, um nach Opfern Ausschau zu halten. In St. Petersburg und Moskau sammeln Neonazis Informationen, um AntifaschistInnen ausfindig zu machen und attackieren sie mit manchmal tödlicher Gewalt.



Frühere antifaschistische Kampagnen gegen die öffentliche Verwendung von Neonazisymbolen und den Handel mit rassistischer Propaganda waren teilweise erfolgreich – die Reaktion der Neonazis war die Ermordung des antifaschistischen Experten und Menschenrechtlers Professor Nikolai Girenko in seinem Wohnhaus in St. Petersburg. Die Offiziellen reden voller Stolz vom Krieg gegen Nazideutschland, allerdings von einem nationalistischen Standpunkt aus. Die Neonazis beanspruchen, die »russische Identität« und die »Interessen der russischen Nation« zu verteidigen. Die Tolerierung der faschistischen Gewalt ist ein Resultat des anwachsenden Nationalismus, der auch von offizieller Seite als Heilmittel gegen die nationalen Minderwertigkeitskomplexe angepriesen wird, die vom Zusammenbruch der Sowjetunion herrühren. AntifaschistInnen in Russland benötigen dringend finanzielle und materielle Mittel, die sie selbst nicht aufbringen können. Mit dem nötigen Geld könnten sie Flugblätter drucken, Kampagnen organisieren und AnwältInnen bezahlen. Sie könnten außerdem eine bessere und modernere Infrastruktur aufbauen, die ihnen eine funktionierende Vernetzung ermöglichen würde, z.B. mit Computern. Dies wird nur möglich sein durch die internationale Solidarität aller AntifaschistInnen und AntirassistInnen mit den russischen GenossInnen. Deshalb ruft Antifa-Net international zu Spenden auf. ■

Das AIB ist Teil der internationalen Vernetzung Antifa-Net. Antifa-Net – International Antifascist Network for Research and Action wurde im Januar 2004 gegründet. Beteiligt sind Gruppen aus Deutschland, Niederlande, Österreich, Norwegen, Dänemark, Schweden, Polen, Russland und USA.

Spenden an:
A.Hoffmann
Konto-Nr. 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort: Enough/Russland
(unbedingt angeben!)

Die »Jugendtorheiten« eines Parteichefs

Nach anfänglichem Leugnen und empörtem Zurückweisen musste FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache Ende August 2007 gestehen, dass er zu Silvester 1989 an einem illegalen Treffen der neonazistischen Wiking Jugend (WJ) an der gerade durchlässig gewordenen innerdeutschen Grenze teilgenommen hatte und über Stunden von der Polizei angehalten worden war.

Damit holte den aufsteigenden Stern der Völkischen innerhalb nur weniger Monate neuerlich seine Vergangenheit ein. Aber wie schon im Fall der Ende 2006 publik gewordenen Wehrsport-fotos wurde daraus kein Skandal, vor allem weil die regierende Sozialdemokratie aus machttaktischen Gründen sich weigerte, daraus einen zu machen.[1] Zu nützlich scheint ihnen ein FPÖ-Obmann zu sein, mit dem sogar die konservative ÖVP nicht mehr koalieren kann. Und so sichert Strache der SPÖ die Kanzlerschaft, weswegen er von deren Wortführern beständig umschmeichelt und verharmlost wird. Darum erklärte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) schon Straches paramilitärische Übungen zu »Jugendtorheiten«, aus welchen man ihm »keinen Strick« drehen dürfe.

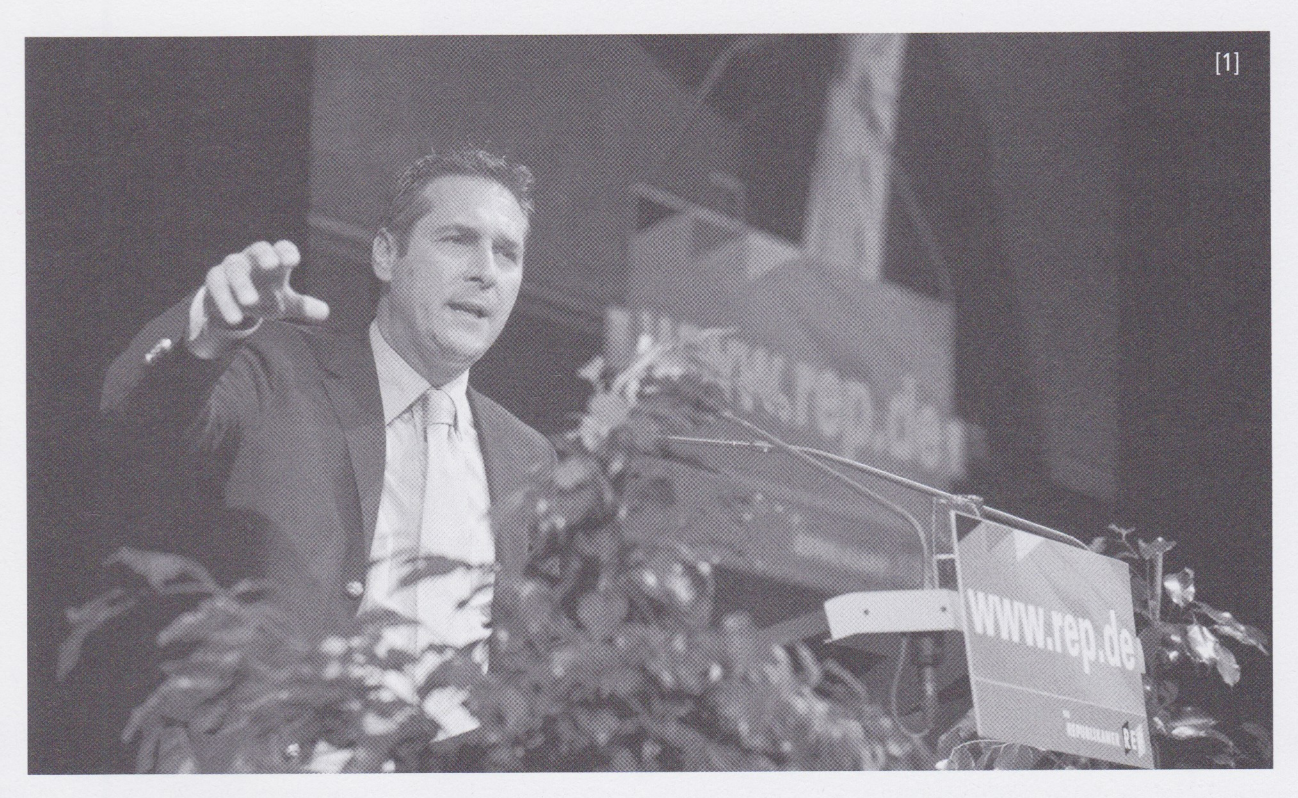
1| siehe AIB #75

»Humanitäre Aktion«

Die Ende 1952 in Nachfolge der Reichsjugend und nach dem Vorbild der Hitlerjugend etablierte WJ hatte zum Ziel, Kinder und Jugendliche im nationalsozialistischen Sinne zu erziehen und wehrsportlich zu ertüchtigen. Dies geschah vor allem auf den alljährlichen Pfingstlagern. Daneben hielt man – auch in Österreich (z.B. beim »Bauer im Schlag« in Gmunden) – »Führerausbildungslager« ab. Mit ihren mehr als 500 Mitgliedern und den über 15.000 Jugendlichen, die durch ihre Schulungen gegangen sind, stellte sie ein beträchtliches Kaderpotential dar. Der WJ kam tatsächlich eine überragende Bedeutung für die Ausbildung des neonazistischen Untergrundes in Westeuropa zu. Aufgrund zunehmender Verstrickungen von WJ-Kadern in rechte Gewalttaten und offener Verfassungsfeindlichkeit wurde sie im November 1994 verboten. Aber längst waren insbesondere österreichische Sprösslinge aus der WJ-Kaderschmiede gemäß der bereits 1973 vom WJ-Chef Wolfgang Narath aus gegebenen Vorgaben über die Infiltration von Behörden und Parteien an einige »Schalthebel des Staates« gelangt. Als seine Teilnahme an dem behördlich untersagten WJ-Treffen im hessischen Hilders bekannt wurde, versuchte Strache zum allgemeinen Gaudium die Neonazi-Umtriebe als »humanitäre Aktion«, in deren Verlauf er »Care-Pakete« über die Grenze gebracht habe, darzustellen. Und die WJ sei erst danach in den Neonazismus abgeglitten, 1989/90 habe man nur für »den endgültigen Fall des totalitären Kommunismus« demonstriert. Tatsächlich handelte es sich bei diesem Silvester-Treffen um eine neonazistische und revanchistische Manifestation, welche mit der vorübergehenden Inhaftierung von Strache und 50 zum Teil bewaffneten Neonazis endete. Am Ende der jüngsten Aufregung versuchte Strache es mit einer neuen Strategie gegen weitere Enthüllungen: Im Interview mit der Wiener Wochenzeitung Falter gestand er, im März 1990 gemeinsam mit Norbert Burger, dem Gründer und Anführer der 1988 verbotenen neonazistischen Nationaldemokratischen Partei (NDP), an einem Treffen der Deutschen Volksunion (DVU) in Passau teilgenommen zu haben. Dabei wurde ihm ein – natürlich nur zur Selbstverteidigung angeschaffter – Schreckschussrevolver abgenommen und eine Strafverfügung über mehr als 1000 DM ausgehändigt. Schon am Höhepunkt der Wehrsport-Affäre, als ein Foto kursierte, das Strache mit angedeutetem »Kühnengruß« oder – wie er meinte – beim Bestellen von drei Bieren zeigte, konnte es der FPÖ-Chef nicht ausschließen, dass ein Foto auftaucht, welches ihn mit Hitlergruß zeigt. Aber er wird halt dann fünf Biere bestellt haben.

»Partei der Verfolgten«

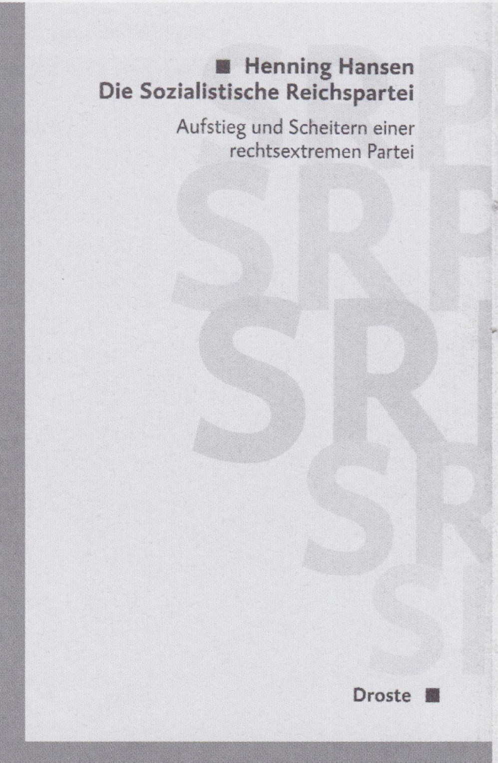
Neben dem FPÖ-Chef waren 1989/90 sieben weitere Österreicher aus dem Umfeld des Deutschen Kul-



[1] Heinz-Christian Strache am 6. Oktober 2007 als Redner beim Europa-Kongress »Europa der Nationen« der Republikaner in Mainz.

turwerkes Europäischen Geistes (DKEG) der Einladung zur – wie es in diesem Milieu heißt – »mitteldeutschen« Grenze gefolgt, darunter der jüngst zum stellvertretenden NPD-Vorsitzenden in Baden Württemberg aufgestiegene Andreas Thierry. Über das DKEG liefen damals die Kontakte zur WJ und zur Nationalen Front (NF) Meinolf Schönborns. 1989, kurz nachdem er mit Strache und anderen »überzeugten Antikommunisten« (Strache über sich und Seinesgleichen) in Kärntner Wäldern Wehrsport geübt hatte, machte sich Thierry als »Saalschützer« bei der DKEG-Gästewoche wichtig, danach durfte der mittlerweile zum NF-Kader aufgestiegene Kärntner Neonazi sich mit Referaten hervortun. 1991 sorgte die DKEG-Gästewoche auch überregional für Aufregung, als die Polizei in Schönborns Zimmer einen Aufruf zum Aufbau eines paramilitärischen Nationalen Einsatzkommandos (NEK) fand. Das Schreiben richtete sich an »alle gesunden und sportlichen Kameraden ab 16 Jahre«. Um den »Kampf für ein völkisches Deutschland besser, zielgerichteter, sicherer und noch erfolgreicher durchführen zu können«, sei die »Aufstellung kadermäßig gegliederter hochmobiler Verbindungen«, die »Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße« und die »Planung und Durchführung von überraschend durchgeführten Aktionen« erforderlich. Gemeinsam mit Franz Radl junior, in dessen 1991 beschlagnahmten Adressbuch sich Strache findet, betrieb Thierry damals die Volkstreue Jugend Offensive, die bevorzugt in Kärnten »Wochenendlager« organisierte. Daneben vertrieben die beiden Neonazis ein Jugendblatt, das nach dem Vorbild einer WJ-Schülerzeitung Gäck hieß. Ende Januar 2007 verschickte Radl eine Erklärung Thierrys zur Foto-Affäre. Darin verurteilt der Neonazi die »Kampagne« gegen Strache, »die mittlerweile den Charakter einer Treibjagd angenommen hat, mit dem Ziel, den FPÖ-Chef zu Fall zu bringen.« Daneben gibt er der FPÖ den kameradschaftlichen Rat, sie möge »sich ihrer eigenen Parteigeschichte« besinnen »und wieder Partei für die Verfolgten« ergreifen, »anstatt sich mit den Verfolgern zu arrangieren. Denn es sind längst keine Einzelfälle oder Wirrköpfe mehr, sondern die Zahl der Verfolgten des NSDAP-Verbotsgesetzes hat in den letzten Jahren rund 300 Personen betroffen. (...) Die Tatsache, dass man HC Strache mit dem ›Vorwurf‹ abschießen will, er hätte Kontakte zu ›Neonazis‹, sollte auch jene FPÖ-Mitglieder wachrütteln, denen bislang verborgen blieb, dass in Österreich jede echte Opposition mit einem Gesinnungsterror sondergleichen bekämpft wird. Wenn die FPÖ nicht erkennt, dass das eigentliche Problem das verfassungswidrige Verbotsgesetz ist, läuft sie nicht nur Gefahr, ihren derzeitigen Obmann zu verlieren, sondern sich selbst lahm zu legen.« Der Wink mit dem Zaunpfahl wurde offenbar verstanden, denn die FPÖ hat das »eigentliche Problem« erkannt: Heute sind es nicht mehr nur Neonazis, welche »Partei für die Verfolgten« ergreifen, sondern auch führende Parteikader. Strache selbst erklärte bereits im Februar, das Verbotsgesetz abschaffen zu wollen und die Parteijugend initiierte gar eine regelrechte Kampagne gegen diesen wichtigen Baustein der österreichischen Verfassung. ■

Die Sozialistische Reichspartei – Vom Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei



Henning Hansen:
Die Sozialistische Reichspartei (SRP).
Aufstieg und Scheitern einer
rechtsextremen Partei.
Droste Verlag, Düsseldorf 2007. 317 S.,
49,80 Euro

Der Historiker Henning Hansen legt mit seinem Buch »Die Sozialistische Reichspartei – Vom Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei« eine interessante und detailreiche Studie vo über eine in der Öffentlichkeit fast vergessene rechtsextreme Partei, welche die Innen- und Außenpolitik der sich gerade konstituierenden Bundesrepublik beeinflusste.

Die SRP war die erste und neben der KPD die einzige reguläre Partei, die durch einen positiv beschiedenen Antrag der Bundesregierung vom damals neu entstandenen Bundesverfassungsgericht verboten wurde. In ihrer dreijährigen Geschichte von 1949 bis 1952 erlebte die SRP einen kometenhaften Aufstieg und errang teilweise zweistellige Wahlergebnisse bei Landtags- und Kommunalwahlen. Diese Wahlsiege feierte die Partei in ihrem Stammland Niedersachsen und benachbarten Bundesländern mit einer ähnlich gelagerten Bevölkerungsstruktur.

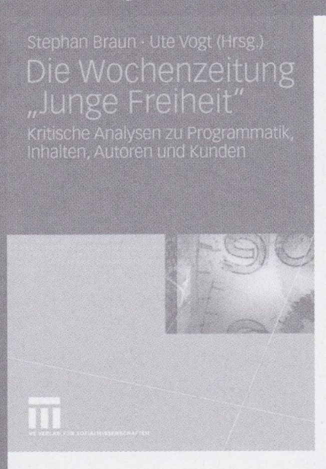
Die SRP wurde 1952 aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft in Programm, Vorstellungswelt und dem Gesamtstill zur NSDAP verboten. Diese Einschätzung kam nicht von ungefähr. Die SRP hatte von Anfang an den Anspruch, eine Sammlungsbewegung für alle sich in ihrem Verständnis nach 1945 treu gebliebenen Nazis zu sein. Ihre Organisationsform und der Wahlkampf mit ihrem Zugpferd, dem noch heute als Ikone der Neonaziszene verehrten Otto Ernst Remer, glich dem historischen Vorbild.

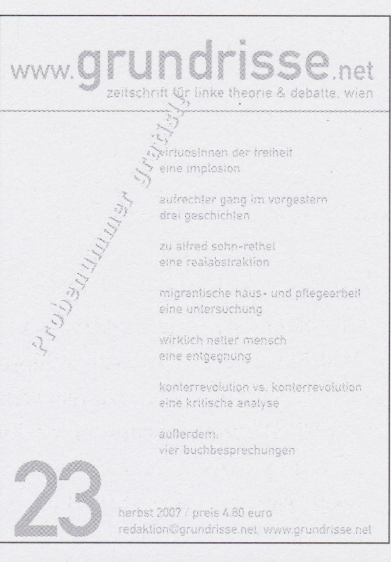
Hansen porträtiert aber nicht nur sehr gut die Sozialistische Reichspartei in Struktur, Mitgliedschaft und Programmatik anhand von Akten aus dem Verbotsverfahren und der genau beobachtenden englischen und amerikanischen Nachrichtendiensten sowie des MfS, sondern zeigt auch auf, wie die politische Landschaft im postfaschistischen Nachkriegsdeutschland auf diese Partei reagierte. Gerade das damals parteiorganisatorisch noch sehr ausdifferenzierte konservative Spektrum, welchem auch Hansen als Stipendiat der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung angehört, ließ an Trennschärfe zur Partei der alten NS-Funktionäre die nicht auf einmal zu Musterdemokraten mutiert – und darauf sehr stolz – waren, zu wünschen übrig. Die Abgrenzung des konservativen Milieus zu den bekennenden Nationalsozialisten der SRP musste teilweise durch die Alliierten erzwungen werden.

Wer Interesse an bundesrepublikanischer Zeitgeschichte und dem organisierten Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit hat, dem ist dieses Buch zu empfehlen. ■

Braun, Stephan (hrsg. ua.):
Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT: Kritische Analysen zu Programmatik, Autoren und Kunden .
Verlag für Soziawissenschaften: Wiesbaden; 2007; 358 S.

Die Wochenzeitung »JUNGE FREIHEIT« kann als das erfolgreichste Zeitschriftenprojekt der extremen Rechten der vergangenen zwanzig Jahre gesehen werden. Ein neuer Sammelband widmet sich der Ideologie und Strategie der Zeitung am rechten Rand.
Bereits im Jahr 1994 hatte das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung unter dem Titel »Das Plagiat – Der völkische Nationalismus der Junge Freiheit« eine Analyse der damals noch recht neuen Wochenzeitung vorgelegt und bei den Autoren eine Reaktualisierung der völkischen Ideologie der sogenannten Konservativen Revolution diagnostiziert. Dieses Buch erfuhr vor zwei Jahren eine überarbeitete Neuauflage im Unrast Verlag, welche die ideologischen Akzentverschiebungen, die sich seit Mitte der 1990er Jahre unter Beibehaltung der Grundlinie im Blatt ergeben hatten, berücksichtigte.
Der nun vorliegende Band wurde von dem SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Braun ediert, der sich als Fachpolitiker seiner Fraktion für eine Beobachtung der JF im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Würtemberg stark gemacht hatte. In der Einleitung beschreibt Thomas Pfeiffer, Referent des Verfassungsschutzes in NRW, warum das damals SPD-geführte Innenministerium eine Beobachtung der JF für geboten hielt. Hier erfährt der kundige Leser nichts neues. Eine von Helmut Kellersohn zusammengestellte Chronologie der JF ist im Hinblick auf die sich anschließenden inhaltlichen Vertiefungen hilfreich, um Brüche und Kontinuitäten der Zeitung bei der Lektüre der Aufsätze im Auge zu behalten.
Sodann eröffnet Wolfgang Gessenharter mit einem Text über die Carl-Schmitt-Rezeption in der JF den Bogen der Auseinandersetzung mit der ideologischen Gemengelage der JF. Gessenharter zeigt, wie von ihm bereits an anderer Stelle zu lesen war, dass das politische Denken Carl Schmitts nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, da er die individuellen Freiheitsrechte ablehnt und eine Ethnisierung des Staates betreibt. Wie die JF den Schmitt'schen Ideologiesound als Grundierung für ihren rechten Kulturpessimismus in Dienst nimmt, bleibt jedoch einigermaßen unterbelichtet.
Michael Pechel wendet sich einem Schlüsselthema der JF, der Interpretation der deutschen Geschichte zu. Leider hält er sich dabei zu lange mit der Terminologie der geschichtsteleologischen Deutungen der extremen Rechten auf, worüber die Funktion des Aufgreifens von Themen wie Vertreibung, Bombardierung und Stauffenberg als Enlastungszeugen der Deutschen aus dem Blick zu geraten droht.
Sehr lesenswert sind die Aufsätze von Regina Wagner und Fabian Virchow. Erstere befasst sich mit dem christlich-konservativen Bild des Juden und des Judentums in der JF. Letzterer arbeitet die zentrale Rolle der Außen-und Militärpolitik für das Widererstarken der Nation und ihre moralische Erziehung.
Während Anton Maegerle mit einem Who is Who der Autoren der JF aufwartet, beschreibt Margret Chatwin sehr lesenswert den Editwar, der bei Wikipedia um die Deutungshoheit neurechter Themen tobt. Sie legt dabei offen, wie sich die neurechte Wikipediagemeinde auf bestimmte Suchstichworte eingeschossen hat, diese in ihrem Sinne ändert und kritische Anmerkungen zu löschen sucht.
Im Anhang wird schließlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Beobachtung der JF durch den Verfassungsschutz dokumentiert.
Das Buch aktualisiert im Hinblick auf die Ideologie der JF die bekannten Standarts. Das kann und muss bei einem solchen Buchprojekt nicht anders sein. Augenfällig abwesend ist im Buch jedoch der diskursive und gesellschaftliche Kontext, der es ermöglicht, dass Interviewpartner der JF vom rechten Rand der Union und national eingestellte SPD-Vertreter zwar kurzzeitig unter Druck geraten, aber dennoch unsanktioniert dazu beitragen, die Legitimität des Meinungsspektrums weiter nach rechts zu verschieben. Eine Analyse des Wechselwirkungsverhältnisses von institutionellem Rassismus mit dem diskursiven der JF sucht man hier ebenso vergebens wie die Beschreibung der geschichtspolitischen Brückenfunktion im deutschen Entlastungsdiskurs. Wer aber einen fundierten Überblick zum ideologischen und organisatorischen Innenleben der JF sucht, ist mit diesem Buch gut bedient. ■

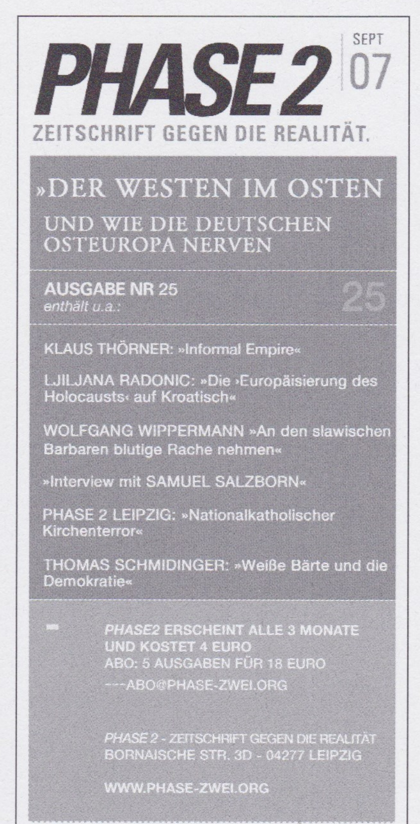




www.grundrisse.net
zeitschrift für linke theorie & debatte, wien
Probenummer gratis!
virtuosinnen der freiheit
eine implosion
aufrechter gang im vorgestern
drei geschichten
zu alfred sohn-rethel
eine realabstraktion
migrantische haus- und pflegearbeit
eine untersuchung
wirklich netter mensch
eine entgegnung
konterrevolution vs. konterrevolution
eine kritische analyse
außerdem:
vier buchbesprechungen
23
herbst 2007 / preis 4.80 euro
redaktion@grundrisse.net, www.grundrisse.net



mist!
_ schon wieder ne nazi-band eingeladen?
_ wir informieren euch über rechte musik und nazibands.
_ do 15 h bis 19 h und nach absprache.
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel. | fax 030.6116249
www.apabiz.de mail@apabiz.de



PHASE 2
SEPT 07
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.
»DER WESTEN IM OSTEN
UND WIE DIE DEUTSCHEN OSTEUROPA NERVEN
AUSGABE NR 25
enthält u.a.:
25
KLAUS THÖRNER: »Informal Empire«
LJILJANA RADONIC: »Die ›Europäisierung des Holocausts‹ auf Kroatisch«
WOLFGANG WIPPERMANN »An den slawischen Barbaren blutige Rache nehmen«
»Interview mit SAMUEL SALZBORN«
PHASE 2 LEIPZIG: »Nationalkatholischer Kirchenterror«
THOMAS SCHMIDINGER: »Weiße Bärte und die Demokratie«
PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG
PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG
WWW.PHASE-ZWEI.ORG



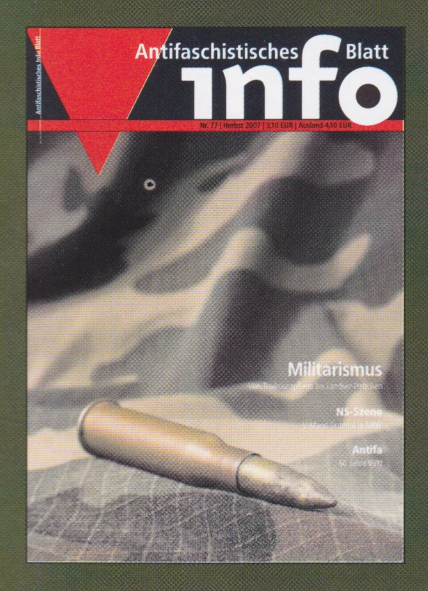
ACHTUNG!!! PROZESSTERMINE BEKANNT!!! ACHTUNG
KEINE FREIHEIT, OHNE FREISPRUCH!
Freiheit für Matti
HOMEPAGE AKTUALISIERT:
WWW.FREIHEITFUERMATTI.COM



Politische
Motorradzeitung
MEGAPHON
kontakt: www.megaphon.kuhle-wampe.de

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt





Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

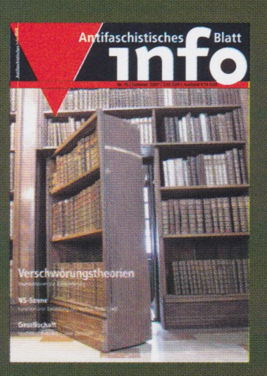
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

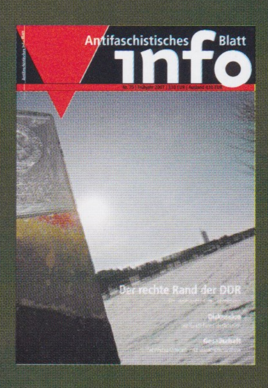
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 76
Verschwörungstheorien; Von »Blood & Honour« zu »Combat & Survival « ?; Zeev Sternhell



AIB 75
Der rechte Rand der DDR; Die BIKERS NEWS im Gespräch; Die Bonapartismusthese

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
19. Jahrgang
Nummer 77 | 4.2007

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin


RED STUFF
RED STUFF ANTIFAVERSAND
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
DIE ÜBERFLÜSSIGEN
kapitalismus abschaffen
REFUGEES WELCOME
STALINGRAD 43
Fight back! ANTIFASCHISTISCHE AKTION
Global Resistance
NO JUSTICE NO PEACE
STOP CONTROL
STREET ART IS NOT A CRIME!
T-SHIRTS
SIZE: S bis XXL
ANTIFA-FAHNEN
»DIE ORIGINAL-ANTIFA-FAHNE«
AKTION
FIGHT FORTRESS EUROPE
GLOBALE BEWEGUNGSFREIHEIT UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!
AUFKLEBER
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!
NO NAZIS
SMASH FASCI
STILL NOT ♥'ING POLICE!
GOOD NIGH WHITE PR
Gegen Nazis!
Join your local Antifa!
www.antifa.de
ZÄHNE ZEIGT WER'S MAUL AUFMACHT
Smash Fascism
REFUGEES WELCOME
WWW.ANTIFA-VERSAND.DE
WWW.MYSPACE.COM/ANTIFAVERSAND ★ WWW.GRANMA.ANTIFA-VERSAND.DE